



## VERGABEUNTERLAGEN

101-24-EK7

Rahmenvertrag Service und Sicherheit und  
objektschutzbezogene Sicherheitsleistungen

Offenes Verfahren (EU) (Sektorenverordnung)

Ausschreibung (Korrektur)

AUFTRAGGEBER

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Möhlstraße 27, 68165 Mannheim, Deutschland

---

16.04.2025

# Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen .....	1
Projektinformation .....	1
Vertragsbedingungen/Formulare .....	3
Verfahrensinformation .....	3
Verfahrensbrief_V1 .....	3
RNV_Datenschutzinformation .....	18
Zuschlagskriterien .....	24
Leistungsbeschreibung und Vertragsbedingungen .....	30
101-24-EK7 - Besondere Vertragsbedingungen (BVB).pdf .....	30
Leistungsbeschreibung Los 1_Final .....	37
Leistungsbeschreibung Los 2_Final .....	56
AEB_DL_Stand Januar 2024 .....	76
Anlage Merkblatt Elektronische Rechnung .....	83
AnschiebenPDF Rechnung .....	83
Anforderungen PDF-Rechnung .....	84
Auszufüllende Formulare .....	86
Angebotsschreiben_V1 .....	86
B.I.1. - Bietergemeinschaftserklärung .....	89
B.II.1. - Allgemeine Angaben zum Unternehmen .....	96
B.IV.1. - Eigenerklärung Ausschlussgründe .....	97
B.IX.1. - Verpflichtungserklärung qualif. NU .....	103
233_Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen.pdf .....	105
Unbenannt .....	105
LTTG - Rheinland-Pfalz .....	106
Merkblatt_LTTG_2023-12 .....	106
Merkblatt .....	106
1. Gelten die Regelungen zur Tariftreue und zum Mindestentgelt für jeden öffentlichen	106
2. Welche Erklärung muss ich/müssen wir als Bieter/Bewerber abgeben? .....	107
2.1 Tariftreueerklärung .....	107
2.2 Pflicht zur Abgabe einer Mindestentgelterklärung: .....	110
3. Gelten die Regelungen zur Tariftreue und zum Mindestentgelt auch für Nachunternehm.	111
4. Was geschieht, wenn keine Tariftreueerklärung bzw. Mindestentgelterklärung abge.	112
Mustererklärung_1_AEntG_2023.pdf .....	113
Mustererklärung 1 .....	113
für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 20. April 200.	113
nach § 4 Abs. 1 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftre	113
Mustererklärung_3_Mindestentgelt_2023.pdf .....	115
Mustererklärung 3 .....	115
LTMG - Baden-Württemberg .....	117

Merkblatt über die Abgabe der Verpflichtungserklärung .....	117
Verpflichtungserklärung für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst .	126
Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt .....	128
Besondere Vertragsbedingungen.....	130
Russland-Sanktionen .....	134
RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklaerung.pdf .....	134
Rundschreiben_2022-04-14_BW17_70904_21_Sanktionen .....	136
I. EU-Sanktionen gegen Russland .....	136
II. Verbot der Auftragsvergabe .....	136
III. Fortführung bestehender Verträge .....	137
IV. Ausnahmen.....	137
V. Zuwendungsbau .....	138
VI. Inkrafttreten.....	138
Produkte/Leistungen .....	139
Eignungskriterien.....	142
Leistungskriterien .....	164
Anlagen .....	166

## INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG



Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

## INFORMATIONEN

### ALLGEMEIN

Auftragsnummer	101-24-EK7
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene Sicherheitsleistungen
Auftragsbeschreibung	Die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH beabsichtigt durch den Einsatz von Service- und Sicherheitspersonal die objektive und subjektive Sicherheit für die Menschen (Fahrgäste, Fahrpersonal, etc.) sowie die Sachwerte (Fahrzeuge, Betriebsanlagen, etc.) innerhalb der Liegenschaften, in denen Fahrzeugen, an den Haltestellen etc. aufrecht zu halten, zu schützen sowie sich anbahnende gefährliche, eskalative Situationen zu deeskalieren. Die Leistung wird in zwei Lose aufgeteilt: Los 1: Sicherungs- und Kontrolldienste (Fahrausweisprüfung) im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Service- und Sicherheitsdienstleistungen zur Erhöhung der Sicherheit von Fahrgästen, Fahr-, Aufsichts- und Prüfpersonal und Verhinderung von Vandalismus. Begleitung von Fahrpersonal (u.a. beim Einrücken in die Wagenhalle Edingen und Käfertal. Begleitung vom Fahrpersonal zu Nachtzeiten am Berliner Platz in Ludwigshafen.) Los 2: Sicherungs-, Pforten-, Alarm- und Kontrolldienst der Betriebshöfe, Liegenschaften und Tunnelanlagen zur Erhöhung der Sicherheit vom Mitarbeitern und Verhinderung von Vandalismus, sowie Schließ- und Interventionsdienste im Bedienungsgebiet der rnv.

### VERFAHREN

Auftraggeber	Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
Weitere Auftraggeber	
Auftraggebertyp	
Liefer-/Ausführungsort	68165 Mannheim
Leistungsart	Dienstleistung
Vergabeart	Offenes Verfahren (EU) (Sektorenverordnung)

### VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Ja								
Art der losweisen Vergabe	Bieter kann für alle Lose anbieten (aber auch für weniger)								
Zuschlagskriterium	Wirtschaftlichstes Angebot Berechnungsmethode: Freie Verhältnismahl Preis/Leistung Gewichtung: 30%: 70%								
Klassifizierungen	<table><thead><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr></thead><tbody><tr><td>79710000-4</td><td>Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten</td></tr><tr><td>79713000-5</td><td>Bewachungsdienste</td></tr><tr><td>79714000-2</td><td>Überwachungsdienste</td></tr></tbody></table>	Code	Bezeichnung	79710000-4	Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten	79713000-5	Bewachungsdienste	79714000-2	Überwachungsdienste
Code	Bezeichnung								
79710000-4	Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten								
79713000-5	Bewachungsdienste								
79714000-2	Überwachungsdienste								

### ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind nicht zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	<a href="http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off">http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_rd_off</a>
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

### SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Rahmenvertrag
-------------	---------------

## TERMINE

### ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
--------------------------------	------



Besondere Dringlichkeit	Nein
-------------------------	------

## BEKANNTMACHUNG

Vorinformation	
Bekanntmachung	31.03.2025

## ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	05.05.2025 10:00:00
Frist Bieterfragen	22.04.2025 10:00
Eröffnungstermin	
Bindefrist	15.06.2025
Versand Vorabinformation	21.05.2025

## AUFTRAGSDAUER

Beginn	01.08.2025
Ende	31.07.2029
Anmerkungen	

## ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter [http://www.deutsche-everg-abe.de/Dashboards/Dashboards\\_off](http://www.deutsche-everg-abe.de/Dashboards/Dashboards_off) mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direksuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

## BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 22.04.2025 10:00 Uhr eingegangen sein. Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert. Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: [http://www.deutsche-everg-abe.de/Dashboards/Dashboards\\_off](http://www.deutsche-everg-abe.de/Dashboards/Dashboards_off) Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

**Hinweis:** Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

## Verfahrensbrief

### 1 Übersicht

#### 1.1 Ziel des Verfahrensbrief

Mit diesem Verfahrensbrief beschreibt die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“ oder „Auftraggeber“) den Ablauf des Verfahrens zur Vergabe des Rahmenvertrages [„Service und Sicherheit“ Lose 1 und 2].

#### 1.2 Verfahrensart

- ☒ offenes Verfahren
- ☐ nicht offenes Verfahren
- ☐ Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb
- ☐ Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb
- ☐ Wettbewerblicher Dialog
- ☐ öffentliche Ausschreibung

#### 1.3 Zeitplan

Der vorläufige Terminplan für das weitere Vergabeverfahren sieht wie folgt aus:

Termin	Verfahrensschritt
05.05.2025, 10 Uhr	Angebotsabgabefrist
22.04.2025, 10 Uhr	Fristende zur Stellung von Bieterfragen
05.05.2025 bis 16.05.2025	Angebotsprüfung / Angebotswertung
KW 21/2025	Versenden der Vorab-Informationen nach § 134 GWB
KW 22-23/2025	Geplante Zuschlagserteilung

Der Zeitplan ist im Hinblick auf die Angebotsprüfung / Angebotswertung, die Versendung der Vorab-Information und die Zuschlagserteilung indikativ. Die rnv behält sich Terminänderungen ausdrücklich vor.

#### 1.4 Anwendbares Recht

Das Vergabeverfahren wird als Offenes Verfahren nach der Sektorenverordnung (SektVO) und dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB und den weiteren einschlägigen Bestimmungen) durchgeführt.

#### 1.5 Losaufteilung

Die Auftragsvergabe erfolgt getrennt in zwei Losen wie folgt:

- **Los 1:** Fahrgastbezogene Sicherheitsdienstleistungen im Bedienungsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
- **Los 2:** Objektbezogene Sicherungs- und Kontrolldienste im Bedienungsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH.

Das **Los 1** betrifft die Sicherungs- und Kontrolldienste in den Verkehrsmitteln sowie an den Haltestellen und den Betriebsanlagen einschließlich Fahrausweisprüfung.

Das **Los 2** hat die Sicherungs-, Pforten-, Alarm- und Kontrolldienste der Betriebshöfe, Bahnhöfe, Haltestellen und sonstigen Liegenschaften im Bedienungsgebiet der rnv einschließlich Schließ- und Interventionsdiensten zum Gegenstand.

Für beide Lose kommen neben den allgemeinen Anforderungen an Sicherheitsdienstleister gemäß Teil 1 der DIN 77200 auch die erweiterten Anforderungen für die besonderen Leistungsbereiche des öffentlichen Personen-/Personennahverkehrs bzw. für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Teil 2 der DIN 77200 zur Anwendung.

Soweit nicht ausdrücklich Abweichendes angegeben ist, gelten die Ausführungen des Verfahrensbriefes für das Los 1 und das Los 2 gleichermaßen. Identisch verhält es sich mit den Vergabeunterlagen. Soweit abgefragt, hat der Bieter auf den vom ihm mit dem Angebot einzureichenden Unterlagen durch Auswahl der entsprechenden Ankreuzalternative anzugeben, ob er die jeweiligen Angebotsunterlagen für Los 1, Los 2 oder Los 1 und Los 2 einreicht. Wird die Alternative „Für Los 1 und Los 2“ angekreuzt, muss die Unterlage vom Bieter trotz Angebotsabgabe auf beide Lose nicht zweifach, sondern nur einfach mit dem Angebot eingereicht werden.

## 2 Verfahrensbedingungen

### 2.1. Auftraggeber und Ausschreibende Stelle

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH  
Möhlstraße 27  
68165 Mannheim

### 2.2 Kommunikation im Vergabeverfahren

Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt über die Vergabeplattform [Deutsche eVergabe [https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off)]. Jeder Bieter ist verpflichtet, sich über die Vergabeplattform [Deutsche eVergabe, [https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off)] regelmäßig und selbstständig über zur Verfügung

**[Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektbezogene Sicherheitsleistungen]**  
**[101-24-EK7]**

gestellte, geänderte oder zusätzliche Dokumente und Beantwortungen von Bieterfragen zu informieren.

Angebote sind ausschließlich in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter [Deutsche eVergabe [https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off)] einzureichen.

Bitte beachten Sie, dass die Abgabe von Angeboten ausschließlich über die dafür vorgesehenen Funktionen auf der Vergabeplattform erfolgen muss. Eine Übermittlung mittels Bieternachricht führt zum Ausschluss.

Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig und können zum Ausschluss vom weiteren Vergabeverfahren führen. Etwaige Änderungen an den Eintragungen des Bieters müssen zweifelsfrei und dokumentenecht sein.

Es ist ferner darauf zu achten, dass Dateien im Dateiformat „PDF“ eingereicht werden sollten. Ferner beachten Sie bitte, dass die Gesamtgröße des Angebots aus technischen Gründen 500 MB grundsätzlich nicht überschreiten darf.

## **2.3 Vertraulichkeit**

### **2.3.1 Verwendung der Vergabeunterlagen**

Die Vergabeunterlagen der rnv dürfen nur zur Erstellung des Angebots und zur Erfüllung des evtl. folgenden Auftrags verwendet werden und sind vertraulich zu behandeln. Jede Verwendung für andere Zwecke, jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder Weitergabe an Dritte ist ohne die ausdrückliche Zustimmung der rnv untersagt.

### **2.3.2 Verschwiegenheit**

Jeder Bieter hat - auch nach Beendigung des Vergabeverfahrens - über die ihm dabei bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Er hat hierzu auch die mit der Sache befassten Mitarbeiter zu verpflichten.

## **3 Angebote**

### **3.1 Hinweispflicht der Bieter und Fragefrist**

Enthalten die Bekanntmachung oder die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen Unklarheiten, Widersprüche oder verstoßen diese nach Auffassung des Bieters gegen geltendes Recht, so hat der Bieter die rnv unverzüglich schriftlich darauf hinzuweisen.

Fragen zu der Bekanntmachung und den übersandten Unterlagen sind unverzüglich, spätestens aber bis zum

**[22.05.2025, 10:00 Uhr]**

über die Vergabeplattform [Deutsche eVergabe

[https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off)] zu stellen.

**[Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektbezogene Sicherheitsleistungen]  
[101-24-EK7]**

Für Fragen die nach Ablauf der vorgenannten Frist eingehen, kann der Auftraggeber nicht gewährleisten, dass die Beantwortung noch rechtzeitig vor Ablauf der Angebotsabgabefrist erfolgt, auch wenn er um rechtzeitige Beantwortung bemüht bleibt.

Die Beantwortung von Fragen der Bieter und sonstige verfahrensrelevante Informationen sowie aktualisierte oder weitere Vergabeunterlagen, erfolgen grundsätzlich über die Vergabeplattform [Deutsche eVergabe [https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off)]. Für die Abgabe des Angebots ist jeweils die aktuellste Version der auf der Vergabeplattform eingestellten Vergabeunterlagen maßgebend. Die Bieter müssen daher sicherstellen, dass sie regelmäßig und insbesondere unmittelbar vor Abgabe ihres Angebots prüfen, ob seitens des Auftraggebers zusätzliche Informationen oder Unterlagen zur Verfügung gestellt oder Bieterfragen beantwortet wurden, welche für die Abgabe des Angebotes zu beachten sind.

**3.2 Form und Frist Einreichung Angebote**

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen. Sie sind in Textform mithilfe elektronischer Mittel nach § 126 b BGB über die Vergabeplattform der rnv unter [Deutsche eVergabe [https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_off](https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off)] bis zum

**[05.05.2025, 10:00 Uhr]**

vollständig mit allen Nachweisen und Anlagen einzureichen. Es ist ausschließlich die elektronische Abgabe des Angebotes in Textform über die Vergabeplattform zugelassen. Andere Angaben oder andere Übermittlungsarten des Angebotes, wie etwa per Post, per Telefax oder per E-Mail, sind ausgeschlossen. In diesem Fall wäre das Angebot schon mangels Formwahrung zwingend auszuschließen, ohne dass eine Nachforderungsmöglichkeit besteht.

Verspätet eingegangene Angebote werden nicht berücksichtigt. Das Recht zur Nachforderung bei unvollständigen Angeboten bleibt davon unberührt.

Bei der Abgabe des Angebotes über die Vergabeplattform ist zu berücksichtigen, dass aufgrund einer gegebenenfalls großen Datenmenge eine vollständige Übertragung des Angebotes längere Zeit in Anspruch nehmen kann. Es ist daher vom Bieter ausreichend Zeit für das Hochladen des Angebotes auf der Vergabeplattform einzukalkulieren. Bei technischen Problemen und Fragen in diesem Zusammenhang sind auf der Vergabeplattform weitere Informationen und Kontaktmöglichkeiten zum Support benannt.

Die Bieter werden gebeten, ihre Angebote entsprechend der im Inhaltsverzeichnis zu den Formblättern genannten Gliederung aufzubauen.

**3.3 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkung**

Angebote von Bieter, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden grundsätzlich vom Verfahren ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

**[Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektbezogene Sicherheitsleistungen]**  
**[101-24-EK7]**

Der Geheimwettbewerb ist in jeder Phase des Vergabeverfahrens zu gewährleisten. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass Mehrfachbeteiligungen am Vergabeverfahren zur Verletzung des Geheimwettbewerbs und damit zum Angebotsausschluss führen können.

Der Auftraggeber weist ferner darauf hin, dass die Bildung von Bietergemeinschaften nach § 1 GWB zu verbotenen Einschränkungen oder Verfälschungen des Wettbewerbs führen kann.

### **3.4 Bietergemeinschaften (Änderungen in der Zusammensetzung)**

Im Falle der Angebotsabgabe durch eine Bietergemeinschaft muss jedes Bietergemeinschaftsmitglied eine unterschriebene Bietergemeinschaftserklärung (*Formblatt B.I.1.*) mit dem Angebot einreichen.

Eine Veränderung der Zusammensetzung der Bietergemeinschaft ist grundsätzlich unzulässig.

### **3.5 Eignung**

3.5.1 Mit dem Angebot ist von den Bietern die Eignung gemäß den Vorgaben in Abschnitt 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung nachzuweisen. Zum Beleg der bekanntgemachten Eignungsanforderungen ist das ausgefüllte Formblatt „*Allgemeine Angaben zum Unternehmen*“ zusammen mit den weiteren Anlagen und Nachweisen vorzulegen. Im Falle einer Bietergemeinschaft ist das Formblatt zu duplizieren. Die Eignungsanforderungen gelten gleichermaßen für Los 1 und Los 2, sofern in der Auftragsbekanntmachung oder auf der Vergabeplattform nicht ausdrücklich Abweichendes angegeben ist. Ein Bieter, der für beide Lose anbietet, muss die bekanntgemachten Eignungsanforderungen aber nur einmal mit dem Angebot nachweisen.

3.5.2 Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende oder unvollständige Nachweise gemäß § 51 Abs. 2 SektVO nachzufordern. Zu beachten ist allerdings, dass vorgelegte Eignungsnachweise, die zwar vollständig sind, nicht aber den inhaltlichen Anforderungen gemäß der Auftragsbekanntmachung entsprechen, nicht nachträglich nachgebessert werden können und daher einer Nachforderung nicht zugänglich sind.

3.5.3. Beteiligt sich eine Bietergemeinschaft, hat sie das Formblatt „*Allgemeine Angaben zum Unternehmen*“ zu duplizieren und zusammen mit den übrigen Eignungsnachweisen ausgefüllt und in Textform, d.h. von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft, muss die Person des jeweils Erklärenden genannt sein, beizufügen.

Sofern mit dem Angebot weitergehende Eignungsnachweise zwingend von jedem Bietergemeinschaftsmitglied vorzulegen sind, wird dies in der Auftragsbekanntmachung und den Vergabeunterlagen jeweils ausdrücklich erwähnt. Andernfalls genügt es, wenn die Bietergemeinschaft als solche die Eignungsanforderungen erfüllt und nachweist.

3.5.4 Sofern der Bieter sich für den Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und/oder die technische und berufliche Leistungsfähigkeit gemäß § 47 SektVO auf die Kapazitäten anderer Unternehmen beruft (Eignungsleihe), hat der die Verpflichtungserklärung gemäß Formblatt „*B.IX.1 Verpflichtungserklärung für qualifizierte Nachunternehmer*“ auszufüllen und in Textform, d.h. es muss die Person

**[Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektbezogene Sicherheitsleistungen]**  
**[101-24-EK7]**

des jeweils Erklärenden des anderen Unternehmens genannt sein, dem Angebot beizufügen sowie für das andere Unternehmen die bekanntgemachten Eignungsanforderungen nachzuweisen, die sich der Bieter zu eigen machen möchte. Gleiches gilt, wenn sich eine Bietergemeinschaft zum Zwecke des Nachweises der wirtschaftlichen und finanziellen oder der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf Kapazitäten anderer Unternehmen beruft, die nicht Mitglied der Bietergemeinschaft sind.

Beabsichtigt der Bieter im Auftragsfall Teile der Leistung an Unterauftragnehmer zu vergeben, ohne dass sich der Bieter zugleich zum Nachweis seiner Eignung auf die Kapazitäten der Unterauftragnehmer beruft, ist vom Bieter das Formblatt „233 *Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen*“ ausgefüllt und in Textform mit dem Angebot einzureichen. Die in die engere Wahl kommenden Bieter habe auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers die Unterauftragnehmer namentlich zu benennen und Eignungsnachweise der Unterauftragnehmer vorzulegen. Die gegebenenfalls auf gesondertes Verlangen vorzulegenden Eignungsnachweise der Unterauftragnehmer beziehen sich auf die bekanntgemachten Eignungsanforderungen gemäß Abschnitt 5.1.9. der Auftragsbekanntmachung unter Berücksichtigung der Unterauftragnehmerleistungen.

Im Rahmen der Eignungsprüfung wird der Auftraggeber prüfen, ob das Unternehmen, dessen Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Kriterien erfüllt und ob Ausschlussgründe, insbesondere zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB oder fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen. Hierfür muss der Bieter durch das Unternehmen *Formblatt B.IV.1* ausfüllen lassen und mit dem Angebot einreichen. Sofern ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB bei dem vom Bieter benannten Unternehmen vorliegt oder das Unternehmen das entsprechende Eignungskriterium für das es benannt wurde, nicht erfüllt, wird der Auftraggeber dem Bieter gemäß § 47 Abs. 2 SektVO vorschreiben, das Unternehmen zu ersetzen. Sofern ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt, wird der Auftraggeber nach pflichtgemäßem Ermessen entscheiden, ob der Bieter das Unternehmen ersetzen muss. Für die Aufforderung zur Ersetzung eines benannten Unternehmens wird die rnv dem Bieter eine Frist setzen.

Im Übrigen ist der Austausch eines einmal benannten anderen Unternehmens zu einem späteren Zeitpunkt grundsätzlich unzulässig.

### **3.6. Inhalt des Angebotes**

Mit der Angebotsabgabe sind neben den Eignungsnachweisen auch die Unterlagen zu den Zuschlagskriterien (Preisblatt, etc.) vorzulegen. Anders als bei den Eignungsnachweisen ist eine Nachforderung von Angebotsunterlagen, die die Zuschlagskriterien betreffen, gemäß § 51 Abs. 3 S. 1 SektVO ausgeschlossen. Abweichendes gilt nach § 51 Abs. 3 S. 2 SektVO nur für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen.

**[Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektbezogene Sicherheitsleistungen]**  
**[101-24-EK7]**

Wegen der mit dem Angebot insgesamt vorzulegenden Eignungsnachweisen und Angebotsunterlagen wird auch auf die Checkliste unter Ziffer 3.10 des Verfahrensbriefes verwiesen.

### 3.7. Eröffnungstermin der Angebote

Zum Eröffnungstermin der Angebote sind Bieter oder deren Bevollmächtigte nicht zugelassen.

### 3.8 Nebenangebote

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

### 3.9 Anfordern zusätzlicher Unterlagen

Der Auftraggeber behält sich vor, von den Bietern zusätzliche Unterlagen zur Aufklärung, Verifizierung und Validierung der mit dem Angebot eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise anzufordern.

### 3.10 Checkliste

Von den Bietern sind mit dem Angebot folgende Unterlagen einzureichen. Soweit den Bietern Formblätter zur Erstellung der Angebote zur Verfügung gestellt wurden, sind diese Formblätter für die Erstellung des Angebotes zu verwenden. Aus der nachfolgenden Checkliste ergibt sich, welche Formblätter der Bieter für die Angebotserstellung zu verwenden hat und welche Unterlagen vom Bieter selbst zu fertigen sind. Die Formblätter und insbesondere das Angebotsschreiben sind an den dafür vorgesehenen Stellen zu unterschreiben.

Die Bieter werden gebeten, ihre Angebote entsprechend der nachfolgenden Gliederung aufzubauen.

Checkliste Unterlagen, die mit dem Angebot einzureichen sind:		
Nr.	Art der Unterlage	Anmerkung
1	Angebotsschreiben	Formblatt des Auftraggebers
2	Preisblatt je Los	Formblatt des Auftraggebers als Excel- und PDF-Datei
4	Allgemeine Angaben zum Unternehmen	Formblatt des Auftraggebers
5	Erklärung EU-Sanktionen	Formblatt des Auftraggebers
6	Vorlage einer aktuellen Kopie (nicht älter als 3 Monate) des Berufs- oder Handelsregistrauszugs. Andernfalls	Bei Bietergemeinschaften ist von jedem Mitglied die Kopie eines aktuellen Registrauszugs vorzulegen bzw. zu



**[Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektbezogene Sicherheitsleistungen]**  
**[101-24-EK7]**

	Erklärung, dass für den Bieter keine Registereintragungspflicht besteht	erklären, dass keine Registereintragungspflicht besteht.
7	Kopie der Erlaubnis gemäß § 34a GewO	Siehe Abschnitt 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung / 4.3 der Eignungskriterienabfrage auf der Vergabeplattform
8	Eigenerklärung Ausschlussgründe	Einzelbieter bzw. der abgebende Bieter einer Bietergemeinschaft hat diese Angaben direkt auf der Vergabeplattform zu tätigen.  Weitere Bietergemeinschaftsmitglieder und Eignungsleihende Unternehmen haben das <i>Formblatt B.IV.1</i> ausgefüllt und in Textform dem Angebot beizufügen.
9	Vorlage einer aktuellen Kopie der Haftpflichtversicherung	Es sind die gegenüber § 14 Abs. 2 BewachV erhöhten Mindestversicherungssummen gemäß Abschnitt 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung / 3.1 der Eignungsabfrage zu beachten.
10	Eigenerklärung zu Umsatz und Mitarbeiterzahl	Die Eintragungen sind direkt auf der Vergabeplattform zu tätigen.
11	Eigenerklärung Referenzen	Die Eintragungen sind direkt auf der Vergabeplattform zu tätigen.
12	Zertifizierungsnachweis nach ISO 9001 oder gleichwertiger Nachweis	Vorlage einer Kopie
13	Formular Ziffer B.IX.1 „Verpflichtungserklärung qualif. NU“	Nur im Fall der Eignungsleihe. In diesem Fall ausgefüllt und in Textform des qualifizierten Nachunternehmers
14	<b>Nur für Los 2:</b> Nachweis einer zertifizierten Weiterbildung „Service- und Sicherheit an Pforte und Empfang“	Vorlage einer Kopie
15	Preisblatt Los 1	Ausgefüllt, als Excel- und als PDF-Datei
16	Preisblatt Los 2	Ausgefüllt, als Excel- und als PDF-Datei
17	Darstellung der Qualifikation und Erfahrung des im Auftragsfall zum Einsatz kommenden Stammteams <b>Los 1</b>	Aussagekräftige Darstellung nebst Anlagen. Auf das Dokument Zuschlagskriterien wird verwiesen.
18	Darstellung der Qualifikation und Erfahrung des im Auftragsfall zum Einsatz kommenden Stammteams <b>Los 2</b>	Aussagekräftige Darstellung nebst Anlagen. Auf das Dokument Zuschlagskriterien wird verwiesen.
19	Darstellung zur Erreichbarkeit, den zugesagten Reaktionszeiten und der Personalreserve <b>Los 1</b>	Aussagekräftige Darstellung nebst Anlagen. Auf das Dokument Zuschlagskriterien wird verwiesen.

**[Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektbezogene Sicherheitsleistungen]**  
**[101-24-EK7]**

20	Darstellung zur Erreichbarkeit, den zugesagten Reaktionszeiten und der Personalreserve <b>Los 2</b>	Aussagekräftige Darstellung nebst Anlagen. Auf das Dokument Zuschlagskriterien wird verwiesen.
21	Darstellung des Qualitätssicherungskonzeptes <b>Los 1</b>	Aussagekräftige Darstellung nebst Anlagen. Auf das Dokument Zuschlagskriterien wird verwiesen.
22	Darstellung des Qualitätssicherungskonzeptes <b>Los 2</b>	Aussagekräftige Darstellung nebst Anlagen. Auf das Dokument Zuschlagskriterien wird verwiesen.

### 3.11 Prüfung und Wertung der Angebote

Die Prüfung und Wertung der Angebote erfolgt anhand des nachfolgend dargestellten Wertungssystems:

### 3.12 Prüfung auf Erlaubnis zur Berufsausübung und Leistungsfähigkeit

- **Formale Prüfung:** Der Auftraggeber wird die eingegangenen Angebote zunächst anhand der in den Vergabeunterlagen genannten Anforderungen in formaler Hinsicht überprüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass bei einem Angebot Unterlagen fehlen oder unvollständig sind, wird der Auftraggeber im Rahmen des § 51 SektVO den betroffenen Bieter auffordern, Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen, sofern dies vergaberechtlich zulässig sein sollte.

Darauf erfolgt eine Prüfung der Angebote auf Vorliegen von Ausschlussgründen. Ein zwingender Ausschluss des Bieters erfolgt bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 123 Abs. 4, S. 2, Abs. 5, § 125, § 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

Des Weiteren kann ein Ausschluss erfolgen, bei Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 124 GWB, nach § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz (AentG), nach § 98c Aufenthaltsgesetz (AufenthG), nach § 19 Mindestlohngesetz (MiLoG) und nach § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarArbG). Davon kann nach pflichtgemäßem Ermessen und gegebenenfalls unter den in §§ 125 und 126 GWB geregelten Voraussetzungen abgesehen werden.

Darauf folgt die Prüfung der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit und der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit des Bieters gemessen an der zu vergebenden Leistung anhand der vom Bieter eingereichten Angaben, Erklärungen und Nachweise.

- **Angemessenheitsprüfung:** Der Auftraggeber wird die eingegangenen Angebote rechnerisch, technisch und wirtschaftlich prüfen. Hierzu wird der Auftraggeber die von den Bietern angegebenen Preise auf deren Angemessenheit überprüfen. Soweit sich daraus ergibt, dass ein Angebot unangemessen hoch bzw. unangemessen niedrig erscheint, wird der Auftraggeber den Bieter auffordern, die angebotenen Preise gemäß § 54 SektVO aufzuklären. Der Auftraggeber behält sich vor, dazu von den Bietern Kalkulationsunterlagen anzufordern.

**[Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektbezogene Sicherheitsleistungen]**  
**[101-24-EK7]**

- **Wertung anhand der Zuschlagskriterien:** Die weitere Wertung der Angebote erfolgt anhand der von den Bietern zu den nachfolgend genannten Zuschlagskriterien einzureichenden Unterlagen.

Es werden folgende Zuschlagskriterien aufgestellt und wie folgt gewichtet:

Zuschlagskriterium	Gewichtung
Angebotspreis	30 %
Qualität- und Sicherheitsmanagement	70%

Wegen den Zuschlagskriterien nebst Unterkriterien, Gewichtung und Bewertung wird auf das Dokument „Zuschlagskriterien“ verwiesen.

### 3.13 Zuschlag

Die rnv strebt an, das Vergabeverfahren durch Zuschlagserteilung spätestens in der KW 23/2025 zu beenden.

Vor Zuschlagserteilung wird der Auftraggeber eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister gemäß § 5 Absatz 2 Satz 1 WRegG einholen, um zu prüfen, ob Eintragungen zu dem für den Zuschlag vorgesehenen Bieter vorliegen.

Die nicht erfolgreichen Bieter werden über die Zuschlagsabsicht gemäß § 134 GWB informiert werden. Vor Vertragsunterzeichnung können noch letzte Detailverhandlungen für kleinere Korrekturen geführt werden, soweit sie die Wertungsrangfolge nicht beeinflussen.

Die Zuschlags- und Bindefrist endet am [15.06.2025]. Bis zu diesem Termin sind die Bieter an ihre Angebote gebunden.

### 3.14 Kosten für die Teilnahme am Verfahren

Für Erstellung der Angebotsunterlagen und die Teilnahme an diesem Verfahren werden Kosten nicht erstattet und Entschädigungen nicht gewährt.

## 4 Rügepflicht und Nachprüfung

### 4.1 Zulässigkeit Nachprüfungsantrag

Die Zulässigkeit von Nachprüfungsanträgen richtet sich nach § 160 GWB. Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer

**[Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektbezogene Sicherheitsleistungen]**  
**[101-24-EK7]**

Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Dies gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2 GWB. § 134 Absatz 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

#### **4.2 Vergabekammer**

Der Bieter kann sich zur Nachprüfung behaupteter Vergabeverstöße an folgende Stelle wenden:

Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe

Durlacher Allee 3

76137 Karlsruhe

Tel: 0721 / 926-873 0

Fax: 0721 / 926-398 5

E-Mail: [vergabekammer@rpk.bwl.de](mailto:vergabekammer@rpk.bwl.de)

Internet: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/abt1/ref15/> ]

#### **4.3 Rechtsgrundlagen**

Für die Einlegung von Rechtsbehelfen gelten u.a. die folgenden Regelungen des GWB:

##### § 134 Informations- und Wartepflicht

(1) Öffentliche Auftraggeber haben die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform zu informieren. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

**[Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektbezogene Sicherheitsleistungen]**  
**[101-24-EK7]**

(2) Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung der Information nach Absatz 1 geschlossen werden. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf zehn Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. Die Informationspflicht entfällt in Fällen, in denen das Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb wegen besonderer Dringlichkeit gerechtfertigt ist. Im Fall verteidigungs- oder sicherheitsspezifischer Aufträge können öffentliche Auftraggeber beschließen, bestimmte Informationen über die Zuschlagserteilung oder den Abschluss einer Rahmenvereinbarung nicht mitzuteilen, soweit die Offenlegung den Gesetzesvollzug behindert, dem öffentlichen Interesse, insbesondere Verteidigungs- oder Sicherheitsinteressen, zuwiderläuft, berechnigte geschäftliche Interessen von Unternehmen schädigt oder den lauterer Wettbewerb zwischen ihnen beeinträchtigen könnte.

§ 135 Unwirksamkeit

(1) Ein öffentlicher Auftrag ist von Anfang an unwirksam, wenn der öffentliche Auftraggeber

1. gegen § 134 verstoßen hat oder
2. den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist, und dieser Verstoß in einem Nachprüfungsverfahren festgestellt worden ist.

(2) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

(3) Die Unwirksamkeit nach Absatz 1 Nummer 2 tritt nicht ein, wenn

1. der öffentliche Auftraggeber der Ansicht ist, dass die Auftragsvergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu-lässig ist,
2. der öffentliche Auftraggeber eine Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht hat, mit der er die Absicht bekundet, den Vertrag abzuschließen, und
3. der Vertrag nicht vor Ablauf einer Frist von mindestens zehn Kalendertagen, gerechnet ab dem Tag nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung, abgeschlossen wurde.

Die Bekanntmachung nach Satz 1 Nummer 2 muss den Namen und die Kontaktdaten des öffentlichen Auftraggebers, die Beschreibung des Vertragsgegenstands, die Begründung der Entscheidung des Auftraggebers, den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union zu vergeben, und den Namen und die Kontaktdaten des Unternehmens, das den Zuschlag erhalten soll, umfassen.

§ 160 Einleitung, Antrag

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

**[Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektbezogene Sicherheitsleistungen]**  
**[101-24-EK7]**

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

#### **4.4 Weiterleitung von Vergabeunterlagen**

Der Auftraggeber ist im Falle eines Nachprüfungsantrags verpflichtet, die Vergabeakten, die auch die abgegebenen Teilnahmeanträge und Angebote enthalten, an die Vergabekammer weiterzuleiten. Gemäß § 165 GWB haben die Verfahrensbeteiligten unter Umständen Anspruch auf Akteneinsicht und können sich gegebenenfalls Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen. Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist. Es ist daher im Interesse des Bewerbers oder Bieters, bereits mit der Abgabe des Teilnahmeantrags oder Angebotes eine entsprechende Kennzeichnung der Stellen vorzunehmen, die Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten.

#### **4.5 Datenschutz**

Die Vergabestelle nimmt den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten sehr ernst und bewahrt grundsätzlich Verschwiegenheit über die ihr bei ihrer Aufgabenwahrnehmung bekannt gewordenen Angelegenheiten.

Bei der Durchführung von Vergabeverfahren verarbeitet die Vergabestelle Daten von Ihnen oder Ihren Mitarbeitern. Mit diesen Datenschutzhinweisen möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer Daten informieren.

**[Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektbezogene Sicherheitsleistungen]**  
**[101-24-EK7]**

1. Zweck und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten: Durchführung eines Vergabeverfahrens, Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c i.V.m. Artikel 6 Absatz 3 DSGVO und §§ 97ff des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)

2. Empfänger von personenbezogenen Daten:

Die Vergabestelle ist die zentrale Stelle, bei der alle Angebote und Teilnahmeanträge europaweiter Ausschreibungen eingehen. Diese Angebote und Teilnahmeanträge enthalten regelmäßig personenbezogene Daten, wie z.B. Referenzen, berufliche Qualifikationen des vom Bieter bzw. Bewerber zur Leistungserbringung vorgeschlagenen Personals etc., die zur Auswertung und Begründung der Auswahl und Zuschlagsentscheidungen benötigt werden. Diese Auswertung erfolgt in den Fachbereichen, die Bedarfsträger sind. Der Kreis der Personen, die Einblick in diese Unterlagen erhalten, ist auf den Kreis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschränkt, die zur Auswertung der Unterlagen zwingend erforderlich sind.

Die Vergabestelle ist nach § 19 Absatz 4 Mindestlohngesetz, § 21 Absatz 4 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 21 Absatz 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz verpflichtet, bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro ohne Umsatzsteuer für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister nach § 5 Absatz 2 Satz 1 WRegG anzufordern.

Nach § 134 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen informiert die Vergabestelle die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses unverzüglich in Textform. Dies gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

Nach § 62 Absatz 1 Satz 1 Vergabeverordnung teilt die Vergabestelle jedem Bewerber und jedem Bieter unverzüglich seine Entscheidungen über den Abschluss einer Rahmenvereinbarung, die Zuschlagserteilung oder die Zulassung zur Teilnahme an einem dynamischen Beschaffungssystem mit.

Nach § 62 Absatz 2 Nummer 3 Vergabeverordnung unterrichtet die Vergabestelle auf Verlangen des Bieters unverzüglich, spätestens innerhalb von 15 Tagen nach Eingang des Antrags in Textform nach § 126b des Bürgerlichen Gesetzbuchs jeden Bieter über die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebots sowie den Namen des erfolgreichen Bieters.

Nach § 39 Absatz 1 Vergabeverordnung übermittelt die Vergabestelle spätestens 30 Tage nach der Vergabe eines öffentlichen Auftrags oder nach dem Abschluss einer Rahmenvereinbarung eine Vergabebekanntmachung mit den Ergebnissen des Vergabeverfahrens an das Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. Hier werden auch Name und Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers, zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde, veröffentlicht.

Im Falle der Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer hat die Vergabestelle nach § 163 Absatz 2 Satz 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen die Vergabeakten der Kammer sofort zur Verfügung zu stellen. Dies gilt auch für das Verfahren der sofortigen Beschwerde vor dem zuständigen Oberlandesgericht nach § 171 GWB. In diesen Verfahren werden personenbezogene Daten ggf. auch an andere Verfahrensbeteiligte weitergegeben.

**[Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektbezogene Sicherheitsleistungen]**  
**[101-24-EK7]**

3. Kriterien für die Festlegung der Dauer der Speicherung personenbezogener Daten: Maßstab für die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind die haushalts- und vergaberechtlichen Aufbewahrungsfristen; die Vergabestelle speichert die eingegangenen Teilnahmeanträge und Angebote nicht länger als 10 Jahre.

4. Rechte der betroffenen Personen:

Es besteht ein Recht auf Auskunft der von der Vergabestelle verarbeiteten personenbezogenen Daten.

Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die den Bewerber/ Bieter betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sind. Unvollständige Daten können vervollständigt werden.

Es besteht grundsätzlich ein Recht auf Löschung der personenbezogenen Daten. Der Anspruch hängt jedoch u.a. davon ab, ob die Daten zur Erfüllung der Aufgaben noch benötigt werden (siehe oben Dauer der Speicherung).

Es besteht ein Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Daten des Bewerbers/ Bieters zu verlangen.

Es besteht ein Recht, aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation des Bewerbers/ Bieters ergeben, der Verarbeitung der diesen betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht.

- Ende Verfahrensbrief -



# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

### Wichtiger Hinweis an Bieter als Arbeitgeber:

Wir verarbeiten im Rahmen des Vergabeverfahrens die personenbezogenen Daten von Mitarbeitern Ihres Unternehmens, aus denjenigen Unterlagen, die Sie im Vergabeverfahren an uns übermitteln (insbesondere Teilnahmeanträge und Angebote). Im Hinblick auf die insoweit von Ihnen an uns übersandten Informationen zu Mitarbeitern Ihres Unternehmens delegieren wir hiermit unsere Informationspflichten gemäß den Artt. 13 und 14 DSGVO gegenüber den betroffenen Personen auf Sie als Bieter. Wir bitten Sie deshalb, dieses Hinweisblatt vor der Übermittlung solcher Unterlagen allen betroffenen Beschäftigten auszuhandigen.

### 1. Einleitung

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens zum **[Rahmenvertrag Service- und Sicherheit und objektbezogene Sicherheitsleistungen]** bei der rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“, „wir“ und „uns“) einzureichenden Dokumente enthalten personenbezogene Daten, die für die Kommunikation und für die Entscheidungsfindung im Vergabeverfahren erforderlich sind. Der Schutz dieser Daten ist uns wichtig. Wir verarbeiten sie daher mit größtmöglicher Sorgfalt und in Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen.

Nachfolgend informieren wir Sie gemäß den Vorgaben der Artt. 13 und 14 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte als Betroffener.

### 2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

#### Verantwortlicher im Sinne der DSGVO:

rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH  
Möhlstraße 27  
68165 Mannheim  
Tel.: 0621-465-0  
E-Mail: [kundenservice@rnv-online.de](mailto:kundenservice@rnv-online.de)

#### Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

CTM-COM GmbH  
Herr Mentges  
Marienburgstraße 27  
64297 Darmstadt  
Tel.: 06154-57605 111  
E-Mail: [datenschutz@ctm-com.de](mailto:datenschutz@ctm-com.de) oder [datenschutz@rnv-online.de](mailto:datenschutz@rnv-online.de)

### 3. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen des Vergabeverfahrens von Ihnen

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

oder Ihrem Arbeitgeber erhalten. Das sind insbesondere die Daten aus Teilnahmeanträgen oder Angeboten, die im Vergabeverfahren gefordert und einzureichen sind. Regelmäßig handelt es sich dabei um:

- dienstliche Kontaktdaten von Ihnen als Einzelunternehmer oder Mitarbeiter Ihres Arbeitgebers, wie Vor- und Nachname, Position im Unternehmen, berufliche Telefonnummer und E-Mail-Adresse,
- Angaben zu Ihrem beruflichen Werdegang und Ihrer beruflichen Qualifikation, wie Lebensläufe, Berufsabschlüsse und persönliche Berufserfahrungen.

Darüber hinaus verarbeiten wir – soweit für das Vergabeverfahren erforderlich – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen wie Handels- und Vereinsregister, Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister, Presse, Internet zulässigerweise erheben dürfen oder die uns von anderen Behörden des Bundes und der Länder oder von sonstigen Dritten (z.B. Auskunftsteilen) berechtigt übermittelt werden.

Wir erheben darüber hinaus personenbezogene Daten, z.B. im Zusammenhang mit Bedarfserhebungen, Beschaffungsvorhaben, Teilnahmeanträgen, Angeboten, Fragen, welche z.B. über Webformulare in eVergabeplattformen oder per E-Mail an uns übermittelt werden, Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z.B. Zahlungsverkehr) sowie Dokumentationsdaten (z.B. über Fragen und Antworten zu unseren Vergabeverfahren).

### 4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) und – soweit anwendbar – des Bundesdatenschutzgesetzes („**BDSG**“) sowie gegebenenfalls weiteren anwendbaren Datenschutzbestimmungen.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zum Zweck der rechtmäßigen Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens, im Einzelnen zur:

- Einhaltung der geltenden vergaberechtlichen Vorschriften, insbesondere der Vergabe Grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz, der Wirtschaftlichkeit, der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung
- Prüfung und Beantwortung von Fragen und Hinweisen von Bietern im Vergabeverfahren
- Prüfung und Wertung von Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträgen und Angeboten im Vergabeverfahren, insbesondere auf vergaberechtliche Ausschlussgründe
- Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Führung einer sachdienlichen Kommunikation während des Vergabeverfahrens.

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Durchführung der für uns verpflichtenden Eignungsprüfung (insbesondere Angaben zur Befähigung und gegebenenfalls Erlaubnis zur Berufsausübung sowie zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit) und für die Prüfung zwingender Ausschlussgründe wegen eines Verstoßes gegen bestimmte Strafvorschriften erfolgt, ist diese gemäß Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. c), Absatz 3 DSGVO in Verbin-

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

dung mit den §§ 122 und 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen („GWB“) zur Erfüllung dieser rechtlichen Verpflichtungen zulässig.

Im Übrigen ist die Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. f) DSGVO. Diese Vorschrift gestattet uns die Verarbeitung personenbezogener Daten, soweit dies zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der Interessen eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Personen, die den Schutz personenbezogener Daten erforderlich machen, überwiegen. Unser berechtigtes Interesse besteht in der ordnungsgemäßen Durchführung des Vergabeverfahrens unter Beachtung der insoweit geltenden gesetzlichen Vorgaben.

### 5. Wer bekommt Ihre Daten?

Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, soweit eine Rechtsgrundlage dies gestattet. Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich und zulässig – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von Gewerbezentralregister-Auskünften gem. § 150a GewO
- zuständige Stellen für vergaberechtliche relevante Register (z.B. Wettbewerbsregister, Transparenzregister)
- zuständige Stellen zur Einholung von Auskünften betreffend das Vorliegen von vergaberechtlichen Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung etwaiger bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- mit der Beratung oder Unterstützung im Vergabeverfahren beauftragte Dritte (z.B. Ingenieurbüros, Beratungsunternehmen, Rechtsanwaltskanzleien)
- Teilnehmer am Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung
- Instanzen für die Nachprüfung von Vergabeverfahren und die dort beteiligten Parteien
- Rechnungsprüfungs-, Revisions- und Kontrollinstanzen.

Soweit wir mit **Auftragsverarbeitern** zusammenarbeiten, werden Ihre Daten an diese weitergegeben. Auftragsverarbeiter sind Unternehmen, die wir im gesetzlich vorgesehenen Rahmen (Art. 28 DSGVO) mit der Verarbeitung von Daten beauftragen (Dienstleister, Erfüllungsgehilfen) und entsprechend anweisen. Wir bleiben auch in diesem Fall weiterhin für den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten verantwortlich. Beauftragt werden diese Unternehmen von uns insbesondere in folgenden Bereichen:

- Bereitstellung und Betrieb der im Vergabeverfahren eingesetzten eVergabeplattformen
- ggf. Digitalisierung von in Papierform im Vergabeverfahren eingereichten Unterlagen.

### 6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies zur Durchführung des Vergabeverfahrens und unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Als Bestandteil der Dokumentation des Vergabeverfahrens fallen Ihre Daten unter die Aufbewahrungsfristen gemäß § 8 Abs. 4 VgV (bis zum Ende der Laufzeit des Vertrages oder Rah-

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

menvertrages, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages) oder im Fall einer Unterschwellenvergabe gemäß § 6 Abs. 2 UVgO (mindestens drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags).

Darüber hinaus können für uns abweichende Aufbewahrungsfristen gelten, die in Rechts- und Verwaltungsvorschriften wie denjenigen zur Bundeshaushaltsordnung festgelegt sind. Gemäß diesen Vorschriften kann eine Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren erforderlich sein.

Soweit nach Beendigung des Vergabeverfahrens durch Ihr Unternehmen oder durch uns noch Ansprüche bestehen oder geltend gemacht werden, werden Ihre personenbezogenen Daten jedoch erst dann gelöscht, wenn diese Ansprüche abschließend geklärt sind, spätestens jedoch mit Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist. Gemäß den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches („BGB“) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die vorgenannten Zwecke nicht mehr erforderlich ist, löschen wir diese.

### 7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittländer (Staaten außerhalb der europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR) oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

### 8. Welche Rechte haben Sie?

Sie haben unter den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen uns gegenüber folgende Rechte:

#### a. Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Gemäß Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob wir personenbezogene Daten verarbeiten, die Sie betreffen. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf detaillierte Auskunft über die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten. Die Auskunftserteilung kann in begründeten Einzelfällen auf Grundlage des Art. 12 Abs. 5 Satz 2 lit. b) DSGVO oder der in § 34 BDSG geregelten Fälle abgelehnt werden.

#### b. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie können von uns die unverzügliche Berichtigung unrichtiger Daten verlangen, die Sie betreffen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie zudem das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

#### c. Recht auf Löschung oder „Recht auf Vergessenwerden“ (Art. 17 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 17 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten. Dieses Recht ist in den in Artikel 17 Abs. 3 DSGVO genann-

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

ten Fällen eingeschränkt.

### d. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, u.a. wenn und solange Uneinigkeit über die Richtigkeit Ihrer Daten besteht, Sie eine Löschung der Daten ablehnen oder Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen und noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Interessen überwiegen.

### e. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Soweit eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns ausnahmsweise auf Ihrer freiwillig erteilten und jederzeit widerrufbaren Einwilligung oder einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b) DSGVO beruht, können Sie bei Vorliegen der in Art. 20 DSGVO genannten Voraussetzungen auch die Herausgabe der im Rahmen des Vergabeverfahrens bereitgestellten personenbezogenen Daten oder deren Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen verlangen (**Recht auf Datenübertragbarkeit**).

### f. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Ferner haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde insbesondere in dem EU-Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die DSGVO oder andere Datenschutzvorschriften verstößt.

Die Anschrift der für die rnv zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit  
Königstraße 10a  
70173 Stuttgart  
Tel: 0711 61 55 41-0  
E-Mail: [poststelle@ldi.bwl.de](mailto:poststelle@ldi.bwl.de)

Weitere verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Rechtsbehelfe, die Ihnen möglicherweise zustehen, bleiben hiervon unberührt.

## 9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen des Vergabeverfahrens müssen diejenigen Ihrer personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Durchführung und Verwaltung eines rechtmäßigen Vergabeverfahrens und der damit verbundenen vergaberechtlichen Rechte und Pflichten von uns als öffentlichem Auftraggeber erforderlich sind.

Ohne diese Daten wird die rechtmäßige Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens gefährdet.

## Hinweise zum Datenschutz

### Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

#### 10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

Zur Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens findet grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO statt. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren.

#### Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO

Sie haben zudem das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO einzulegen. Dies gilt auch für ein etwa auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten; es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch ist formfrei möglich und an die unter Ziffer 2 angegebenen Kontaktdaten zu richten.

\*\*\*

# Zuschlagskriterien



## I. Allgemein

Das wirtschaftlichste Angebot je Los ermittelt sich anhand

- A. Des Angebotspreises (30%) sowie
- B. Des Qualitäts- und Sicherheitsmanagement (70%)

Die vom Bieter mit dem Angebot gemachten Angaben zum „Qualitäts- und Sicherheitsmanagement“ sind ebenso wie der Angebotspreis verbindlich und werden im Zuschlagsfall Vertragsinhalt. Die Anwendung der Zuschlagskriterien erfolgt ebenso wie die Auftragserteilung getrennt für Los 1 und Los 2.

## II. Einzelaufstellung der Zuschlagskriterien nebst Unterkriterien und Gewichtung

Die Zuschlagskriterien nebst Unterkriterien und Gewichtung ergeben sich aus nachstehender Tabelle wie folgt:

Inhalt	Wichtung %	Bewertung von – bis Punkten
A. Angebotspreis	30	0-300
B. Qualitäts- und Sicherheitsmanagement	70	0-700
Unterkriterien		
1. Qualifikation und Erfahrung des Stammteams	30	0- 300
2. Erreichbarkeit, Reaktionszeit, Personalreserven	25	0-250
3. Qualitätssicherungskonzept	15	0-150
Summe A. bis B.	100	0-1.000

Die für das jeweilige Kriterium erzielte Punktzahl wird mit dem Prozentsatz der Gewichtung des Kriteriums multipliziert. Die Summe der maximalen Wertungspunkte aller Kriterien ergibt die maximal erreichbare Gesamtsumme von 1.000 Punkten. Den Zuschlag erhält der Bieter, dessen Angebot die höchste Gesamtpunktzahl erreicht.

### III. Erläuterungen zu den Zuschlagskriterien

#### A. Angebotspreis

Der Angebotspreis ermittelt sich aus der Gesamt-Angebotssumme des Preisblattes.

Das Angebot mit dem niedrigsten Wertungspreis erhält 10 Punkte. Da der Preis mit 30% gewichtet wird, sind beim Wertungskriterium Preis somit maximal 300 Punkte erreichbar. Die nachrangigen Angebotspreise werden im Verhältnis zum Angebotspreis des günstigsten Bieters linear prozentual schlechter punktemäßig bewertet. Dabei erfolgt eine kaufmännische Rundung auf zwei Dezimalstellen. Die Wertungsformel lautet:  $(2 \times \text{niedrigster Wertungspreis} - \text{Wertungspreis des Angebotes}) : \text{niedrigster Wertungspreis} \times \text{maximale Punktzahl} = \text{Wertungspunkte des Angebots beim Zuschlagskriterium Angebotspreis}$ .

Rechenbeispiel:

Bieter	A	B	C
Wertungspreis	€ 400.000,00	€ 600.000,00	€ 800.000,00
Erreichte Wertungspunkte	300 Punkte	150 Punkte 0	0 Punkte

#### B. Qualitäts- und Sicherheitsmanagement

Beim Zuschlagskriterium „Qualitäts- und Sicherheitsmanagement“ werden je Unterkriterium maximal 10 Punkte vergeben. Multipliziert mit der jeweiligen Gewichtung des Unterkriteriums errechnen sich die Wertungspunkte je Unterkriterium. Da der Wert insgesamt mit 70% gewichtet wird, sind bei diesem Wertungskriterium somit maximal 700 Wertungspunkte erreichbar.

##### UNTERKRITERIUM 1:

Vom Bieter ist mit dem Angebot eine aussagekräftige Darstellung des Stammteams einzureichen, das im Auftragsfall nach Maßgabe der Anforderungsvorgaben gemäß der Leistungsbeschreibung zum Einsatz kommen soll. Aus der Darstellung muss mindestens die Größe des Stammteams sowie die Funktionen, Qualifikationen und Erfahrungen der einzelnen Mitglieder des Stammteams ersichtlich werden. Zudem fließen auch ergänzende Angaben, wie etwa Dauer der Betriebszugehörigkeit etc., mit in die Bewertung ein. Es obliegt dem Bieter, eine umfassende und aussagekräftige Darstellung einzureichen und durch geeignete Nachweise zu belegen.

Der Auftraggeber bewertet die Darstellung qualitativ nach der personellen Zusammensetzung, Qualifikation und Erfahrung des Stammteams unter Berücksichtigung der Anforderungen an die zu erbringenden



Sicherheitsdienstleistungen gemäß Leistungsbeschreibung. Die Darstellung wird wie folgt bewertet:

10 Punkte	=	Sehr gute Darstellung <i>Zielvorstellung weitgehend erfüllt, die Darstellungen lassen auf sehr gute Umsetzung schließen, sehr viele Aspekte vertieft dargelegt, Darstellung so, dass eine sehr hohe Qualität der personellen Zusammensetzung, Qualifikation und Erfahrung des Stammteams erwartet wird.</i>
8 Punkte	=	Gute Darstellung <i>Minimalanforderungen übererfüllt, die Darstellungen lassen auf eine gute Umsetzung schließen, überzeugende Darstellung mit leichten Mängeln, die in der Gesamtschau nicht ins Gewicht fallen, viele Aspekte detailliert und vertieft dargelegt, überzeugende Darstellung der Projektabwicklung so dass eine hohe Qualität der personellen Zusammensetzung, Qualifikation und Erfahrung des Stammteams erwartet wird.</i>
6 Punkte	=	Befriedigende Darstellung <i>Minimalanforderungen erfüllt, wesentliche Aspekte sind weitestgehend dargestellt, einige Aspekte vertieft dargelegt, Darstellung der Projektabwicklung so, dass eine durchschnittliche Qualität der personellen Zusammensetzung, Qualifikation und Erfahrung des Stammteams erwartet wird.</i>
4 Punkte	=	Ausreichende Darstellung <i>Minimalanforderungen teilweise erfüllt, zahlreiche Aspekte fehlen in der Gesamtschau, wenige Aspekte detailliert und vertieft dargelegt,</i>

		<i>Darstellung der Projektabwicklung so, dass eine geringe Sicherheit in Punkto Qualität der personellen Zusammensetzung, Qualifikation und Erfahrung des Stammteams erwartet wird.</i>
2 Punkte	=	Schwache Darstellung <i>Minimalerwartungen weitgehend nicht erfüllt, keine besonderen Aspekte detailliert und vertieft dargelegt, Darstellung der Projektabwicklung so, dass eine sehr geringe Sicherheit in Punkto Qualität der personellen Zusammensetzung, Qualifikation und Erfahrung des Stammteams erwartet wird.</i>
0 Punkte	=	Ungenügende Darstellung <i>Minimalerwartungen nicht erfüllt, keine Aspekte detailliert und vertieft dargelegt, Darstellung der Projektabwicklung so, dass keine Sicherheit in Punkto Qualität der personellen Zusammensetzung, Qualifikation und Erfahrung des Stammteams erwartet wird.</i>

Ergibt die Bewertung innerhalb einer der vorgenannten Bewertungsstufen positive oder negative Tendenzen, kann dieser Tendenz durch einen zusätzlichen Plus- oder Minuspunkt Rechnung getragen werden. Erweist sich beispielsweise die Darstellung als gut mit Tendenzen zu einer sehr guten Darstellung, kann der Bieter nicht nur 8, sondern 9 Punkte erhalten. Da das Zuschlagskriterium „Qualifikation und Erfahrung des Stammteams“ mit 30 % gewichtet ist, liegen die maximal zu erzielenden Wertungspunkte bei 300.

#### UNTERKRITERIUM 2:

Vom Bieter ist mit dem Angebot eine Darstellung zur Erreichbarkeit, den Reaktionszeiten und der Personalreserve einzureichen. Die Darstellung wird qualitativ im Hinblick auf die generelle und ad hoc-bedingte Erreichbarkeit, die Reaktionszeiten bei ad hoc-bedingter Personalverstärkung oder einem ad hoc-bedingten zusätzlichen

Einzelauftrag sowie die Größe und Qualifikation der Personalreserve beurteilt. Die Darstellung wird wie folgt bewertet:

10 Punkte	=	Sehr gute Darstellung
8 Punkte	=	Gute Darstellung
6 Punkte	=	Befriedigende Darstellung
4 Punkte	=	Ausreichende Darstellung
2 Punkte	=	Schwache Darstellung
0 Punkte	=	Ungenügende/keine Darstellung

Ergibt die Bewertung innerhalb einer der vorgenannten Bewertungsstufen positive oder negative Tendenzen, kann dieser Tendenz durch einen zusätzlichen Plus- oder Minuspunkt Rechnung getragen werden. Erweist sich beispielsweise die Darstellung als gut mit Tendenzen zu einer sehr guten Darstellung, kann der Bieter nicht nur 8, sondern 9 Punkte erhalten. Da das Zuschlagskriterium „Erreichbarkeit, Reaktionszeiten, Personalreserven“ mit 25 % gewichtet ist, liegen die maximal zu erzielenden Wertungspunkte bei 250.

#### UNTERKRITERIUM 3:

Mit dem Angebot ist vom Bieter ein aussagekräftiges, ganzheitliches Qualitätssicherungskonzept unter Berücksichtigung der Anforderungen der konkret zu erbringenden Sicherheitsdienstleistungen gemäß Leistungsbeschreibung mit dem Angebot vorzulegen. Dabei ist unter anderem zu beschreiben, wie die Qualitätssicherung im Einzelnen konzipiert ist (organisatorische Einbindung, Verantwortlichkeiten, Prüfhäufigkeit, Verwendung von Kontrollsystemen, Weiterbildung, Sicherstellung der uneingeschränkten Umsetzung von Dienstanweisungen sowie die Einhaltung aller betrieblichen und rechtlichen Bestimmungen etc.). Die Darstellung wird qualitativ im Hinblick auf Schlüssigkeit, Geeignetheit und Auftragsbezogenheit des Qualitätssicherungskonzeptes beurteilt. Die Darstellung wird wie folgt bewertet:

10 Punkte	=	Sehr gute Darstellung
8 Punkte	=	Gute Darstellung
6 Punkte	=	Befriedigende Darstellung
4 Punkte	=	Ausreichende Darstellung
2 Punkte	=	Schwache Darstellung
0 Punkte	=	Ungenügende/keine Darstellung

Ergibt die Bewertung innerhalb einer der vorgenannten Bewertungsstufen positive oder negative Tendenzen, kann dieser Tendenz durch einen zusätzlichen Plus- oder Minuspunkt Rechnung getragen werden. Erweist sich beispielsweise die Darstellung

als gut mit Tendenzen zu einer sehr guten Darstellung, kann der Bieter nicht nur 8, sondern 9 Punkte erhalten. Da das Zuschlagskriterium „Qualitätssicherungskonzept“ mit 15 % gewichtet ist, liegen die maximal zu erzielenden Wertungspunkte bei 150.

#### **IV. Hinweise**

Fehlende Angaben in den Angebotsunterlagen des Bieters zu den Zuschlagskriterien können nach § 51 Abs. 3 S. 1 SektVO nicht nachgefordert werden. Abweichendes gilt allein für fehlende Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen (§ 51 Abs. 3 S. 2 SektVO).

Angebote, bei denen beispielsweise eine Darstellung zum Qualitäts- und Sicherheitsmanagement gemäß Zuschlagskriterien B, sei es zum Unterkriterium 1, 2 oder 3, komplett fehlt, sind von der Angebotswertung auszuschließen. Fehlen nur einzelne Angaben innerhalb der Darstellung zum Qualitäts- und Sicherheitsmanagement gemäß Zuschlagskriterien B., sei es beim Unterkriterium 1, 2 oder 3, führt dies zwar nicht zum Angebotsausschluss, kann sich aber negativ auf die Bewertung auswirken. Ein Nachfordern einer komplett fehlenden Darstellung zum Qualitäts- und Sicherheitsmanagement ist, wie dargetan, ebenso wenig möglich und zulässig wie das Nachfordern einzelner fehlender Angaben innerhalb der Darstellungen zum Unterkriterium 1, 2 oder 3.

## **Besondere Vertragsbedingungen (BVB)**

### **Service & Sicherheit im Bedienungsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH – Los 1 und Los 2**

#### **§ 1 Vertragsgrundlagen und Anwendungsbereich**

##### **1.1 Vertragsrechtliche Regelungen**

Maßgebend für die vertragsrechtlichen Regelungen sind in nachstehender Rang- und Reihenfolge folgende Bestimmungen:

1. die Besonderen Vertragsbedingungen,
2. Allgemeine Einkaufsbedingungen Dienstleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe
3. das (letzverbindliche) Angebot des Auftragsnehmers inkl. sämtlicher auf gesonderte Anforderung vorgelegter oder nachgereichter Unterlagen, Konzepte, Skizzen, Nachweise, Erklärungen und Angaben
4. das Bieter-/ und Verhandlungsgesprächsprotokoll sowie die Beantwortung von Bewerber-/ Bieterfragen (soweit vorhanden),
5. die weiteren Vergabeunterlagen inkl. Leistungsbeschreibung mit Anlagen,
6. die aktuell gültige Fassung der VOL/B,
7. die aktuell gültige Fassung des BGB.

Der Auftragnehmer hat bei der Aufgabenerfüllung alle einschlägigen gesetzlichen und sonstigen rechtlichen Bestimmungen und Vorschriften, die die vertraglich vereinbarte Leistung betreffen, in ihrer jeweiligen Fassung vollumfänglich zu beachten.

Die Einhaltung dieser Vorschriften schuldet der Auftragnehmer auch vertraglich gegenüber dem Auftraggeber.

#### **§ 2 Vertragsgegenstand**

##### **2.1 Los 1**

Gegenstand des Vertrages für Los 1 sind die fahrgastbezogenen Sicherheits- und Kontrolldienste der rnv im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Service- und Sicherheitsdienstleistungen zur Erhöhung der Sicherheit von Fahrgästen, Fahr-, Aufsichts- und Prüfpersonal und Verhinderung von Vandalismus an den Haltestellen, Betriebsanlagen und Verkehrsmittel der rnv in der Metropolregion Rhein-Neckar, mit den Städten Mannheim, Heidelberg und Ludwigshafen (Bedienungsgebiet der rnv) gemäß Leistungsbeschreibung und den übrigen Vergabeunterlagen aus dem o.g. Vergabeverfahren. Als Eventualleistung im Los 1 ist die Überwachung der Einhaltung von Corona-Schutzes/Pandemieauflagen in allen Bussen und Bahnen der rnv enthalten.

**Service & Sicherheit**  
**[101-24-EK7]****2.2 Los 2**

Gegenstand des Vertrages für Los 2 ist der objektsbezogene Sicherheits- und Schließdienst für bestimmte rnv-Betriebshöfe und rnv-Betriebsanlagen sowie Tunnelanlagen Ludwigshafen Hauptbahnhof und Rathauscenter Ludwigshafen, Pfortendienste Betriebshof Heidelberg, Mannheim und Ludwigshafen, nebst weiteren Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung und Vergabeunterlagen.

**§3 Leistungen****3.1 Leistungsbeschreibung und Leistungsumfang**

Art und Umfang der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen ergeben sich aus folgenden Vertragsbestandteilen:

- (a) Leistungsbeschreibung nebst Anlagen
- (b) schriftliche Hinweise und Antworten auf Bieterfragen
- (c) Angebot des Auftragnehmers nebst sämtlichen Anlagen, Erklärungen und Nachweisen
- (d) die mit der Leistungserbringung zusammenhängenden gesetzlichen, behördlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften, DIN-Normen sowie sonstige Richtlinien und Verordnungen einschließlich der in der Leistungsbeschreibung genannten Bestimmungen

Sind in einer der vorgenannten Vertragsunterlagen Einzelleistungen oder Leistungsstandard nicht oder anders erwähnt, als in den anderen Vertragsunterlagen, ist zu prüfen, ob die widersprüchlichen Angaben auf einer Fortentwicklung oder Änderung der zu erbringenden Leistungen (unechter Widerspruch) beruhen. In diesem Fall ist Gegenstand der Leistungspflicht insoweit die fortentwickelte oder geänderte Leistung und die sie betreffenden Vertragsunterlagen.

Nur dort, wo sich widersprechende Angaben nicht aus solchen geänderten oder fortentwickelten Angaben der Unterlagen ergeben, die Vertragsbestandteile sind, liegt ein echter Widerspruch vor, der durch Auslegung zu beseitigen ist.

**3.2 Vertragsänderungen und Flexibilität des Leistungsumfangs****3.2.1 Flexibilität des Stundenkontingents**

Die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) behält sich das Recht vor, den vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungsumfang nach Bedarf zu erweitern oder zu verringern. Für **Los 1** ist eine Gesamtstundenzahl von 215.864 Stunden über einen Zeitraum von 4 Jahren vorgesehen. Für **Los 2** ist eine Gesamtstundenzahl von 134.569 Stunden ebenfalls auf 4 Jahre verteilt eingeplant. In beiden Fällen kann die Gesamtstundenzahl um bis zu +/- 25 % angepasst werden, ohne dass eine verbindliche Abnahmeverpflichtung besteht.

**3.2.2 Änderungen ohne Auswirkungen auf die Bereithaltungskosten**

Sollte eine Anpassung des Leistungsumfangs (Erhöhung oder Reduzierung der Stundenzahl) keine wesentliche Veränderung der Bereithaltungskosten des Auftragnehmers zur Folge haben, ist keine gesonderte Zustimmung des Auftragnehmers erforderlich. In diesem Fall kann die rnv die Anpassung nach eigenem Ermessen vornehmen.

**3.2.3 Änderungen mit Auswirkungen auf die Bereithaltungskosten**

Wenn eine Anpassung des Leistungsumfangs zu einer wesentlichen Veränderung der Bereithaltungskosten des Auftragnehmers führt, ist der Auftragnehmer verpflichtet, der Änderung des Leistungsumfangs zuzustimmen. Die Anpassung erfolgt auf Grundlage der vertraglich vereinbarten Stundenverrechnungssätze. Der Auftragnehmer wird mindestens 4 Wochen im Voraus über die geplante Änderung informiert.

**Service & Sicherheit**  
**[101-24-EK7]****3.2.4 Keine Abnahmeverpflichtung**

Die Änderungen des Leistungsumfangs gemäß Punkt 3.2.2 und 3.2.3 erfolgen ohne Abnahmeverpflichtung der rnv. Es ist nicht erforderlich, die angepassten Stunden vollständig abzunehmen, wenn die Leistungsanpassung im Rahmen der genannten Flexibilitätsgrenzen bleibt.

**§ 3 Einsatzzeiten**

Bei den in den Leistungsbeschreibungen angeführten kalkulatorischen Einsatzzeiten handelt es sich um grobe Schätzwerte. Abweichungen zwischen den kalkulatorischen und den tatsächlichen Einsatzzeiten lassen die vereinbarten Stundenverrechnungssätze unverändert. Etwaige Anpassungsansprüche aus § 313 BGB bleiben unberührt.

**§ 4 Personaleinsatz des Auftragnehmers / Subunternehmer****4.1**

Der Auftragnehmer benennt mit seinem Angebot zur Angebotswertung ein Stammteam inklusive Darstellung der Qualifikation und Erfahrungen der Mitglieder dieses Stammteams. Die Auftragserfüllung des Auftragnehmers erfolgt zwingend durch dieses Stammteam. Der Einsatz von nicht im Personalstamm benannten Mitarbeitern ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Der Auftragnehmer weist Qualifikation und Erfahrung der zusätzlich vorgesehenen Mitarbeiter nach.

Entfällt ein Mitglied des Personalstamms dauerhaft (absehbar über mehr als 3 Monate) ist hierfür ein in Qualifikation und Erfahrung gleichwertiger Ersatz gegenüber dem Auftraggeber zu benennen. Die Ausbildung und Einweisung neuer oder zusätzlicher Mitarbeiter muss auf die spezifischen Anforderungen der rnv angepasst sein.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet ausschließlich zuverlässiges Personal einzusetzen, welches für die von ihm zu erbringenden Leistungen über alle notwendigen Voraussetzungen wie Ausbildung, Berufserfahrung und Weiterbildung etc. verfügt. Ferner ist der Auftragnehmer verpflichtet, alle geltenden gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten. Der Auftragnehmer ist weiter verpflichtet Angaben zu dem von ihm eingesetzten Personal (Name, Vorname und Personalnummer) sowie dessen Einsätze in Form der Vorlage der rnv vorzulegen. Der Bieter muss Veränderungen der Personalsituation sofort melden, d. h. scheidet ein Mitarbeiter aus, oder wird ein neuer Mitarbeiter eingesetzt, fordert die rnv die Mitteilung über dessen vollständigen Vor- und Zunamen sowie Einsatz des Objektes und die geplanten Einsatzzeiten. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Leistungsbeschreibung Bezug genommen.

**4.2**

Ein Einsatz von Subunternehmern ist generell nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Dies gilt auch dann, wenn der Auftragnehmer mit seinem Angebot Unterauftragnehmer-Leistungen angegeben, den Unterauftragnehmer („Subunternehmer“) aber noch nicht namentlich benannt hat. Auch im Fall eines genehmigten Unterauftragnehmereinsatzes bleibt der Auftragnehmer uneingeschränkt zur vertragsgerechten Leistungserbringung gegenüber dem Auftraggeber verpflichtet. Der Auftragnehmer hat zudem sicherzustellen, dass der Unterauftragnehmer ebenso wie er selbst alle nach dem Vertrag mit dem Auftraggeber vereinbarten Verpflichtungen und einschlägigen Bestimmungen uneingeschränkt einhält.

**§ 5 Sonstige Pflichten des Auftragnehmers****5.1**

Soweit es im Einzelfall Schnittstellen zwischen den Leistungen der Auftragnehmer der Lose 1 und 2 gibt, sind beide zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit verpflichtet. Zwischen Ihnen muss eine

**Service & Sicherheit**  
**[101-24-EK7]**

sorgfältige Abstimmung der Schnittstellen und Funktionsabläufe durchgeführt werden, um Nachteile zu Lasten des Auftraggebers zu vermeiden

**5.2**

Sämtliche Fundgegenstände die durch den Auftragnehmer bzw. dessen Mitarbeiter oder Unterauftragnehmer gefunden werden, sind unverzüglich in den Mobilitätszentralen der rnv abzugeben. Ein Finderlohn wird hierfür nicht gezahlt.

**5.3**

Der Bieter ist verpflichtet, bei Arbeiten, durch die anwesende Personen gefährdet werden können, die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen durchzuführen (z.B. Verkehrssicherungspflicht).

**5.4**

Es ist dem Auftragnehmer sowie seinen Mitarbeitern oder Unterauftragnehmern ausdrücklich verboten, Einblick in Dokumente, Akten usw. der rnv zu nehmen oder gar Abschriften, Kopien oder Bilder und dergleichen anzufertigen. Die Nutzung von Betriebseigentum der rnv ist grundsätzlich untersagt und nur mit ausdrücklicher Genehmigung durch die rnv gestattet.

**5.5**

In sämtlichen Gebäuden und Haltestellen der rnv GmbH gilt ein striktes Rauch- und Alkoholverbot. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine eingesetzten Mitarbeiter schriftlich über dieses Verbot zu belehren und die Belehrung durch Unterschrift zu dokumentieren.

**§ 6 Vertragsstrafe**

Für den Fall, dass eine Sicherheitsfachkraft des Auftragnehmers oder seines Unterauftragnehmers unentschuldigt gar nicht oder mehr als 120 Minuten verspätet oder in einem Zustand erscheint, der eine Aufnahme der Arbeiten nicht zulässt (z.B. infolge von Alkohol- oder Drogenkonsum), ist der Auftragnehmer zur Zahlung einer Vertragsstrafe an den Auftraggeber in Höhe von 500 € verpflichtet. Eine entsprechende Vertragsstrafe fällt für jeden einzelnen Vorfall/Tag gesondert an. Die Geltendmachung eines etwaigen weitergehenden Schadensersatzes behält sich der Auftraggeber ausdrücklich vor. Bereits gezahlte Vertragsstrafen sind auf den Schadensersatz anzurechnen. Weitere Rechte des Auftraggebers wegen Verzugs bzw. nicht ordnungsgemäßer Leistungserbringung bleiben vorbehalten.

**§ 7 Vertragslaufzeit, Verlängerungsoption und Kündigung****7.1 Vertragslaufzeit****7.1.1 Los 1 & Los 2**

Die Laufzeit der Rahmenvereinbarung für Los 1 und Los 2 beginnt am 01.08.2025 und endet am 31.07.2029. Beim Los 1 und Los 2 muss für einen Leistungsbeginn zum 01.08.2025 das Stammteam des Auftragnehmers spätestens am 01.06.2025 zum Zwecke der Einweisung / Zusatzausbildung durch den Auftraggeber gemäß Ziffer 5.7 der Leistungsbeschreibung zur Verfügung stehen.

**7.2 Verlängerungsoption**

Für die rnv besteht zweimal die Möglichkeit einer Laufzeitverlängerung um jeweils 1 Jahr. Sollte die rnv diese Verlängerungsoptionen ausüben wollen, hat sie dies jeweils 3 Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit in schriftlicher Form gegenüber dem Auftragnehmer zu erklären.



**Service & Sicherheit**  
**[101-24-EK7]****7.3 Ordentliche Kündigung**

Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag jeweils mit Ablauf eines Vertragsjahres, d.h. erstmals zum 31.07.2026 unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 3 Monaten ordentlich zu kündigen. Weitergehende ordentliche Kündigungsrechte der Parteien während der Dauer der Festlaufzeit bestehen nicht. Das Recht der Parteien zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

**§ 8 Vertragserfüllungsbürgschaft**

Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber längstens innerhalb von 14 Kalendertagen nach Zuschlagserteilung als Vertragserfüllungssicherheit eine selbstschuldnerische, unbefristete und unbedingte Bankbürgschaft eines Kredit- oder Versicherungsinstituts in Höhe von 5 % des Netto-Auftragswertes des Vertrages gemäß der bezuschlagten Angebotssumme zu stellen. Bis zur Überlassung der Vertragserfüllungsbürgschaft ist der Auftraggeber berechtigt, von Abschlagsrechnungen einen Betrag bis zur Höhe der vereinbarten Sicherheit einzubehalten. Zudem ist der Auftraggeber berechtigt, den Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen und Schadensersatz zu verlangen, wenn die Vertragserfüllungssicherheit vom Auftragnehmer trotz Nachfristsetzung nicht oder nicht vertragsgerecht gestellt wird.

Die Vertragserfüllungssicherheit sichert sämtliche auf Zahlung gerichteten Ansprüche des Auftraggebers aus einer nicht vollständigen, nicht rechtzeitigen oder nicht mangelfreien Erbringung der Vertragsleistungen einschließlich etwaiger Nachtrags- und Zusatzleistungen des Auftragnehmers. Gesichert sind neben Vorschuss-, Aufwendungsersatz-, Minderungs- und Schadensersatzansprüchen insbesondere auch verzugs- bzw. kündigungsbedingte Schadensersatz-, Mehrkosten- und Vertragsstrafenansprüche.

**§ 9 Rechnungen**

Die Rechnungsstellung erfolgt durch den Auftragnehmer. Zahlung leistet die rnv binnen 14 Kalendertage nach Erhalt einer prüfbaren Rechnung netto. Unmittelbar nach der Zuschlagserteilung erhält der Auftragnehmer zusätzlich eine Bestellung durch den Auftraggeber.

Die Rechnungsstellung hat in digitaler Form zu erfolgen. E-Mail-Adresse für PDF Rechnungsversand: **RG\_RNV@rnv-online.de**. Wegen der Anforderungen an den Rechnungsversand per PDF wird auf die beiliegende Anlage verwiesen.

Alternativ, wenn nicht technisch umsetzbar sind Rechnungen durch den Auftragnehmer in zweifacher Ausfertigung unter gesondertem Ausweis der Umsatzsteuer und der Angabe der Bestellnummer an folgende Anschrift zu senden:

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH  
Rechnungswesen  
Möhlstr.27  
68165 Mannheim

Sollte der Auftragnehmer die Bestellnummer nicht auf der Rechnung vermerken, ist eine Bearbeitung durch den Auftraggeber nicht möglich und auch nicht geschuldet. In diesem Fall wird der Auftraggeber die Rechnung zu seiner Entlastung an den Bieter zurücksenden.

Der Auftraggeber leistet Zahlungen gemäß dem Zahlungsziel bargeldlos auf das vom Auftragnehmer anzugebende Konto. Die Angabe muss zwingend in Form einer IBAN (International-Bank-Account-Number) und BIC (Bank-Identifizierungs-Code) erfolgen.

**Service & Sicherheit**  
**[101-24-EK7]****§ 10 Änderungen des Leistungsumfangs**

Werden von dem Auftraggeber nach dem Zuschlag Änderungen des vereinbarten Leistungsumfangs gewünscht ist vom Auftragnehmer in einem angemessenen Zeitraum anzugeben, ob und in welchem Ausmaß durch das Verlangen des Auftraggebers Minder- oder Mehrkosten (diese sind vom Auftragnehmer zu Marktvergleichskonditionen transparent und nachvollziehbar zu kalkulieren), Terminverschiebungen oder sonstige Auswirkungen auf vertragliche Vereinbarungen entstehen.

Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber bei der Minimierung der wirtschaftlichen Folgen unterstützen. Sämtliche Kommunikation zu angefragten Auftragsänderungen ist schriftlich zu dokumentieren.

Änderungen des vereinbarten Leistungsumfangs durch den Auftragnehmer nach Abstimmung sind ohne schriftliche Zustimmung des Auftraggebers nicht statthaft und führen zu einer Ablehnung des Angebots.

Ausführungsänderungen aufgrund von Abweichungen der Leistungen von den Vereinbarungen in der Leistungsbeschreibung sind von dem Auftragnehmer ohne gesonderte Berechnung durchzuführen. Zusätzliche Aufwände werden gemäß der dafür angebotenen Preise auf Stundenbasis abgerechnet.

**§ 11 Preisgleitklausel / Tarifänderungen**

Beide Vertragspartner sind sich einig, dass bei gesetzlichen Entgelterhöhungen die Preise mit Wirkung und zum Zeitpunkt der Änderungen angepasst werden. Maßgeblich hierfür ist der jeweilige Tarifvertrag des Wach- und Sicherheitsgewerbes. Änderungen werden schriftlich nachgewiesen. Änderungen werden schriftlich nachgewiesen.

Die Vergütung liegt der zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses geltende Lohn tariffvertrag und Manteltarifvertrag für Sicherheitsdienstleistungen in Baden-Württemberg, der Tarifvertrag zur Regelung der Mindestlöhne für Sicherheitsdienstleistungen sowie die hier anzuwendenden gesetzlichen Regelungen zugrunde.

Bei Änderungen der sich hieraus ergebenden Vorgaben während der Vertragslaufzeit, bei Erhöhung der Tariflöhne, werden insoweit die Lohn- und Lohnnebenkosten im Umfang dieser Änderung prozentual angepasst. Die Anpassung kann erstmalig für den Monat verlangt werden, in dem die Änderungen der gesetzlichen Tariflöhne in Kraft getreten ist. Eine Berechnung für zurückliegende, bereits abgerechnete Zeiträume, ist ausgeschlossen, anders bei rückwirkenden Änderungen der Tariflöhne. Die Veränderung der Vergütung ist wie folgt zu berechnen:

$\text{Lohnkostenanteil in \%} \times \text{SVS} \times \text{Änderungssatz in \%}$ . Somit darf eine Anpassung nur für den in der Kalkulation ausgewiesenen Lohnkostenanteil (gem. Urkalkulation Stundenverrechnungssatz in Angebotsblätter) an der Vergütung verlangt werden.

Solche Vergütungsänderungen sind dem Auftraggeber rechtzeitig vorher schriftlich unter Überlassung folgender Unterlagen / Angaben anzuzeigen:

Vorlage des alten und des neuen Tarifvertrags bzw. der Nachweise über die Änderung der gesetzlichen bzw. tariflichen lohnwirksamen Sozialaufwendungen. Erklärung über die Höhe des Lohnkostenanteils am gesamten Leistungsentgelt bzw. Stundenverrechnungssatz.

Mit den Anpassungen sind sämtliche mittelbaren und unmittelbaren Mehr- und Minderaufwendungen abgegolten. Eine Veränderung anderer Kalkulationsfaktoren als der Lohn und Lohnnebenkosten berechtigt den Auftragnehmer nicht zu Mehrforderungen. Notwendige Einweisungen und Unterrichtungen des einzusetzenden Personals werden nicht vergütet.

**Service & Sicherheit**  
**[101-24-EK7]****§ 12 Haftung**

Der Auftragnehmer haftet dem Auftraggeber für alle Schäden, die dem Auftragnehmer oder Dritten im Zusammenhang mit dem Vertrag schuldhaft durch den Auftragnehmer oder durch Verschulden seiner Erfüllungsgehilfen zugefügt werden. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber insoweit von Ansprüchen, die von Dritten gegenüber dem Auftraggeber erhoben werden, auf erstes Anfordern frei.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sich in ausreichender Höhe gegen Haftungsrisiken aus der Prüfung nach Maßgabe dieses Vertrages zu versichern und dem Auftraggeber das Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung in entsprechender Höhe (siehe Bekanntmachung) mit Angebotsabgabe nachzuweisen. Der Fortbestand des Versicherungsschutzes ist dem Auftraggeber auf dessen Verlangen vom Auftragnehmer jederzeit nachzuweisen.

**§ 13 Erfüllungsort, Gerichtsstand, anwendbares Recht, Zustellungsbevollmächtigter, Vertrags- und Arbeitssprache****13.1 Erfüllungsort / Gerichtsstand**

Erfüllungsort und ausschließlicher örtlicher Gerichtsstand für sämtliche Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit dem Rahmenvertrag und den auf dieser Grundlage abgeschlossenen Einzelaufträgen ist der Sitz des Auftraggebers in 68165 Mannheim / Deutschland.

**13.2 Anwendbares Recht / Zustellungsbevollmächtigter / Vertrags- und Arbeitssprache**

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Die Vertragssprache ist deutsch. Verfügt der Auftragnehmer über keinen Sitz in Deutschland und auch über keine Niederlassung mit Sitz in Deutschland (§ 21 ZPO), ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber spätestens 2 Wochen nach Vertragsschluss einen Zustellungsbevollmächtigten mit Sitz in Deutschland zu benennen und bis zum Ablauf von mindestens 2 Jahren nach Ende der Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten. Die Vertrags- und Arbeitssprache ist deutsch.

**§ 14 Salvatorische Klausel**

Sollten hier genannte Bedingungen rechtsunwirksam sein oder werden oder sollte sich in den Ausschreibungs- und Zuschlagsunterlagen eine Lücke herausstellen, wird hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bedingungen nicht berührt. Die unwirksame Bedingung wird in diesem Fall so umgedeutet oder ergänzt, dass der mit der unwirksamen Bedingung beabsichtigte Zweck weitestgehend erreicht wird.

- Ende der Besonderen Vertragsbedingungen -

## **Leistungsbeschreibung „Service und Sicherheit“**

### **Leistungsbeschreibung Los 1**

#### **Los 1: Fahrgastbezogene Sicherheitsdienstleistungen im Bedienungsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH,**

##### **Vorbemerkungen**

Die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv), im Folgenden auch als Auftraggeber (AG) bezeichnet, beabsichtigt, durch den Einsatz von Service- und Sicherheitspersonal die objektive und subjektive Sicherheit für die Menschen (Fahrgäste, Fahrpersonal etc.) sowie die Sachwerte (Fahrzeuge, Betriebsanlagen etc.) innerhalb der Liegenschaften, in den Fahrzeugen, an den Haltestellen etc. aufrecht zu halten, zu schützen sowie sich anbahnende gefährliche, eskalative Situationen zu deeskalieren. Dafür ist es unbedingt erforderlich, in den Liegenschaften, an den Haltestellen sowie in den Fahrzeugen der Auftraggeberin mit Fahr-, Prüf- und Aufsichtspersonal präsent zu sein.

Gegenstand dieser Leistungsbeschreibung für das **Los 1** sind die Sicherungs- und Kontrolldienste in den Verkehrsmitteln sowie an den Haltestellen und den Betriebsanlagen einschließlich Fahrausweisprüfung. Als Eventualleistung sind im Los 1 auch „Pandemiebedingte Kontrollen“ enthalten.

### **1. Allgemeines**

#### **1.1. Auftraggeberin (AG)**

Auftraggeber ist die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv GmbH), Möhlstraße 27, 68165 Mannheim

#### **1.2 Normative Verweisungen**

Auch wenn bei normativen Verweisungen in der Leistungsbeschreibung konkrete Fassungen / Ausgaben der Normen, Verordnungen, DIN-Vorschriften, Richtlinien etc. angegeben werden, handelt es sich bei den Verweisungen nicht um statische, sondern dynamische Verweisungen. Dies betrifft insbesondere die DIN 77200, die Bewachungsverordnung (BewachV), die Gewerbeordnung (GewO) sowie das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG). Maßgebend ist jeweils die zum Zeitpunkt der Leistungserbringung durch den Auftragnehmer (AN) gültige Fassung der Normen, Verordnungen, DIN-Vorschriften, Richtlinien etc..

#### **1.3 Begriffe**

Die in der Leistungsbeschreibung verwendeten Begriffe orientieren sich an der DIN 77200 und werden dort näher erläutert.

#### **1.4 Leistungsanforderungen**

Die Leistungsanforderungen ergeben sich ergänzend zu dieser Leistungsbeschreibung aus den allgemeinen und erweiterten Anforderungen an Sicherheitsdienstleister gemäß DIN 77200 Teile 1 bis 3 nebst allen weiteren einschlägigen Vorschriften und Bestimmungen.

**Leistungsbeschreibung Los 1****1.5 Räumlicher Leistungsbereich**

Haltestellen, Betriebsanlagen und Verkehrsmittel (Bahnhöfe etc.) der rnv GmbH in der Metropolregion Rhein-Neckar, mit den Städten Mannheim, Heidelberg, Ludwigshafen und Bad-Dürkheim (Bedienungsgebiet der rnv GmbH)

**2. Vertragslaufzeit****2.1 Vertragszeitraum**

Beginn der Leistungen: 01.08.2025

Ende der Leistung: 31.07.2029

**2.2 Zwingender Einweisungszeitraum**

Das Personal des AN muss vor Leistungsbeginn am 01.08.2025 zwingend an einer Einweisung / Zusatzausbildung des AG teilnehmen. Wegen der Zusatzausbildung wird auf Ziffer 5.7 der Leistungsbeschreibung verwiesen. Die Einweisung / Zusatzausbildung erstreckt sich in der Regel auf einen Mindestzeitraum von ca. 2 Monaten. Der hierfür entstehende Aufwand wird dem AN nicht gesondert vergütet. Die Einweisung / Zusatzausbildung muss auch Personal des AN absolvieren, das, während der Vertragslaufzeit neu eingesetzt werden soll, bevor es für den AG vergütungspflichtig eingesetzt werden kann.

**2.3 Kündigung / Verlängerungsoption**

Zu den Kündigungsrechten und den Verlängerungsoptionen des AG wird auf die Besonderen Vertragsbedingungen verwiesen.

**3. Leistungsgegenstand****3.1. Darstellung der Aufgabe**

Sicherungs- und Kontrolldienste (Fahrausweisprüfung) im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Service- und Sicherheitsdienstleistungen zur Erhöhung der Sicherheit von Fahrgästen, Fahr-, Aufsichts- und Prüfpersonal und Verhinderung von Vandalismus. Begleitung von Fahrpersonal (u.a. beim Einrücken in die Wagenhalle Edingen und Käfertal. Begleitung vom Fahrpersonal zu Nachtzeiten am Berliner Platz LU.)

Als gesonderte Eventualleistung kann auch eine pandemiebedingte Kontrolle anfallen. Für diese Eventualleistung müssen innerhalb kurzer Zeit mindestens weitere 10 Einsatzkräfte zur Verfügung gestellt werden können.

**3.2. Leistungsumfang**

Gegenstand sind die fahrgastbezogenen Service- und Sicherheitsdienstleistungen in den Verkehrsmitteln sowie an den Haltestellen und den Betriebsanlagen im Bedienungsgebiet der Rhein-Neckar-GmbH sowie die Fahrausweisprüfung im Rahmen der Service- und Sicherheitstätigkeit, auch bei gemeinsamen Kontrollen mit Mitarbeitern der rnv- Fahrausweisprüfer.

Ferner die Bestreifung der Bahnhöfe Käfertal und Edingen mit Begleitservice der einrückenden Bahnen zur Erhöhung der Sicherheit des Fahrpersonals in den Nächten Montag bis Donnerstag (0:30Uhr-2:00Uhr) von Freitag auf Samstag und Samstag auf Sonntag (durchgehender Nachtverkehr Linie 5). Schutz vor unbefugtem Betreten der Wagenhalle. Optional/Bei Bedarf Begleitung des Fahrpersonals am

Berliner-Platz LU zur Erhöhung der Sicherheit des Fahrpersonals in den Nächten  
Montag bis Sonntag (20Uhr-05:30Uhr).

Kalkulatorische Einsatzzeiten (ohne gesonderte Eventualleistung): 53.965 Stunden /  
Jahr (bei 26 MA und 173 Std./MA/monatlich) davon circa:

34 % Tagesdienst davon ca.

0,64 % Tagesdienst an Sonntagen

0,3 % Tagesdienst an Feiertagen

66 % Nachtdienst davon ca.

2,6 % Nachtdienst an Feiertagen

11,8 % Nachtdienst an Sonntagen

Position	h / a	Kalk. Einsatzzeiten
Position 1 Tagdienst an Werktagen	17.670	32,74%
Position 2 Tagdienst an Sonntagen	347	0,64%
Position 3 Tagdienst an Feiertagen	167	0,31%
Position 4 Nachtdienst an Werktagen	28.000	51,89%
Position 5 Nachtdienst an Feiertagen	1.410	2,61%
Position 6 Nachtdienst an Sonntagen	6.372	11,81%
	53.965	100%

Der Auftragnehmer (AN) hat die Lohn- und Gehaltskosten für An- und Abfahrtszeiten in sein Angebot einzurechnen. Diese werden nicht gesondert vergütet. Dienstbeginn und Dienstende ist regelmäßig am Betriebssitz der rnv GmbH, in Mannheim. In begründeten Ausnahmefällen kann auch ein anderer Ort innerhalb des Bedienungsgebietes der rnv GmbH als Meldeort zum Dienstbeginn und Dienstende benannt werden. In diesen Fällen wird die Fahrzeiten vom Betriebssitz des AG zum Meldeort als Dienstzeit angerechnet. Der AN hat die Lohnzuschläge für Nacht-, Sonntags-, und Feiertagsarbeiten gemäß vorgenanntem Umfang in sein Angebot einzurechnen. Auf Basis der zeitlichen Werte und geforderter Nebenleistungen kalkuliert der Bieter einen Gesamtpreis für seine Dienstleistung. Grundlage für die Kalkulation der Lohnkosten ist der Lohntarifvertrag für Sicherheitsdienstleistungen im Land Baden-Württemberg.

### 3.3. Ablauf der Leistung

Der AN erbringt die erforderlichen Sicherheitsdienstleistungen entsprechend dieser Leistungsbeschreibung.

#### Allgemeine Aufgaben

Zu den allgemeinen Aufgaben gehören insbesondere:

- Einleiten von Maßnahmen zur Verhinderung oder Begrenzung bereits eingetretener Schäden, Störungen, Havarien oder bei Bränden.

- Regelmäßiges Training sicherheitsrelevanter Abläufe, in Abstimmung mit der rnv GmbH.
- Erste Hilfe-Maßnahmen.
- die unverzügliche Information der Betriebsleitstelle der Auftraggeberin, sowie weiteren vom Auftraggeber benannten Personen, bei erheblichen technischen, infrastrukturellen Problemen, oder Vorkommnissen von größerer Bedeutung (Beispiel: Übergriffe mit Verletzten).

Bei sicherheitsrelevanten Meldungen oder Verdacht einer Straftat und in sonstigen Notfällen ist umgehend die Polizei, die Feuerwehr bzw. der Rettungsdienst zu alarmieren.

Um Mehrfachmeldungen zu vermeiden, wird die Polizei grundsätzlich durch die Betriebsleitstelle der rnv GmbH informiert.

Darüber hinaus leitet der Auftragnehmer die jedermann zumutbaren Sofortmaßnahmen zur Lebensrettung und von bedeutenden Sachwerten ein.

### **Aufgaben des Brandschutzes**

Bei der Meldung oder Feststellung eines Brandes, ist umgehend die Feuerwehr zu alarmieren. Sofern ihm dies möglich ist, leitet der Sicherheitsmitarbeiter die jedermann zumutbare Sofortmaßnahmen ein. Er übernimmt die Warnung von Personen und räumt das betroffene Gebäude, die Haltestelle oder das Verkehrsmittel.

Grundlage für diese Maßnahmen kann ein Brandschutzkonzept oder ein Räumungs- und Evakuierungskonzept für das betreffende Objekt oder Verkehrsmittel sein.

### **Objektleitung / Schichtleitung**

Der Auftragnehmer benennt eine Person, die für das Management seiner Leistungen vor Ort und den Umgang mit allen operativen Angelegenheiten verantwortlich ist (Objektleitung). Die Person beaufsichtigt die Leistungen der Beschäftigten des Auftragnehmers in eigener Verantwortung.

Die Objektleitung muss zumindest während den üblichen Geschäftszeiten (8:00 Uhr bis 19:00 Uhr) für den AG erreichbar sein. Eine abweichende Erreichbarkeit bedarf der vorherigen Zustimmung des AG.

Die Objektleitung ist zur selbstständigen Entscheidung in Angelegenheiten des AN gegenüber der AG ermächtigt. In den Schichten, in denen die für die Objektleitung benannte Person nicht vor Ort ist, benennt der AN eine andere Person als stellvertretenden Ansprechpartner vor Ort. Dieser besitzt ebenfalls selbstständige Entscheidungsbefugnis, wie zuvor ausgeführt.

### **Dienstanweisung**

Eine objekt- und/oder aufgabenspezifische Dienstanweisung (mit Gefährdungsbeurteilung) wird bei Beauftragung in Absprache mit der AG erarbeitet. Sie ergänzt diese Leistungsbeschreibung. In die Dienstanweisung sind insbesondere Anweisungen zum Umgang mit Krisensituationen, die Kommunikationsrichtlinien, das Meldewesen, die Ausrüstung der Beschäftigten des AN sowie den Arbeits- und Gesundheitsschutz betreffend festzulegen.

Die Dienstanweisung ist für die Sicherheitsmitarbeiter zugänglich vor Ort vorzuhalten. Die Dienstanweisung muss den Hinweis enthalten, dass die eingesetzten Sicherheitsmitarbeiter keine hoheitlichen Tätigkeiten wahrnehmen und sie ihre Tätigkeit im Rahmen der jedermann zustehenden Rechte ausüben. Die

Dienstanweisung muss ferner bestimmen, dass die eingesetzten Beschäftigten während des Dienstes keine Schusswaffe, Hieb- und Stoßwaffen sowie Reizstoffsprühergeräte oder sonstige gefährliche Gegenstände mitführen dürfen. Die Dienstanweisung ist unverzüglich nach der Übernahme der Tätigkeit mit dem AG abzustimmen. Sie ist jährlich formell zu prüfen.

Bei Bedarf und nach Abstimmung mit dem AG ist sie zu aktualisieren. Der AN führt dazu mit dem AG unter anderem Begehungen durch. Änderungen der Dienstanweisung werden auf Grundlage der Erfahrungen eingesetzter Mitarbeiter des AN, der Auswertung von Vorkommnissen während der Ausführung der Beauftragung und aufgrund allgemeiner Erfahrungen des AN und des AG in Abstimmung mit dem AG getroffen.

### **Strategie**

Die Strategie besteht aus

- Sicherheits-, Kontroll-, Hilfs- und Informationsdiensten in den Fahrzeugen des AG, auf den Grundstücken und den darauf befindlichen Liegenschaften/Gebäuden.
- Eskalationsvermeidung durch starke Präsenz im Auftragszeitraum/Auftragsraum.
- der Gewährleistung der Einhaltung der Beförderungsbedingungen.
- der Gewährleistung der Einhaltung der Hausordnungen, soweit vorhanden.
- der Überwachung der Einhaltung gesetzlicher, arbeitsschutz- und brandschutzrechtlicher Rauchverbote.
- einer Erhöhung der Serviceleistung am Fahrgast, insbesondere zur Hilfestellung für mobilitätseingeschränkte Personen, Fahrplan- und Fahrpreisauskünfte.
- der Erhöhung der Fahrgastsicherheit durch die Präsenz.
- der Erhöhung der Sicherheit des Fahr-, Prüf- und Aufsichtspersonals.
- die Zusammenarbeit mit den Fahrausweisprüfern der rnv GmbH, gemeinsame und auch eigene Prüfeinsätze.
- der Kundeninformation bei Betriebsstörungen und Baumaßnahmen.
- der Lenkung von Fahrgastströmen, insbesondere bei Groß- und Sportveranstaltungen.
- der Leistung von Erster Hilfe.
- der Ausübung des Hausrechtes im Hausrechtsbereich des AG, insbesondere in Fällen beharrlicher Verletzung beförderungsrechtlicher Vorschriften.
- der selbständigen Einleitung notwendiger Maßnahmen, insbesondere hinsichtlich der Unterlassung von unerlaubten sowie störenden Handlungen gemäß den gültigen Beförderungsbedingungen, vorhandener Hausordnungen und gesetzlicher Vorschriften.

Dies insbesondere bei Nichtbeachtung der Aufforderung zur Unterlassung von störenden Handlungen. Gegebenenfalls sind Maßnahmen unter Hinzuziehung der Polizei bzw. der Mitarbeiter des örtlich zuständigen Ordnungsdienstes, insbesondere bei der Ausübung des Hausrechtes, im Falle der Nichtbefolgung von Aufforderungen, durch den Sicherheitsdienst einzuleiten.

- der Dokumentation in Form digitaler Serviceberichte für jede Schicht und jedes eingesetzte Team getrennt. Die Dokumentation über den Verlauf der Dienstleistung und über besondere Vorkommnisse erfolgt mit Angabe des eingesetzten Personals, des Einsatzortes, des Sachverhaltes, der Beteiligten und Zeugen. Die Meldungen sind vollständig und nachvollziehbar zu verfassen.
- der guten Zusammenarbeit mit der Polizei, dem Ordnungsamt und der Feuerwehr.



Die Tätigkeit umfasst auch alle Maßnahmen, die zulässig sowie geeignet sind, zur Aufrechterhaltung des störungsfreien Betriebes, unter Berücksichtigung von Gefährdungen aufgrund menschlichen Fehlverhalten, von technischen Ursachen, Unfällen und von Naturereignissen beizutragen.

### **Taktik**

Durch gezielte Präsenz sollen Belästigungen, Schädigungen von Fahrgästen und Beschäftigten des AG, sowie Vandalismusschäden bereits im Vorfeld verhindert werden.

Treten besondere Vorkommnisse ein, trifft das Service- und Sicherheitspersonal die geeigneten und

erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die Beschäftigten, die Fahrgäste und das Eigentum des AG.

Eine bereits eingetretene gefährliche Lage entschärft das Service- und Sicherheitspersonal, durch konsequentes Einschreiten.

Bei Erbringung der Dienstleistung ist oberste Priorität auf eine kommunikative, deeskalierende und kundenorientierte Handlungsweise zu legen. Das eingesetzte Sicherheitspersonal wirkt bei Konflikten deeskalierend auf die Betroffenen ein.

Gewaltanwendung in jeder Form ist grundsätzlich zu vermeiden.

Durch die Mitarbeiter dürfen sonstige gefährliche Gegenstände (z. B. Sandhandschuhe) nicht mitgeführt werden.

Bei Bedarf sorgen die Service- und Sicherheitsmitarbeiter für die Personalienfeststellung. Gegebenenfalls veranlassen sie diese durch die Hinzuziehung der über die Betriebsleitstelle zu verständigende Polizei.

Der Auftragnehmer erhält Zugang zu allen notwendigen Gebäudeeinrichtungen und Räumlichkeiten, die für die Vertragserfüllung notwendig sind.

Das Rauchen an Haltestellen und insbesondere an Unfallstellen ist den Mitarbeitern des AN während des Dienstes untersagt. Zum Rauchen sind besondere Raucherbereiche, soweit vorhanden, aufzusuchen.

### **Operatives Ergebnis**

Durch geeignete taktische und personelle Maßnahmen ist auf die Vermeidung des Eintritts von öffentlichkeitswirksamen Ereignissen zum Schaden des AG hinzuwirken. Ziel ist auch, eine Steigerung der objektiven und subjektiven Sicherheit und die Verminderung von Personalausfällen bei dem AG zu erreichen. Mit der Tätigkeit ist eine Minimierung von Vandalismusschäden und die Erhöhung der Serviceleistung für den Fahrgast verbunden.

### **Refinanzierung von Kosten über die Einnahme von erhöhtem Beförderungsentgelt**

Die Sicherung der Einnahmen des AG ist durch taktisch (zeitlich, Fahrstrecken) ausgerichtete Fahrausweisprüfungen begleitend und ergänzend zu den Fahrausweisprüfungen der rnv GmbH zu gewährleisten.

## **4. Leistungen des Auftragnehmers**

### **4.1. Allgemeine Anforderungen an die Dienstleistung:**

Vorausgesetzt wird die Identifikation des AN mit der Unternehmensphilosophie des AG. Die Vermittlung dieser Unternehmensphilosophie an die Service- und

Sicherheitsmitarbeiter des AN und die Darstellung dieser Philosophie nach Außen, insbesondere gegenüber den Kunden des Auftraggebers muss gewährleistet sein. Durch das Service- und Sicherheitspersonal erfolgt kein abschreckendes oder martialisches Auftreten. Es erfolgt eine Kommunikation mit den Kunden des AG auf Augenhöhe, keinesfalls eine herablassende Belehrung.

Die Sicherheitsmitarbeiter müssen ein freundliches, kompetentes und serviceorientiertes, aber auch konsequentes Auftreten besitzen. In Konfliktsituationen müssen die Sicherheitsmitarbeiter den Überblick bewahren und den Kunden des AG mit Respekt begegnen, ohne das eigentliche Ziel aus den Augen zu verlieren.

Das Einschreiten bei Konflikt- und Gefahrensituationen durch die Mitarbeiter des AN ist durch diesen verpflichtend zu regeln.

Bei einer Adhoc Beauftragung sollte die Reaktionszeit 24/7 maximal 2 Stunden betragen. Für besondere Lagen (z.B. Pandemie) muss der AN kurzfristig in der Lage sein, auf Abruf des AG mindestens ca. 10 Einsatzkräfte zusätzlich einsetzen zu können.

## **5. Personal**

### **5.1. Allgemeines:**

Das zum Einsatz kommende Stammteam muss ausnahmslos aus Festbeschäftigten des AN bestehen. Hierzu legt der AN dem AG vor Leistungsbeginn sowie auf jederzeitiges Verlangen des AG die Kopien der Anmeldung zur Sozialversicherung von jedem einzelnen Mitarbeiter vor. Ergänzend wird auf die nachfolgenden Bestimmungen sowie die Besonderen Vertragsbedingungen verwiesen.

Vom AN ist besonders geeignetes Personal auszuwählen. Vornehmlich werden lebenserfahrene Frauen und Männer mittleren Alters (30-40 Jahre) eingesetzt. Diese müssen polizeilich überprüft, für den Sicherheitsdienst zugelassen, körperlich und geistig den anstehenden Aufgaben gewachsen sein. Ein einheitliches Erscheinungsbild des Sicherheitspersonals ist erforderlich. Die Mitarbeiter haben Vorbildcharakter, sind freundlich, behandeln Menschen fair, respektvoll, sind weder rassistisch noch homophob eingestellt. Die Sicherheitskräfte sind auf ihre Verschwiegenheitspflicht hinzuweisen. Eine entsprechende Erklärung ist von den Sicherheitskräften zu unterzeichnen.

### **5.2. Service-Level-Agreements:**

Die Zustimmung / Verpflichtung des AN (sowie eventueller Subunternehmer) erfolgt mindestens für:

- Erfüllung der Personalanforderungsprofile  
(Vorlage der Ausbildungsnachweise und persönliche Vorstellung des einzusetzenden Personals).
- Einhaltung der tariflichen Regelungen  
(Vorlage von anonymisierten Lohnabrechnungen unter Berücksichtigung der geltenden Datenschutzbestimmungen).
- Tarifliche Lohnerhöhungen werden an die Mitarbeiter weitergegeben (Vorlage der Lohnabrechnung siehe oben).

### **5.3. Personalkörper:**

Das einzusetzende Personal für die Dienstleistung besteht aus einem festen Personalteam von mindestens 28 Mitarbeitern. Der Personalbedarf ergibt sich aus

zu leistender Einsatzzeit, Ausbildungszeit, Urlaub der Mitarbeiter und den Feiertagen. Vom AN ist das mit seinem Angebot benannten Stammteam einzusetzen. Auf die Regelungen in den Besonderen Vertragsbedingungen wird verwiesen.

Es dürfen ausschließlich Mitarbeiter eingesetzt werden, welche die Grundqualifikation erfüllen sowie die Zusatz- und Sonderausbildung erfolgreich absolviert haben. Nachrückende Mitarbeiter sind in gleicher Weise zu qualifizieren.

### **Anforderungen an das eingesetzte Personal**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Auftragserfüllung durch seine für das Bewachungsgewerbe fachkundigen, zuverlässigen Kräfte, unter Einhaltung aller gesetzlichen Voraussetzungen. Für den Einsatz und die Kontrolle seiner Arbeitnehmer ist er selbst verantwortlich.

Der AN erlässt Dienstanweisungen für seine Beschäftigten. Alle Beschäftigten sind vor ihrem Einsatz von dem Auftragnehmer einzuweisen und einzuarbeiten.

Der AN stellt eine stets aktuelle Unterweisung seiner Beschäftigten sicher. Die Unterweisung ist zu dokumentieren und auf Nachfrage des AG nachzuweisen.

Es wird erwartet, dass der AN nur Personal einsetzt, welches den besonderen Anforderungen an diese Dienste in psychischer und physischer Hinsicht gewachsen ist. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, dass es hierbei zu Kontakten mit einem ständig wechselnden Personenkreis und Personen aus anderen Kulturkreisen kommt.

Es sind ausschließlich Mitarbeiter einzusetzen, welche die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Soweit möglich werden dabei auch Mitarbeiter eingesetzt, die Sprachen der Herkunftsländer von Menschen mit Migrationshintergrund sprechen. Die Hälfte des eingesetzten Personals soll über grundlegende Englischkenntnisse verfügen. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass ein angemessener Frauenanteil vertreten ist.

Während der gesamten Dienstzeiten herrscht absolutes Alkoholverbot. Dies gilt auch für alle anderen berauschenden Mittel, auch eine angemessene Zeit vor dem Dienstantritt.

In allen Gebäuden der rnv GmbH herrscht absolutes Rauchverbot. Der Auftragnehmer belehrt die eingesetzten Beschäftigten hierüber schriftlich gegen Unterschrift.

Kosten, die durch die Missachtung des Rauchverbots durch die vom AN eingesetzten Beschäftigten entstehen (Bsp. Feuerwehreinsatz), sind vom AN zu tragen.

### **5.4. Branchenerfahrung:**

Einsatz von branchenerfahrenem Personal ist anzustreben. Vorzugsweise wurde bereits eine Tätigkeit im Sicherheits- und Ordnungsdienst im öffentlichen Raum (SDÖR) bzw. Sicherheits- und Kontrolldienst im ÖPV oder ÖPNV verrichtet.

### **5.5. Qualifikation:**

Für die vom AN eingesetzten Mitarbeiter ist der Nachweis einer vor der Industrie- und Handelskammer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gem. § 34a Gewerbeordnung bzw. die gesetzlich vorgesehene Ersatzqualifikation sowie eine erfolgreiche Teilnahme an einem Deeskalationstraining bereits bei Aufnahme der Tätigkeit erforderlich.

Der AN legt dem AG rechtzeitig vor Leistungsbeginn für seine Mitarbeiter ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis, nicht älter als drei Monate, ohne relevante Eintragungen (z.B. Körperverletzungs-, Betäubungs- und Arzneimittelmisbrauchs-, Sexual- und Staatsschutzdelikte) vor. Der Auftraggeber ist berechtigt, auch zu späteren Zeitpunkten die erneute Vorlage eines aktuellen, erweiterten Führungszeugnisses zu verlangen. Des Weiteren wird eine gültige und nachprüfbare Bewacher ID vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle dem AG vor Aufnahme der Tätigkeit vorgelegt.

### **Allgemeine Anforderungen an die Service- und Sicherheitsmitarbeiter**

- Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift, mindestens Sprachniveau B2 (GERS)
- gepflegtes und korrektes Erscheinungsbild
- geistige und körperliche Eignung
- freundliche und korrekte Umgangsformen
- Schichtdiensttauglichkeit
- Teamfähigkeit, Kundenorientierung und soziale Kompetenz
- Belastbarkeit in Stresssituationen

### **Persönliche Eignung des Sicherheitspersonals**

Die beschäftigten Arbeitnehmer des AN besitzen ein der Aufgabe entsprechend, gepflegtes äußeres Erscheinungsbild. Sie haben ein freundliches und sympathisches Auftreten.

### **Sonstige Anforderungen an das einzusetzende Personal**

Der AN legt dem AG rechtzeitig vor Leistungsbeginn das Ergebnis der zuständigen Behörde über die Überprüfung der Qualifikation und der Zuverlässigkeit unter Angabe des Datums der letzten Zuverlässigkeitsüberprüfung nach § 16 Abs. 2 BewachV vor.

### **5.6. Vorstellung des einzusetzenden Personals und Ablehnungsrecht der Auftraggeberin**

Rechtzeitig, in der Regel vier Wochen vor dem geplanten Einsatz des Mitarbeiters, übermittelt der AN die nachfolgenden Unterlagen per E-Mail:

- die Personaldaten (Vor- und Nachnamen, Geburtsdaten).
- ein Kurzprofil (1 DIN A4-Seite pro Person) über den beruflichen Werdegang und die persönliche Qualifikation.
- Kopien der Ausbildungsnachweise (IHK-Nachweise, Nachweise über evtl. geforderte Zusatzqualifikation, etc.).
- Zuverlässigkeitsbescheinigung des örtlichen Ordnungsamtes.

In begründeten Einzelfällen kann die Frist mit Einzelfallentscheidung der AG verkürzt werden.

### **Ablehnung von Beschäftigten des AN**

Der Auftraggeber ist berechtigt, vorgestellte Beschäftigte abzulehnen,

- wenn die Beschäftigten nicht rechtzeitig persönlich vor Einsatzbeginn mit vollständigen Unterlagen vorgestellt wurden.
- wenn die Beschäftigten die an ihre Eignung / Qualifikation gestellten Anforderungen nicht erfüllen.

- wenn Sicherheitsbedenken bestehen.
- wenn das Führungszeugnis relevante Eintragungen aufweist.

Liegt ein wichtiger Grund vor, kann der Auftraggeber verlangen, dass Personal nicht mehr zur Erbringung von Service- und Sicherheitsleistungen nach diesem Vertrag eingesetzt wird. Als wichtiger Grund gelten insbesondere schwere und wiederholte Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften, gegen Bestimmungen dieses Vertrages oder der in diesem Vertrag als verbindlich vereinbarten Regelungen wie Dienstanweisungen, sowie insbesondere ungebührliches Verhalten gegenüber den Fahrgästen des AG. Der Auftragnehmer hat in den Fällen, in welchem sein Personal durch den AG abgelehnt wird, unverzüglich Folge zu leisten, das Personal abziehen und geeignetes Ersatzpersonal entsprechend vorzustellen.

### **5.7. Schulung, Zusatzausbildung und Sonderausbildung**

Alle eingesetzten Mitarbeiter müssen eine Ausbildung als Ersthelfer durch eine gemäß BGG 948 ermächtigte Stelle absolviert haben und durch Nachschulung aufrecht halten.

#### **Schulungen des eingesetzten Sicherheitspersonals**

Eine kontinuierliche Aus- und Fortbildung der Beschäftigten des AN wird vorausgesetzt und ist zwingend. Das Personal ist regelmäßig weiterzubilden. Der AN verpflichtet sich zur Durchführung der Schulungen mindestens gemäß dem Schulungs- und Fortbildungskonzept, das seinem Angebot als Qualitätssicherungskonzept beiliegt.

Das Schulungs- und Fortbildungskonzept ist in Abstimmung mit dem AG regelmäßig fortzuschreiben.

Im Rahmen der Beauftragung hat der AN sein Personal zur Teilnahme an den von dem AG durchgeführten Schulungen/Seminaren zu verpflichten, soweit diese für die Tätigkeit seiner Mitarbeiter von Bedeutung sind.

Der Auftragnehmer weist alle durchgeführten Schulungen seiner Beschäftigten gegenüber dem AG nach. Er informiert hierüber unaufgefordert den AG, jeweils zum Jahresende. Das Protokoll enthält Angaben zu Schulungsthema, Schulungsmethodik, Schulungsort, Kursdauer, Anzahl der Schulungsstunden, Qualifikation der Schulungsleiter, Namen der Beschäftigten, die am jeweiligen Datum teilgenommen haben.

#### **Zusatzausbildung - Sonderausbildung**

Die einzusetzenden Service- und Sicherheitsmitarbeiter haben eine Sonderausbildung bei Beginn der Tätigkeit bereits absolviert (Nachweis erforderlich) oder sind innerhalb der ersten drei Monate nach Aufnahme der Dienstleistung entsprechend der DIN 77200-1, 77200-2 und 77200-3 zu qualifizieren.

Mindestumfang und Inhalt der Sonderausbildung

teilweise zitiert aus der DIN-Norm - gemäß DIN 77200-1, 77200-2 und 77200-3

Die Einsatzkräfte des AN müssen zusätzlich zur Basisqualifikation nach DIN 77200-1, 4.19.1, nachfolgende einsatzspezifische Schulung nachweisen, die auf der Grundlage der Sicherheitsanalyse (3.4), siehe 6.1, den Anforderungen nach Art des Einsatzes entspricht.

Der AN muss nachweisen, dass Einsatzkräfte eine Weiterbildung von mindestens 40 Unterrichtseinheiten je 45 min nach DIN 77200-1, 4.19.2, mit mindestens folgenden Inhalten erhalten haben:

**Grundlagen Verkehrswesen:**

- Begriffserklärungen und Definitionen
- Zuständigkeiten/Verantwortlichkeiten
- betriebsspezifische Gefahren und Aufgabenfelder (z. B. Sondersignalschulung)

**Durchführung:**

- Rechtsgrundlagen
- Rechtliche Rahmenbedingungen des ÖPNV in der BRD
- BOStrab, EBO, BOKraft, PBefG
- Strafrecht allgemein, Strafrecht - Tatbestände mit verkehrsrechtlichem Bezug
- Beförderungspflicht, Beförderungsbedingungen
- Kinder und Jugendliche in Vertrags- / Strafrecht
- Bedeutung des ÖPNV
- Sicherheit und Sicherheitsempfinden im ÖPNV
- Dienstkunde/Formularwesen
- Brandschutz/Gefahren/Störungen
- Reisende/Fahrgäste
- Einsatz von freiheitseinschränkenden Maßnahmen (FEM)
- Dokumentation von Vorfällen

**besondere Einsatzsituationen:**

- Störfallszenarien (z. B. Umgang mit verdächtigen Gegenständen (Unkonventionelle Spreng- oder Brandvorrichtungen (USBV))
- Sicherheitsdurchsagen;
- Umgang mit Menschenansammlungen
- Sicherstellung einer geordneten Evakuierung im Gefahrenfall einschließlich Maßnahmen zur Prävention
- Kommunikation:
- Funksprache, Feedback, Briefing, Unterweisung usw.
- Meldewege

**Umgang mit Konflikten:**

- Erkennen von Konflikten
- Eigensicherung
- Deeskalationsmaßnahmen nach DIN 77200-2 Anhang B, Tabelle B.1.
- Alkohol und Drogenproblematik

**Rollentraining:**

- a) Umgang mit Menschen (allgemein)
- b) Problemsituationen
  - 1 kulturelle Aspekte
  - 2 rivalisierende Gruppen
  - 3 Personen unter Alkohol-/Drogeneinfluss
  - 4 Signale von sexuellen Übergriffen
  - 5 Anzeichen für Radikalisierung

**Umgang mit traumatisierenden Ereignissen:**

- Grundzüge der Krisenintervention

### **Einweisung / Zusatzausbildung** (Commitment auf die rnv GmbH und den Verkehrsverbund Rhein-Neckar bezogen)

Die Mitarbeiter des AN müssen zwingend vor Leistungsbeginn erfolgreich an einer Einweisung / Zusatzausbildung des AG teilgenommen haben. Die Einweisung / Zusatzausbildung dauert in der Regel ein bis zwei Monate. Der erforderliche Aufwand hierfür wird dem AN nicht gesondert vergütet.

### **Mindestumfang und Inhalt der Einweisung / Zusatzausbildung:**

- Tarifikunde
- Streckenkunde
- Notfalleinrichtungen der Verkehrsmittel
- Die rnv GmbH
- Der Verkehrsverbund Rhein-Neckar

### **5.8. Weiterbildung:**

Der AN gewährleistet eine kontinuierliche Fortbildung der Sicherheitsmitarbeiter über den gesamten Themenbereich der Sachkunde für das Bewachungsgewerbe, über Inhalte der Sonderausbildung, sowie Deeskalations- und Rhetoriktraining. Innerhalb eines Jahres sind gemäß DIN 77200-1:2017-11, Nr. 4.19.2 - Weiterbildungskonzept, mindestens 40 Unterrichtseinheiten (UE = min. 45 Minuten) für jeden in Vollzeit eingesetzten Mitarbeiter durchzuführen und nachzuweisen. Tarif- und Streckenkunde sind auf Wunsch nach den Vorgaben des AG gesondert zu schulen. Sollte eine diesbezügliche Schulung erfolgen, ist darüber hinaus einmal jährlich eine Weiterbildung zur Tarifikunde vorzusehen. Die Dauer ist mit dem AG abzustimmen. Die Kosten aller Aus- und Weiterbildungen (wie Zusatz- und Sonderausbildung) trägt der AN. Für die Ausbildung zum Fahrausweisprüfer, für Strecken- und Tarifikunde, sowie für die hierfür erforderlichen Fortbildungen werden vom AG keine Gebühren erhoben.

## **6. Vorgaben und Vorschriften**

### **6.1. Selbstverpflichtung Arbeitsbedingungen**

Der AN verpflichtet sich zur Beachtung und Einhaltung sämtlicher gültiger Rechtsvorschriften, Normen und sonstiger Bestimmungen; dazu zählen unter anderem:

- § 34a Gewerbeordnung
- Verordnung über das Bewachungsgewerbe
- Arbeitszeitgesetz
- Beachtung und Einhaltung der Bestimmungen des Mantelrahmentarifvertrages für das Wach- und Sicherheitsgewerbe für die Bundesrepublik Deutschland
- Beachtung und Einhaltung der Bestimmungen des Mantelergänzungstarifvertrag und Lohntarifvertrages für das Wach- und Sicherheitsgewerbe in Baden-Württemberg
- Einhaltung der berufsgenossenschaftlichen Vorschriften, insbesondere der DGUV Vorschrift 23, DGUV Vorschrift 1.

### **6.2. Bekleidung - Kommunikationsmittel - Dienstausweise - Diensträume - Medienverbrauch**

Der AN stellt die erforderlichen Dienst-/Wachbücher und Meldeformulare, die durch das Service- und Sicherheitspersonal nach Vorgabe des AG zu führen sind.

**Bekleidung**

Die Mitarbeiter tragen Dienstkleidung, die durch den AG kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Dabei handelt es sich um Oberbekleidung und Diensthemden, wie sie vom Fahrpersonal der rnv GmbH als Dienstkleidung getragen wird. Schuhe und Gürtel, sowie andere Behältnisse oder Taschen, werden durch den AG nicht gestellt. Die Pflege der Dienstkleidung obliegt dem AN.

Vor Zuteilung der Dienstkleidung ist eine Anprobe bzw. Abnahme der Körpermaße durch den AG in Mannheim erforderlich. Der erforderliche Aufwand hierfür wird dem AN nicht gesondert vergütet.

Die eingesetzten Beschäftigten müssen während des Dienstes ihre Dienstkleidung tragen. Ausnahmen sind angeordnete Observationseinsätze oder andere Einsätze in ziviler Kleidung aus einem besonderen Anlass. Die Hosen sind über den Schuhen zu tragen.

Im Dienst darf auffälliger oder die Sicherheit des Personals gefährdender Schmuck, insbesondere sichtbare Piercings, nicht getragen werden. Motiv und Ausgestaltung von sichtbaren Tätowierungen sowie von Schmuck, dürfen ein korrektes Erscheinungsbild nicht beeinträchtigen. Insbesondere Zeichen von verfassungswidrigen Organisationen, schließen den Einsatz eines Mitarbeiters aus. Eine Abweichung von den obigen Vorgaben ist dann zulässig, wenn der Auftraggeber dieser zuvor zugestimmt hat. Die Entscheidung über Ausnahmen bleibt dem AG vorbehalten.

**Kommunikationsmittel**

Erforderliche Kommunikationsmittel zur Kommunikation mit der Betriebsleitstelle (Handfunkgeräte) stellt der AG zur Verfügung, um damit die Erreichbarkeit sicherzustellen. Mobiltelefone werden vom AN zur Verfügung gestellt. Die Gebühren können verrechnet werden. Eine durchgehende Kommunikation muss auch zwischen allen Kräften des Sicherheitsdienstes über Handfunkgeräte gewährleistet sein.

Erforderliche Schlüssel werden dem AN in ausreichender Anzahl kostenfrei zur Verfügung gestellt. Die Ausgabe der Schlüssel an seine Mitarbeiter hat der AN zu dokumentieren ebenso die Rücknahme.

Die Nutzung der Mobiltelefone, anderer Telefonanschlüsse, dem Internet oder von EDV des AG zu privaten Zwecken, ist untersagt. Der Gebrauch privater elektronischer Kommunikationsmittel, während des Dienstes, ist untersagt. Hierüber hat der Auftragnehmer die von ihm eingesetzten Beschäftigten zu informieren.

**Dienstausweise**

Die Mitarbeiter des AN erhalten einen Dienstausweis des AG mit Lichtbild und bei Bedarf einen Prüfer-Ausweis für Fahrausweisprüfer. Diese Ausweise sind bei der Dienstauführung mitzuführen, sichtbar zu tragen und auf Verlangen von berechtigten Personen vorzuweisen. Der Prüferausweis (Fahrausweisprüfung) ist während der Ansprache von Fahrgästen unaufgefordert vorzuzeigen.

Durch den AN ist der Dienstausweis gemäß § 18 BewachV und ein Namensschild oder eine Kennnummer nach § 18 Abs. 3 BewachV auszuhändigen. Die Mitarbeiter sind zu verpflichten im Dienst das Namensschild nach § 18 Abs. 3 BewachV sichtbar in Brusthöhe zu tragen.

Dienstausweis und der Ausweis in Verbindung mit dem im Bewacherregister angegebenen Ausweis- oder Identifizierungsdokument ist während des Wachdienstes mitzuführen und berechtigten Personen zur Kontrolle auszuhändigen.



Andere erforderliche und vorgeschriebene Ausrüstungsgegenstände und Bekleidung stellt der AN ohne gesonderte Verrechnung zur Verfügung. Stattet der AN seine Mitarbeiter mit Stichschutzwesten aus, so sind diese unter der Kleidung (verdeckt) zu tragen.

### **Diensträume, Medienverbrauch**

Der AG stellt dem AN ausgestattete Räumlichkeiten (Büro, Umkleideräume soweit beides vorhanden) mietfrei zur Verfügung. Weitere Einzelheiten hierzu werden im Rahmen einer Vereinbarung geregelt.

Der AN kann nach Abstimmung mit dem AG benötigte EDV / IT Telekommunikationsinfrastruktur Kopierer etc. auf eigene Kosten und im eigenen Namen aufbauen.

Elektrische Geräte müssen nach Maßgabe der Rechtslage über einen gültigen E-Check oder gleichwertig verfügen. Der AN trägt alle Sach- und Verbrauchskosten (Papier, Druckerpatronen etc.), die im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit bei ihm anfallen. Elektrische Energie, Wasser und Heizung werden von dem AG unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Vorausgesetzt wird ein sorgsamer, wirtschaftlicher und sparsamer Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen.

### **6.3. Hausrecht:**

Der AN und sein eingesetztes Personal nehmen in Vertretung das Hausrecht der rnv GmbH wahr.

### **6.4. Weisungsbefugnis:**

Das eingesetzte Personal unterliegt grundsätzlich dem Weisungsrecht des AN oder seines Beauftragten.

### **6.5. Weisungsbefugte Beauftragte der rnv GmbH:**

In Sondersituationen sind die Mitarbeiter Betriebsleitstelle der rnv GmbH, der Betriebsleiter und eine vom Betriebsleiter beauftragte Mitarbeiterin zu Weisungen befugt.

### **6.6. Haftung:**

Der AN hat eine Haftpflichtversicherung für das Bewachungsgewerbe mit Versicherungssummen gemäß der Auftragsbekanntmachung nachzuweisen und für die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht zu halten. Eine aktuelle Versicherungsbestätigung ist dem AG auf jederzeitiges Verlangen vorzulegen. Der AN haftet für Sach- und Personenschäden, die durch ihn oder seine Verrichtungs- / Erfüllungsgehilfen schuldhaft verursacht werden. Der AN ist verpflichtet, den AG auf erstes Anfordern von etwaigen Ansprüchen Dritter freizustellen.

## **7. Auftragsmanagement**

### **7.1. Führungspersonal / Kontrollwesen / Arbeitszeiterfassung:**

#### **Führungspersonal**

Der AN stellt das erforderliche Führungs- und Kontrollpersonal und benennt einen für den Auftrag zuständigen Objektleiter. Dieser muss die Qualifikation nach DIN 77200-1 Anlage A Grundanforderung Level C besitzen. Der AN benennt dem AG zudem einen Sicherheitsbeauftragten nach § 22 Siebtes Buch Sozialgesetzbuch

(SGB VII) und § 20 Unfallverhütungsvorschrift „Grundsätze der Prävention“ (DGUV Vorschrift 1).

Eine ständige Erreichbarkeit des Einsatzleiters des AN (oder seines Vertreters) muss sichergestellt sein.

Durch den AN erfolgt der Einsatz von Teamleitern bzw. Teamleiterinnen mit langjähriger Erfahrung im Sicherheitsdienst.

Eine Führungs- und Kontrollkraft des AN überprüft das eingesetzte Personal im Rahmen der Dienstaufsichtspflicht regelmäßig, mindestens aber zweimal im Monat.

Die Kontrollen haben an verschiedenen Tagen zu verschiedenen Uhrzeiten und auch nachts zu erfolgen. Die durchgeführten Kontrollen sind im Wachbuch mit Datum und Uhrzeit, sowie dem Namen des Vorgesetzten einzutragen. Kontrollen umfassen insbesondere die Anwesenheit der eingeteilten Beschäftigten des AN.

Hierbei ist genauso auf das äußere Erscheinungsbild der eingesetzten Mitarbeiter zu achten wie auf die Einhaltung der Vorgaben zu Streifen. Der AG behält sich eigene unregelmäßige Kontrollen vor.

### **Arbeitszeiterfassung**

Der AN führt ein elektronisches Arbeitszeiterfassungssystem, bei dem sich jeder seiner Arbeitnehmer, welcher die Arbeit aufnimmt oder beendet, elektronisch identifiziert. Ein Protokoll der Arbeitszeiterfassung wird dem AG am Ende des Abrechnungsmonats zum Zwecke der Abrechnungs-Überprüfung zusammen mit der Rechnung übergeben. Andernfalls kann der AG die Rechnung als nicht prüfbar zurückweisen mit dem Ergebnis, dass der Rechnungsbetrag schon nicht fällig wird. Die Bestreifung der Bahnhöfe Edingen und Käfertal müssen mittels eines nicht manipulierbaren

Wächterkontrollsystems dokumentiert werden. Dieses System muss auf andere Bereiche erweiterbar sein.

Ergibt sich aus aktuellem Anlass eine kurzfristige und begrenzte Änderung der Planung, so teilt der AG dies dem Einsatzleiter des AN mit. Der Einsatzleiter des AN hat die Kompetenz dies in Absprache mit der AG umzusetzen.

### **7.2. Dienstplan:**

Der AN erstellt in Absprache mit dem AG einen bei Bedarf hinsichtlich der Dienstzeiten veränderbaren Dienstplan für vier Wochen im Voraus. Hierbei ist eine flexible, eigenständige und eigenverantwortliche Dienstplangestaltung, nach taktischer Auswertung, vorliegender und gewonnener Erkenntnisse erforderlich. Besonderer Schwerpunkt ist bei der Dienstplanung auf Dienste in den Nächten mit durchgehendem Verkehr (Nächte von Freitag auf Samstag, Samstag auf Sonntag und Nächte vor Feiertagen) zu legen.

Besondere Berücksichtigung finden auch „Massenveranstaltungen“ (Sport, Volks- und Weinfeste) und andere wiederkehrende Veranstaltungen. Darunter fallen z. B. die Schlossbeleuchtungen in Heidelberg, aber auch andere Veranstaltungen, bei denen mit einem vermehrten Fahrgastaufkommen zu rechnen ist. Der AN berücksichtigt diese Zeiten mit erhöhtem Personalbedarf selbständig bei der Dienstplanung, in Absprache mit dem AG. Außerdem ist eine eigenständige und schnelle Anpassung des Dienstplanes an unvorhergesehene, handlungsbedürftige Ereignisse, in Absprache mit der AG durchzuführen.

Der Dienstplan hat keine starren, festgeschriebenen Schichtzeiten, sondern orientiert sich an den Bedürfnissen der beauftragten Dienstleistung. Es sind

regelmäßig (Schichtzeiten) Dienste mit acht Arbeitsstunden zuzüglich der gesetzlich vorgeschriebenen Pausen vorzusehen.

Der AN erstellt die Dienstpläne eigenverantwortlich gemäß den einschlägigen arbeitsrechtlichen Vorschriften und informiert seine Beschäftigten mit angemessenem Vorlauf über ihre Dienstzeiten.

Der AN übermittelt dem AG seine Dienstpläne monatlich, in digitaler Form, spätestens eine Woche vor Beginn des jeweiligen Monats per E-Mail. Über Änderungen an den Dienstplänen unterrichtet der AN den AG unverzüglich per E-Mail in digitaler Form. Kopien der Dienstpläne müssen jederzeit für den AG vor Ort einsehbar sein. Die Schichtleitung informiert eine von dem AG noch zu benennende Stelle (z. B. die Betriebsleitstelle der rnv GmbH) unmittelbar vor Schichtbeginn jeder Schicht, per E-Mail, über die tatsächliche Anzahl der anwesenden Beschäftigten.

### **7.3. Quantitativer Personaleinsatz:**

Der quantitative Personaleinsatz richtet sich nach dem konkret erteilten Serviceauftrag. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Service- und Sicherheitsteam aus mindestens 3 Mitarbeitern (inklusive Teamleiter) besteht. Je nach Auftrag ist aber auch das gesamte Personal gleichzeitig - auch über mehrere Tage in Folge - einzusetzen.

Der AN hat das mit dem Angebot benannte Stammteam einzusetzen. Auf die Besonderen Vertragsbedingungen wird verwiesen. Um auf unvorhergesehene Personalwechsel (z. B. bei Erkrankung) reagieren zu können, ist eine ausreichende Personalreserve vorzuhalten.

Der AN ist dafür verantwortlich, dass Personalausfälle durch Krankheit, Urlaub und sonstige Ereignisse die übernommenen Aufgaben nicht beeinflussen.

Dieses gilt auch, wenn der AG den Einsatz eines Beschäftigten aus sachlichen Gründen ablehnt. Der AN verpflichtet sich in diesen Fällen innerhalb der nächsten Schicht zur Ersatzstellung eingewiesener Kräfte.

### **7.4. Berichtswesen und Berichterstattung, Wachbuch:**

#### **Serviceaufträge**

Für jeden Einsatztag ist in Absprache mit dem AG durch den AN zusätzlich zum Dienstplan ein Serviceauftrag zu erstellen. Dieser beinhaltet die Namen der eingesetzten Service- und Sicherheitsmitarbeiter und benennt den jeweiligen Teamleiter. Im Serviceauftrag ist der konkrete Auftrag an das Service- und Sicherheitsteam zu bezeichnen. Hierbei sind die zu befahrenden Linien, Linienabschnitte, Brennpunkte usw. zu benennen.

#### **Serviceberichte - eilbedürftige Sachverhalte - Lagebild**

Durch die Teamleiter des AN sind für den erteilten Serviceauftrag nach Schichtende elektronische Berichte (Servicebericht) anzufertigen. In diesen sind die befahrenen Linien mit Zeit und Ort des Zustieg, der Fahrzeugnummer des Verkehrsmittels und besondere Vorkommnisse zu dokumentieren.

Nach Beendigung der Schicht werden die Berichte an den Beauftragten der AG per Mail übermittelt. Eilbedürftige Sachverhalte sind sofort telefonisch vorab an die Beauftragten der rnv GmbH zu berichten. Der Einsatzleiter oder die Geschäftsführung des AN übernimmt selbständig die Auswertung der Serviceberichte zur Erstellung eines Lagebildes und die Führung einer Statistik nach Vorgabe des AG.

Durch selbständige Nachregulierung der getroffenen Maßnahmen trägt der AN zur Erreichung des angestrebten operativen Ergebnisses bei.  
Die Serviceberichte enthalten die Namen und Vornamen der jeweils tatsächlich eingesetzten Sicherheitsmitarbeiter.

### **Wachbuch**

Der Auftragnehmer führt durchgehend ein Wachbuch in deutscher Sprache, in dem alle Vorkommnisse, Abweichungen von der Regeldienstzeit, unabhängig von der sofortigen Meldung an den AG schriftlich mit Datum und eintragender Person festgehalten werden. In Absprache mit dem AG kann das Wachbuch durch den AN in elektronischer Form geführt werden. Der AG ist berechtigt, jederzeit Einsichtnahme und Auskunft durch die Beschäftigten des AN zu erhalten. Darüber hinaus besteht eine uneingeschränkte und unmittelbare Auskunftspflicht über alle sicherheitsrelevanten Vorkommnisse gegenüber der AG.

## **8. Sonstige Aufgaben**

### **8.1. Marketing:**

Für die Umsetzung von und die Einbindung in Marketingmaßnahmen des AG im Rahmen der Dienstverrichtung der Mitarbeiter des AN erfolgt durch den AN keine gesonderte Berechnung.

### **8.2. Öffentlichkeitsarbeit:**

Die Wahrnehmung von Presseterminen / Pressekonferenzen erfolgt bei Bedarf mit einem Service- und Sicherheitsteam, auf Anforderung mit dem Geschäftsführer oder Einsatzleiter des AN. Der AN stellt für die vorgenannten Marketingmaßnahmen und die Öffentlichkeitsarbeit geeignete Mitarbeiter im Rahmen eines zu planenden Dienstes zur Verfügung.

### **8.3. Einbindung des AN in begleitende Maßnahmen:**

Auf Anforderung sind die Mitarbeiter von Service- und Sicherheit in präventivpolizeiliche Maßnahmen und repressive Aktionen eingebunden. Durch den AN oder dessen Einsatzleiter, sowie die Teamleiter erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit den jeweiligen kommunalen Ordnungsbehörden und Polizeidienststellen im Auftrag des AG. Ziel ist die Erstellung, Kontrolle und Aufrechterhaltung eines wirksam abgestimmten Einsatzkonzeptes mit allen Beteiligten.

### **8.4. Einhaltung von Zusagen / Abstimmungstermine:**

Durch den AN erfolgt eine pünktliche und zuverlässige Erledigung von Absprachen und Zusagen. Durch den AN erfolgt ein periodischer Kontakt mit dem AG, mindestens jedoch einmal im Monat. Es finden in unregelmäßigen Abständen Dienstbesprechungen zwischen dem AN und dem AG statt. Darüber hinaus wird in den Räumen des AG und auf deren Veranlassung bei Bedarf ein anlassunabhängiger Abstimmungstermin durchgeführt. Dabei tauschen sich der AG sowie die Objektleitung des AN über Sachverhalte aus. Die Teilnahme an diesen Gesprächen wird nicht gesondert vergütet. Die Reaktionszeit des AN für die Beantwortung und Aufklärung von Beschwerden beträgt wenige Stunden. In der Regel werden Beschwerden per E-Mail übermittelt und durch den AN schnellstens beantwortet.

### **8.5. Organisations- und Arbeitsanweisungen, Verschwiegenheit:**

Der AN verpflichtet sich, die gesetzlichen Datenschutzbestimmungen einzuhalten. Der AN verpflichtet seine Mitarbeiter zur Verschwiegenheit gegenüber jedermann, insbesondere über sicherheitsrelevante (Safety und Security betreffende) Sachverhalte. Weitergehende Verschwiegenheitsverpflichtungen nach dem BDSG und der BewachV bleiben hiervon unberührt und sind vom AN für seine Mitarbeiter zu erlassen. Sämtliche im Zusammenhang mit diesem Auftragsverhältnis dem AN und seinen Erfüllungsgehilfen zugänglich werdende Informationen, die als vertraulich bezeichnet werden, nach den Umständen als Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse der AG erkennbar sind, sind geheim zu halten. Sie dürfen weder aufgezeichnet noch weitergegeben oder in irgendeiner Form verwertet werden.

Der AN trifft alle Vorkehrungen, dass solche Informationen anderen außer mit der Ausführung beauftragter Personen nicht bekannt werden. Davon unberührt ist die Pflicht des AN, sämtliche

Informationen auf Nachfrage offenzulegen.

Insbesondere ist es dem AN und seinen Mitarbeitern untersagt, Bild und Tonmaterial, welches im Dienst entstanden ist und Bilder oder Filme von Mitarbeitern in Dienstkleidung der rnv GmbH in irgendeiner Form zu veröffentlichen. Als Veröffentlichung zählt auch die Bereitstellung auf sogenannten sozialen Medien und dies auch unabhängig davon, ob es sich um eine für jedermann zugängliche Plattform oder um einen abgeschlossenen Nutzerkreis handelt.

Untersagt ist dem AN ferner, mit der Tatsache der Geschäftsbeziehung selbst zu werben, Namen und Logo der Auftraggeberin zu Werbezwecken, oder als Referenz zu benennen, oder sonst zu gebrauchen.

### **9. Zahlung und Leistungsverrechnung**

Der Auftragnehmer stellt bis zum 15. jedes Kalendermonats eine Rechnung auf Grundlage des aktuellen Dienstplans mit den voraussichtlichen Stundenzeiten aus, die an den AG zu richten ist. Der Rechnungsausgleich erfolgt nach Rechnungsstellung. Eine leistungsgenaue Abrechnung der tatsächlich durchgeführten und nachgewiesenen Dienste erfolgt sodann mit der Rechnung für den nächsten Monat. Wegen der Rechnungsstellung wird ergänzend auf die Ausführungen in der Leistungsbeschreibung sowie die Regelungen in den Besonderen Vertragsbedingungen verwiesen.

#### **9.1. Leistungsverrechnung:**

Durch den AN erfolgt eine pünktliche Rechnungsstellung. Der Rechnung muss eine detaillierte Anlage beigelegt sein, aus der sich alle geleisteten Dienste unter Aufschlüsselung der Zuschlagspflichtigen Einsatzzeiten für jeden eingesetzten Mitarbeiter ergibt.

Die von jedem eingesetzten Service- und Sicherheitsmitarbeiter unterschriebenen täglichen Rapporte mit den geleisteten Stunden gehen nach Dienstende in Kopie an einen von dem AG benannten Mitarbeiter (auf Verlangen per E-Mail). Die Originale verbleiben beim AN. Die Originale können jederzeit auf Verlangen des AG eingesehen werden.

#### **9.2. Budgetverwaltung:**

Die AG kann den AN auch zur selbstständigen Berücksichtigung eines ihm zur Verfügung stehenden Monats- oder Jahresbudgets, unter Zugrundelegung

(Umrechnung in Euro) des quantitativen zeitlichen Gesamtumfangs bei der Tages- / Monats- und Jahresplanung beauftragen.  
- Ende Leistungsbeschreibung -

## **Leistungsbeschreibung „Objektbezogene Sicherheitsdienstleistungen“**

### **Leistungsbeschreibung Los 2**

#### **Los 2: Objektbezogene Sicherheitsdienstleistungen im Bedienungsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH“**

##### **Vorbemerkungen**

Die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv), im Folgenden auch als Auftraggeber (AG) bezeichnet, beabsichtigt, durch den Einsatz von Service- und Sicherheitspersonal die objektive und subjektive Sicherheit für die Menschen (Fahrgäste, Fahrpersonal etc.) sowie die Sachwerte (Fahrzeuge, Betriebsanlagen etc.) innerhalb der Liegenschaften, in den Fahrzeugen, an den Haltestellen etc. aufrecht zu halten, zu schützen sowie sich anbahnende gefährliche, eskalative Situationen zu deeskalieren. Dafür ist es unbedingt erforderlich, in den Liegenschaften, an den Haltestellen sowie in den Fahrzeugen der Auftraggeberin mit Fahr-, Prüf- und Aufsichtspersonal präsent zu sein.

Gegenstand dieser Leistungsbeschreibung für das Los 2 sind die objektbezogenen Sicherungs- und Kontrolldienste im Bedienungsgebiet der Rhein-neckar-Verkehr GmbH.

##### **1. Allgemeines**

###### **1.1. Auftraggeberin (AG)**

Auftraggeber ist die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv GmbH), Möhlstraße 27, 68165 Mannheim

###### **1.2 Normative Verweisungen**

Auch wenn bei normativen Verweisungen in der Leistungsbeschreibung konkrete Fassungen / Ausgaben der Normen, Verordnungen, DIN-Vorschriften, Richtlinien etc. angegeben werden, handelt es sich bei den Verweisungen nicht um statische, sondern dynamische Verweisungen. Dies betrifft insbesondere die DIN 77200, die Bewachungsverordnung (BewachV), die Gewerbeordnung (GewO) sowie das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG). Maßgebend ist jeweils die zum Zeitpunkt der Leistungserbringung durch den Auftragnehmer (AN) gültige Fassung der Normen, Verordnungen, DIN-Vorschriften, Richtlinien etc.

###### **1.3 Begriffe**

Die in der Leistungsbeschreibung verwendeten Begriffe orientieren sich an der DIN 77200 und werden dort näher erläutert.

###### **1.4 Leistungsanforderungen**

Die Leistungsanforderungen ergeben sich ergänzend zu dieser Leistungsbeschreibung aus den allgemeinen und erweiterten Anforderungen an Sicherheitsdienstleister gemäß DIN 77200 Teile 1 bis 3 nebst allen weiteren einschlägigen Vorschriften und Bestimmungen.

## **1.5 Räumlicher Leistungsbereich**

Der räumliche Leistungsbereich erstreckt sich auf definierte Objekte im ganzen rnv-Bedienungsgebiet.

Insbesondere:

Bewachung/Bestreifung Betriebshof Ludwigshafen: voraussichtlich 1. Jahr

Betriebshof Ludwigshafen: Pfortendienste (ab voraussichtlich 2. Jahr)

Unterirdische Haltestelle Ludwigshafen Rathaus/Bahnhof mit dem dazugehörigen Tunnel. Tunnelobservierung alle Tunneleinmündungen voraussichtlich 1. Jahr.

Revier- und Schließdienste von Rolltoren Hauptbahnhof Ludwigshafen, Heinrich-Pesch-Haus, Rathausplatz Ludwigshafen und Dessauerstraße Ludwigshafen, Danziger Platz-LU, Rheinstraße-MA, Dalbertgtunnel-MA, MVV-Hochhaus-MA, Tunnelanlage hinter Bowlingcenter-LU, ehemaliges Gelände des Fleischversorgungszentrums MA (Schlachthofstraße), Betriebshof-Bad Dürkheim

Betriebshof Heidelberg Pfortendienste und Torbewachung

Betriebshof Mannheim bei Bedarf Pfortendienste.

Observierungsmaßnahmen Sicherheitslage im ganzen rnv-Bedienungsgebiet z.B. bei gefährlichem Eingriff in den Bahnverkehr und bei Vandalismusfällen an Fahrzeugen/Haltestellen/Fahrausweisautomaten:

Präsenz und Bestreifung von Problemhaltestellen im rnv-Bedienungsgebiet

## **2. Vertragslaufzeit**

### **2.1 Vertragszeitraum**

Beginn der Leistungen: 01.08.2025

Ende der Leistung: 31.07.2029

### **2.2 Zwingender Einweisungszeitraum**

Das Personal des AN muss vor Leistungsbeginn am 01.08.2025 zwingend an einer Einweisung / Zusatzausbildung des AG teilnehmen. Wegen der Zusatzausbildung wird auf Ziffer 5.7 der Leistungsbeschreibung verwiesen. Die Einweisung / Zusatzausbildung erstreckt sich in der Regel auf einen Mindestzeitraum von ca. 2 Monaten. Der hierfür entstehende Aufwand wird dem AN nicht gesondert vergütet. Die Einweisung / Zusatzausbildung muss auch Personal des AN absolvieren, das während der Vertragslaufzeit neu eingesetzt werden soll, bevor es für den AG vergütungspflichtig eingesetzt werden kann.

### **2.3 Kündigung / Verlängerungsoption**

Zu den Kündigungsrechten und den Verlängerungsoptionen des AG wird auf die Besonderen Vertragsbedingungen verwiesen.

## **3. Leistungsgegenstand**

### **3.1. Darstellung der Aufgabe**

Sicherungs-, Pforten-, Alarm-, und Kontrolldienst der Betriebshöfe, Liegenschaften und Tunnelanlagen zur Erhöhung der Sicherheit von Mitarbeitern und Verhinderung von Vandalismus, sowie Schließ- und Interventionsdienste im Bedienungsgebiet rnv.



### 3.2. Leistungsumfang

Gegenstand sind objektbezogene Sicherheitsdienstleistungen auf den Betriebshöfen/Betriebsanlagen und Tunnelanlagen der rnv.

	1.Jahr Std./Jahr	Kalkulatorische Einsatzzeiten	VZK bei 173Std./Monat l.
Los2 Gesamtbedarf Stundenkontingent	46.249	100%	22,3
Position 1 Tagdienst an Werktagen	13.924	30%	
Position 2 Tagdienst an Sonntagen	3.524	8%	
Position 3 Tagdienst an Feiertagen	841	2%	
Position 4 Nachtdienst an Werktagen	23.653	51%	
Position 5 Nachtdienst an Feiertagen	849	2%	
Position 6 Nachtdienst an Sonntagen	3.458	7%	
	2.Jahr Std./Jahr	Kalkulatorische Einsatzzeiten	VZK bei 173Std./Monat l.
Los2 Gesamtbedarf Stundenkontingent	29.443	100%	14,2
Position 1 Tagdienst an Werktagen	14.799	50%	
Position 2 Tagdienst an Sonntagen	2.664	9%	
Position 3 Tagdienst an Feiertagen	535	2%	
Position 4 Nachtdienst an Werktagen	9.538	32%	
Position 5 Nachtdienst an Feiertagen	297	1%	
Position 6 Nachtdienst an Sonntagen	1.610	5%	
	3.Jahr Std./Jahr	Kalkulatorische Einsatzzeiten	VZK bei 173Std./Monat l.
Los2 Gesamtbedarf Stundenkontingent	29.443	100%	14,2
Position 1 Tagdienst an Werktagen	14.799	50%	

Position 2 Tagdienst an Sonntagen	2.664	9%	
Position 3 Tagdienst an Feiertagen	535	2%	
Position 4 Nachtdienst an Werktagen	9.538	32%	
Position 5 Nachtdienst an Feiertagen	297	1%	
Position 6 Nachtdienst an Sonntagen	1.610	5%	
	4. Jahr Std./Jahr	Kalkulatorische Einsatzzeiten	VZK bei 173Std./Monat l.
Los2 Gesamtbedarf Stundenkontingent	29.443	100%	14,2
Position 1 Tagdienst an Werktagen	14.799	50%	
Position 2 Tagdienst an Sonntagen	2.664	9%	
Position 3 Tagdienst an Feiertagen	535	2%	
Position 4 Nachtdienst an Werktagen	9.538	32%	
Position 5 Nachtdienst an Feiertagen	297	1%	
Position 6 Nachtdienst an Sonntagen	1.610	5%	

Der Auftragnehmer (AN) hat die Lohn- und Gehaltskosten für An- und Abfahrtszeiten in sein Angebot einzurechnen. Diese werden nicht gesondert vergütet. Dienstbeginn und Dienstende ist regelmäßig am Betriebssitz der rnv GmbH, in Mannheim. In begründeten Ausnahmefällen kann auch ein anderer Ort innerhalb des Bedienungsgebietes der rnv GmbH als Meldeort zum Dienstbeginn und Dienstende benannt werden. In diesen Fällen wird die Fahrzeiten vom Betriebssitz des AG zum Meldeort als Dienstzeit angerechnet. Der AN hat die Lohnzuschläge für Nacht-, Sonntags-, und Feiertagsarbeiten gemäß vorgenanntem Umfang in sein Angebot einzurechnen. Auf Basis der zeitlichen Werte und geforderter Nebenleistungen kalkuliert der Bieter einen Gesamtpreis für seine Dienstleistung. Grundlage für die Kalkulation der Lohnkosten ist der Lohn tariffvertrag für Sicherheitsdienstleistungen im Land Baden-Württemberg.

### 3.3. Ablauf der Leistung

Der AN erbringt die erforderlichen Sicherheitsdienstleistungen entsprechend dieser Leistungsbeschreibung.

#### Allgemeine Aufgaben

Zu den allgemeinen Aufgaben gehören insbesondere:

- Einleiten von Maßnahmen zur Verhinderung oder Begrenzung bereits eingetretener Schäden, Störungen, Havarien oder bei Bränden.

- Regelmäßiges Training sicherheitsrelevanter Abläufe, in Abstimmung mit der rnv GmbH.
- Erste Hilfe-Maßnahmen.
- die unverzügliche Information der Betriebsleitstelle der Auftraggeberin, sowie weiteren vom Auftraggeber benannten Personen, bei erheblichen technischen, infrastrukturellen Problemen, oder Vorkommnissen von größerer Bedeutung (Beispiel: Übergriffe mit Verletzten).

Bei sicherheitsrelevanten Meldungen oder Verdacht einer Straftat und in sonstigen Notfällen ist umgehend die Polizei, die Feuerwehr bzw. der Rettungsdienst zu alarmieren.

Um Mehrfachmeldungen zu vermeiden, wird die Polizei grundsätzlich durch die Betriebsleitstelle der rnv GmbH informiert.

Darüber hinaus leitet der Auftragnehmer die jedermann zumutbaren Sofortmaßnahmen zur Lebensrettung und von bedeutenden Sachwerten ein.

### **Aufgaben des Brandschutzes**

Bei der Meldung oder Feststellung eines Brandes, ist umgehend die Feuerwehr zu alarmieren. Sofern ihm dies möglich ist, leitet der Sicherheitsmitarbeiter die jedermann zumutbare Sofortmaßnahmen ein. Er übernimmt die Warnung von Personen und räumt das betroffene Gebäude, die Haltestelle oder das Verkehrsmittel.

Grundlage für diese Maßnahmen kann ein Brandschutzkonzept oder ein Räumungs- und Evakuierungskonzept für das betreffende Objekt oder Verkehrsmittel sein.

### **Pfortendienst**

Der Auftragnehmer gewährleistet in den Liegenschaften, die eine Pforte haben (geregelt im Rahmen eines Einzelauftrages), die Besetzung der Pforte nach Bedarf bei Tag und Nacht. Der Auftragnehmer sichert die Liegenschaft vor unbefugtem Zutritt. Die für die Zugangskontrolle benötigten Daten werden dem Auftragnehmer von dem AG in schriftlicher und/oder elektronischer Form zur Verfügung gestellt.

Zu den Sicherheitsdienstleistungen an der Pforte gehören insbesondere:

- die Zugangs-/Eingangskontrolle.
- die Überprüfung der Zugangsberechtigung.
- eine Zutrittsverwehrung, wenn erforderlich und angezeigt.
- das Besuchermanagement mit Anmeldung/Erfassung mittels einer elektronischen Besucherliste. Der Auftragnehmer führt ein elektronisches Besucherbuch nach Vorgabe des AG. In diesem werden Besucher unter Angabe des Vornamens, Nachnamens, Besuchsgrund sowie Datum und Zeiten des Betretens und Verlassens der Liegenschaft erfasst. Die besuchte Person oder aufgesuchte Organisationseinheit wird ebenfalls vermerkt.
- mitgeführte und in die Liegenschaft einfahrende Kraftfahrzeuge zu erfassen.
- die Erstellung und Ausgabe von Besucherausweisen
- die Beobachtung der aufgeschalteten Kameraüberwachungsanlage
- nächtliche Schließdienste an den Haltestellen und Tunnelleingängen
- Kontrolldienste der Betriebshöfe nach festgelegten Routen und Häufigkeit
- Sicherung der Toranlagen vor unbefugtem Zutritt

- Entgegennahme von Schadensmeldungen (telefonisch) und Eingabe in ein Programm

Als Besucherinnen und Besucher gelten nicht Einsatzkräfte der Polizei, Feuerwehr, des Not- und Rettungsdienstes sowie Beschäftigte aller auf dem Gelände tätigen Behörden, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AG und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anderer Dienstleister für Betrieb und Organisation des AG

### **Objektleitung / Schichtleitung**

Der Auftragnehmer benennt eine Person, die für das Management seiner Leistungen vor Ort und den Umgang mit allen operativen Angelegenheiten verantwortlich ist (Objektleitung). Die Person beaufsichtigt die Leistungen der Beschäftigten des Auftragnehmers in eigener Verantwortung.

Die Objektleitung muss zumindest während den üblichen Geschäftszeiten (8:00 Uhr bis 19:00 Uhr) für den AG erreichbar sein. Eine abweichende Erreichbarkeit bedarf der vorherigen Zustimmung des AG.

Die Objektleitung ist zur selbstständigen Entscheidung in Angelegenheiten des AN gegenüber der AG ermächtigt. In den Schichten, in denen die für die Objektleitung benannte Person nicht vor Ort ist, benennt der AN eine andere Person als stellvertretenden Ansprechpartner vor Ort. Dieser besitzt ebenfalls selbstständige Entscheidungsbefugnis, wie zuvor ausgeführt.

### **Dienstanweisung**

Eine objekt- und/oder aufgabenspezifische Dienstanweisung (mit Gefährdungsbeurteilung) wird bei Beauftragung in Absprache mit der AG erarbeitet. Sie ergänzt diese Leistungsbeschreibung. In die Dienstanweisung sind insbesondere Anweisungen zum Umgang mit Krisensituationen, die Kommunikationsrichtlinien, das Meldewesen, die Ausrüstung der Beschäftigten des AN sowie den Arbeits- und Gesundheitsschutz betreffend festzulegen.

Die Dienstanweisung ist für die Sicherheitsmitarbeiter zugänglich vor Ort vorzuhalten. Die Dienstanweisung muss den Hinweis enthalten, dass die eingesetzten Sicherheitsmitarbeiter keine hoheitlichen Tätigkeiten wahrnehmen und sie ihre Tätigkeit im Rahmen der jedermann zustehenden Rechte ausüben. Die Dienstanweisung muss ferner bestimmen, dass die eingesetzten Beschäftigten während des Dienstes keine Schusswaffe, Hieb- und Stoßwaffen sowie Reizstoffsprühgeräte oder sonstige gefährliche Gegenstände mitführen dürfen. Die Dienstanweisung ist unverzüglich nach der Übernahme der Tätigkeit mit dem AG abzustimmen. Sie ist jährlich formell zu prüfen.

Bei Bedarf und nach Abstimmung mit dem AG ist sie zu aktualisieren. Der AN führt dazu mit dem AG unter anderem Begehungen durch. Änderungen der Dienstanweisung werden auf Grundlage der Erfahrungen eingesetzter Mitarbeiter des AN, der Auswertung von Vorkommnissen während der Ausführung der Beauftragung und aufgrund allgemeiner Erfahrungen des AN und des AG in Abstimmung mit dem AG getroffen.

## Strategie

Die Strategie besteht aus

- Sicherheits-, Kontroll-, Hilfs- und Informationsdiensten in den Fahrzeugen des AG, auf den Grundstücken und den darauf befindlichen Liegenschaften/Gebäuden.
- Eskalationsvermeidung durch starke Präsenz im Auftragszeitraum/Auftragsraum.
- der Gewährleistung der Einhaltung der Beförderungsbedingungen.
- der Gewährleistung der Einhaltung der Hausordnungen, soweit vorhanden.
- der Überwachung der Einhaltung gesetzlicher, arbeitsschutz- und brandschutzrechtlicher Rauchverbote.
- einer Erhöhung der Serviceleistung am Fahrgast, insbesondere zur Hilfestellung für mobilitätseingeschränkte Personen, Fahrplan- und Fahrpreisauskünfte.
- der Erhöhung der Fahrgastsicherheit durch die Präsenz.
- der Erhöhung der Sicherheit des Fahr-, Prüf- und Aufsichtspersonals.
- die Zusammenarbeit mit den Fahrausweisprüfern der rnv GmbH, gemeinsame und auch eigene Prüfeinsätze.
- der Kundeninformation bei Betriebsstörungen und Baumaßnahmen.
- der Lenkung von Fahrgastströmen, insbesondere bei Groß- und Sportveranstaltungen.
- der Leistung von Erster Hilfe.
- der Ausübung des Hausrechtes im Hausrechtsbereich des AG, insbesondere in Fällen beharrlicher Verletzung beförderungsrechtlicher Vorschriften.
- der selbständigen Einleitung notwendiger Maßnahmen, insbesondere hinsichtlich der Unterlassung von unerlaubten sowie störenden Handlungen gemäß den gültigen Beförderungsbedingungen, vorhandener Hausordnungen und gesetzlicher Vorschriften.

Dies insbesondere bei Nichtbeachtung der Aufforderung zur Unterlassung von störenden Handlungen. Gegebenenfalls sind Maßnahmen unter Hinzuziehung der Polizei bzw. der Mitarbeiter des örtlich zuständigen Ordnungsdienstes, insbesondere bei der Ausübung des Hausrechtes, im Falle der Nichtbefolgung von Aufforderungen, durch den Sicherheitsdienst einzuleiten.

- der Dokumentation in Form digitaler Serviceberichte für jede Schicht und jedes eingesetzte Team getrennt. Die Dokumentation über den Verlauf der Dienstleistung und über besondere Vorkommnisse erfolgt mit Angabe des eingesetzten Personals, des Einsatzortes, des Sachverhaltes, der Beteiligten und Zeugen. Die Meldungen sind vollständig und nachvollziehbar zu verfassen.
- der guten Zusammenarbeit mit der Polizei, dem Ordnungsamt und der Feuerwehr.

Die Tätigkeit umfasst auch alle Maßnahmen, die zulässig sowie geeignet sind, zur Aufrechterhaltung des störungsfreien Betriebes, unter Berücksichtigung von Gefährdungen aufgrund menschlichen Fehlverhalten, von technischen Ursachen, Unfällen und von Naturereignissen beizutragen.

## Taktik

Durch gezielte Präsenz sollen Belästigungen, Schädigungen von Fahrgästen und Beschäftigten des AG, sowie Vandalismusschäden bereits im Vorfeld verhindert werden.

Treten besondere Vorkommnisse ein, trifft das Service- und Sicherheitspersonal die geeigneten und

erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die Beschäftigten, die Fahrgäste und das Eigentum des AG.

Eine bereits eingetretene gefährliche Lage entschärft das Service- und Sicherheitspersonal, durch konsequentes Einschreiten.

Bei Erbringung der Dienstleistung ist oberste Priorität auf eine kommunikative, deeskalierende und kundenorientierte Handlungsweise zu legen. Das eingesetzte Sicherheitspersonal wirkt bei Konflikten deeskalierend auf die Betroffenen ein.

Gewaltanwendung in jeder Form ist grundsätzlich zu vermeiden.

Durch die Mitarbeiter dürfen sonstige gefährliche Gegenstände (z. B. Sandhandschuhe) nicht mitgeführt werden.

Bei Bedarf sorgen die Service- und Sicherheitsmitarbeiter für die Personalienfeststellung. Gegebenenfalls veranlassen sie diese durch die Hinzuziehung der über die Betriebsleitstelle zu verständigende Polizei.

Der Auftragnehmer erhält Zugang zu allen notwendigen Gebäudeeinrichtungen und Räumlichkeiten, die für die Vertragserfüllung notwendig sind.

Das Rauchen an Haltestellen und insbesondere an Unfallstellen ist den Mitarbeitern des AN während des Dienstes untersagt. Zum Rauchen sind besondere Raucherbereiche, soweit vorhanden, aufzusuchen.

### **Operatives Ergebnis**

Durch geeignete taktische und personelle Maßnahmen ist auf die Vermeidung des Eintritts von öffentlichkeitswirksamen Ereignissen zum Schaden des AG hinzuwirken. Ziel ist auch, eine Steigerung der objektiven und subjektiven Sicherheit und die Verminderung von Personalausfällen bei dem AG zu erreichen. Mit der Tätigkeit ist eine Minimierung von Vandalismusschäden und die Erhöhung der Serviceleistung für den Fahrgast verbunden.

## **4. Leistungen des Auftragnehmers**

### **4.1. Allgemeine Anforderungen an die Dienstleistung:**

Vorausgesetzt wird die Identifikation des AN mit der Unternehmensphilosophie des AG. Die Vermittlung dieser Unternehmensphilosophie an die Service- und Sicherheitsmitarbeiter des AN und die Darstellung dieser Philosophie nach Außen, insbesondere gegenüber den Kunden des Auftraggebers muss gewährleistet sein. Durch das Service- und Sicherheitspersonal erfolgt kein abschreckendes oder martialisches Auftreten. Es erfolgt eine Kommunikation mit den Kunden des AG auf Augenhöhe, keinesfalls eine herablassende Belehrung.

Die Sicherheitsmitarbeiter müssen ein freundliches, kompetentes und serviceorientiertes, aber auch konsequentes Auftreten besitzen. In Konfliktsituationen müssen die Sicherheitsmitarbeiter den Überblick bewahren und den Kunden des AG mit Respekt begegnen, ohne das eigentliche Ziel aus den Augen zu verlieren.

Das Einschreiten bei Konflikt- und Gefahrensituationen durch die Mitarbeiter des AN ist durch diesen verpflichtend zu regeln.

Bei einer Adhoc Beauftragung sollte die Reaktionszeit 24/7 maximal 2 Stunden betragen. Für besondere Lagen (z.B. Pandemie) muss der AN kurzfristig in der Lage sein, auf Abruf des AG mindestens ca. 10 Einsatzkräfte zusätzlich einsetzen zu können.

## **5. Personal**

### **5.1. Allgemeines:**

Das zum Einsatz kommende Stammteam muss ausnahmslos aus Festbeschäftigten des AN bestehen. Hierzu legt der AN dem AG vor Leistungsbeginn sowie auf jederzeitiges Verlangen des AG die Kopien der Anmeldung zur Sozialversicherung von jedem einzelnen Mitarbeiter vor. Ergänzend wird auf die nachfolgenden Bestimmungen sowie die Besonderen Vertragsbedingungen verwiesen.

Vom AN ist besonders geeignetes Personal auszuwählen. Vornehmlich werden lebenserfahrene Frauen und Männer mittleren Alters (30-40 Jahre) eingesetzt. Diese müssen polizeilich überprüft, für den Sicherheitsdienst zugelassen, körperlich und geistig den anstehenden Aufgaben gewachsen sein. Ein einheitliches Erscheinungsbild des Sicherheitspersonals ist erforderlich. Die Mitarbeiter haben Vorbildcharakter, sind freundlich, behandeln Menschen fair, respektvoll, sind weder rassistisch noch homophob eingestellt. Die Sicherheitskräfte sind auf ihre Verschwiegenheitspflicht hinzuweisen. Eine entsprechende Erklärung ist von den Sicherheitskräften zu unterzeichnen.

### **5.2. Service-Level-Agreements:**

Die Zustimmung / Verpflichtung des AN (sowie eventueller Subunternehmer) erfolgt mindestens für:

- Erfüllung der Personalanforderungsprofile  
(Vorlage der Ausbildungsnachweise und persönliche Vorstellung des einzusetzenden Personals).
- Einhaltung der tariflichen Regelungen  
(Vorlage von anonymisierten Lohnabrechnungen unter Berücksichtigung der geltenden Datenschutzbestimmungen).
- Tarifliche Lohnerhöhungen werden an die Mitarbeiter weitergegeben (Vorlage der Lohnabrechnung siehe oben).

### **5.3. Personalkörper:**

Das einzusetzende Personal für die Dienstleistung besteht aus einem festen Personalteam von mindestens 29 Mitarbeitern. Der Personalbedarf ergibt sich aus zu leistender Einsatzzeit, Ausbildungszeit, Urlaub der Mitarbeiter und den Feiertagen. Vom AN ist das mit seinem Angebot benannten Stammteam einzusetzen. Auf die Regelungen in den Besonderen Vertragsbedingungen wird verwiesen.

Es dürfen ausschließlich Mitarbeiter eingesetzt werden, welche die Grundqualifikation erfüllen sowie die Zusatz- und Sonderausbildung erfolgreich absolviert haben. Nachrückende Mitarbeiter sind in gleicher Weise zu qualifizieren.

### **Anforderungen an das eingesetzte Personal**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Auftragserfüllung durch seine für das Bewachungsgewerbe fachkundigen, zuverlässigen Kräfte, unter Einhaltung aller gesetzlichen Voraussetzungen. Für den Einsatz und die Kontrolle seiner Arbeitnehmer ist er selbst verantwortlich.

Der AN erlässt Dienstanweisungen für seine Beschäftigten. Alle Beschäftigten sind vor ihrem Einsatz von dem Auftragnehmer einzuweisen und einzuarbeiten.

Der AN stellt eine stets aktuelle Unterweisung seiner Beschäftigten sicher. Die Unterweisung ist zu dokumentieren und auf Nachfrage des AG nachzuweisen.

Es wird erwartet, dass der AN nur Personal einsetzt, welches den besonderen Anforderungen 8 an diese Dienste in psychischer und physischer Hinsicht gewachsen ist. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, dass es hierbei zu Kontakten mit einem ständig wechselnden Personenkreis und Personen aus anderen Kulturkreisen kommt. Es sind ausschließlich Mitarbeiter einzusetzen, welche die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Soweit möglich werden dabei auch Mitarbeiter eingesetzt, die Sprachen der Herkunftsländer von Menschen mit Migrationshintergrund sprechen. Die Hälfte des eingesetzten Personals soll über grundlegende Englischkenntnisse verfügen. Der Auftragnehmer stellt sicher, dass ein angemessener Frauenanteil vertreten ist. Während der gesamten Dienstzeiten herrscht absolutes Alkoholverbot. Dies gilt auch für alle anderen berauschenden Mittel, auch eine angemessene Zeit vor dem Dienstantritt. In allen Gebäuden der rnv GmbH herrscht absolutes Rauchverbot. Der Auftragnehmer belehrt die eingesetzten Beschäftigten hierüber schriftlich gegen Unterschrift. Kosten, die durch die Missachtung des Rauchverbots durch die vom AN eingesetzten Beschäftigten entstehen (Bsp. Feuerwehreinsatz), sind vom AN zu tragen.

#### **5.4. Branchenerfahrung:**

Einsatz von branchenerfahrenem Personal ist anzustreben. Vorzugsweise wurde bereits eine Tätigkeit im Sicherheits- und Ordnungsdienst im öffentlichen Raum (SDÖR) bzw. Sicherheits- und Kontrolldienst im ÖPV oder ÖPNV verrichtet.

#### **5.5. Qualifikation:**

Für die vom AN eingesetzten Mitarbeiter ist der Nachweis einer vor der Industrie- und Handelskammer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gem. § 34a Gewerbeordnung bzw. die gesetzlich vorgesehene Ersatzqualifikation bereits bei Aufnahme der Tätigkeit erforderlich.

Der AN legt dem AG rechtzeitig vor Leistungsbeginn für seine Mitarbeiter ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis, nicht älter als drei Monate, ohne relevante Eintragungen (z.B. Körperverletzungs-, Betäubungs- und Arzneimittelmisbrauchs-, Sexual- und Staatsschutzdelikte) vor. Der Auftraggeber ist berechtigt, auch zu späteren Zeitpunkten die erneute Vorlage eines aktuellen, erweiterten Führungszeugnisses zu verlangen. Des Weiteren wird eine gültige und nachprüfbare Bewacher ID vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle dem AG vor Aufnahme der Tätigkeit vorgelegt.

Für Pfortendienste: Nachweis über eine zertifizierte Weiterbildung "Sicherheit und Service an Pforte und Empfang", z.B. von VSW Vereinigung für die Sicherheit der Wirtschaft e.V.

Für Pforte-Ludwigshafen: zusätzliche Qualifikation "NSL-Fachkraft"

#### **Allgemeine Anforderungen an die Service- und Sicherheitsmitarbeiter**

- Beherrschung der Deutschen Sprache in Wort und Schrift, mindestens Sprachniveau B2 (GERS)
- gepflegtes und korrektes Erscheinungsbild
- geistige und körperliche Eignung
- freundliche und korrekte Umgangsformen



- Schichtdiensttauglichkeit
- Teamfähigkeit, Kundenorientierung und soziale Kompetenz
- Belastbarkeit in Stresssituationen

### **Persönliche Eignung des Sicherheitspersonals**

Die beschäftigten Arbeitnehmer des AN besitzen ein der Aufgabe entsprechend, gepflegtes äußeres Erscheinungsbild. Sie haben ein freundliches und sympathisches Auftreten.

### **Sonstige Anforderungen an das einzusetzende Personal**

Der AN legt dem AG rechtzeitig vor Leistungsbeginn das Ergebnis der zuständigen Behörde über die Überprüfung der Qualifikation und der Zuverlässigkeit unter Angabe des Datums der letzten Zuverlässigkeitsüberprüfung nach § 16 Abs. 2 BewachV vor.

### **5.6. Vorstellung des einzusetzenden Personals und Ablehnungsrecht der Auftraggeberin**

Rechtzeitig, in der Regel vier Wochen vor dem geplanten Einsatz des Mitarbeiters, übermittelt der AN die nachfolgenden Unterlagen per E-Mail:

- die Personaldaten (Vor- und Nachnamen, Geburtsdaten).
- ein Kurzprofil (1 DIN A4-Seite pro Person) über den beruflichen Werdegang und die persönliche Qualifikation.
- Kopien der Ausbildungsnachweise (IHK-Nachweise, Nachweise über evtl. geforderte Zusatz-qualifikation, etc.).
- Zuverlässigkeitsbescheinigung des örtlichen Ordnungsamtes .

In begründeten Einzelfällen kann die Frist mit Einzelfallentscheidung der AG verkürzt werden.

### **Ablehnung von Beschäftigten des AN**

Der Auftraggeber ist berechtigt, vorgestellte Beschäftigte abzulehnen,

- wenn die Beschäftigten nicht rechtzeitig persönlich vor Einsatzbeginn mit vollständigen Unterlagen vorgestellt wurden.
- wenn die Beschäftigten die an ihre Eignung / Qualifikation gestellten Anforderungen nicht erfüllen.
- wenn Sicherheitsbedenken bestehen.
- wenn das Führungszeugnis relevante Eintragungen aufweist.

Liegt ein wichtiger Grund vor, kann der Auftraggeber verlangen, dass Personal nicht mehr zur Erbringung von Service- und Sicherheitsleistungen nach diesem Vertrag eingesetzt wird. Als wichtiger Grund gelten insbesondere schwere und wiederholte Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften, gegen Bestimmungen dieses Vertrages oder der in diesem Vertrag als verbindlich vereinbarten Regelungen wie Dienstanweisungen, sowie insbesondere ungebührliches Verhalten gegenüber den Fahrgästen des AG. Der Auftragnehmer hat in den Fälle, in welchem sein Personal durch den AG abgelehnt wird, unverzüglich Folge zu leisten, das Personal abziehen und geeignetes Ersatzpersonal entsprechend vorzustellen.

## 5.7. Schulung, Zusatzausbildung und Sonderausbildung

Alle eingesetzten Mitarbeiter müssen eine Ausbildung als Ersthelfer durch eine gemäß BGG 948 ermächtigte Stelle absolviert haben und durch Nachschulung aufrecht halten.

### Schulungen des eingesetzten Sicherheitspersonals

Eine kontinuierliche Aus- und Fortbildung der Beschäftigten des AN wird vorausgesetzt und ist zwingend. Das Personal ist regelmäßig weiterzubilden. Der AN verpflichtet sich zur Durchführung der Schulungen mindestens gemäß dem Schulungs- und Fortbildungskonzept, das seinem Angebot als Qualitätssicherungskonzept beiliegt.

Das Schulungs- und Fortbildungskonzept ist in Abstimmung mit dem AG regelmäßig fortzuschreiben.

Im Rahmen der Beauftragung hat der AN sein Personal zur Teilnahme an den von dem AG durchgeführten Schulungen/Seminaren zu verpflichten, soweit diese für die Tätigkeit seiner Mitarbeiter von Bedeutung sind.

Der Auftragnehmer weist alle durchgeführten Schulungen seiner Beschäftigten gegenüber dem AG nach. Er informiert hierüber unaufgefordert den AG, jeweils zum Jahresende. Das Protokoll enthält Angaben zu Schulungsthema, Schulungsmethodik, Schulungsort, Kursdauer, Anzahl der Schulungsstunden, Qualifikation der Schulungsleiter, Namen der Beschäftigten, die am jeweiligen Datum teilgenommen haben.

Insbesondere hat der AG für sein im Objektschutz einzusetzendes Personal eine zertifizierte Weiterbildung "Sicherheit und Service an Pforte und Empfang", z.B. von VSW Vereinigung für die Sicherheit der Wirtschaft e.V. nachzuweisen.

### Zusatzausbildung - Sonderausbildung

Die einzusetzenden Service- und Sicherheitsmitarbeiter haben eine Sonderausbildung entsprechend der DIN 77200-1:2017-11 Tabelle A1 sowie 77200-2:2020-07 Abschnitt 6 sowie A1 und B bei Beginn der Tätigkeit bereits absolviert (Nachweis erforderlich). Diese sind gemäß der Vorgaben in DIN 77200-1 und DIN 77200-1 nachzuhalten und regelmäßig zu schulen.

### Grundlagen Verkehrswesen:

- Begriffserklärungen und Definitionen
- Zuständigkeiten/Verantwortlichkeiten
- betriebsspezifische Gefahren und Aufgabenfelder (z. B. Sondersignalschulung)

### Durchführung:

- Rechtsgrundlagen
- Rechtliche Rahmenbedingungen des ÖPNV in der BRD
- BOStrab, EBO, BOKraft, PBefG
- Strafrecht allgemein, Strafrecht - Tatbestände mit verkehrsrechtlichem Bezug
- Beförderungspflicht, Beförderungsbedingungen
- Kinder und Jugendliche in Vertrags- / Strafrecht
- Bedeutung des ÖPNV
- Sicherheit und Sicherheitsempfinden im ÖPNV
- Dienstkunde/Formularwesen
- Brandschutz/Gefahren/Störungen
- Reisende/Fahrgäste

- Einsatz von freiheitseinschränkenden Maßnahmen (FEM)
- Dokumentation von Vorfällen

#### **besondere Einsatzsituationen:**

- Störfallszenarien (z. B. Umgang mit verdächtigen Gegenständen (Unkonventionelle Spreng- oder Brandvorrichtungen (USBV))
- Sicherheitsdurchsagen;
- Umgang mit Menschenansammlungen
- Sicherstellung einer geordneten Evakuierung im Gefahrenfall einschließlich Maßnahmen zur Prävention
- Kommunikation:
- Funksprache, Feedback, Briefing, Unterweisung usw.
- Meldewege

#### **Umgang mit Konflikten:**

- Erkennen von Konflikten
- Eigensicherung
- Deeskalationsmaßnahmen nach DIN 77200-2 Anhang B, Tabelle B.1.
- Alkohol und Drogenproblematik

#### **Rollentraining:**

- a) Umgang mit Menschen (allgemein)
- b) Problemsituationen
  - 1 kulturelle Aspekte
  - 2 rivalisierende Gruppen
  - 3 Personen unter Alkohol-/Drogeneinfluss
  - 4 Signale von sexuellen Übergriffen
  - 5 Anzeichen für Radikalisierung

#### **Umgang mit traumatisierenden Ereignissen:**

- Grundzüge der Krisenintervention

#### **5.8. Einarbeitung/Weiterbildung:**

Der AN gewährleistet die Einarbeitung und eine kontinuierliche Fortbildung der Sicherheitsmitarbeiter über den gesamten Themenbereich der Sachkunde für das Bewachungsgewerbe, über Inhalte der Sonderausbildung, sowie Deeskalations- und Rhetoriktraining. Innerhalb eines Jahres sind gemäß DIN 77200-1:2017-11, Nr. 4.19.2 - Weiterbildungskonzept, mindestens 20 Unterrichtseinheiten (UE = min. 45 Minuten) für jeden in Vollzeit eingesetzten Mitarbeiter durchzuführen und nachzuweisen. Die Kosten aller Aus- und Weiterbildungen (wie Zusatz- und Sonderausbildung) und Einarbeitungen (z.B. Pfortendienste) trägt der AN.

### **6. Vorgaben und Vorschriften**

#### **6.1. Selbstverpflichtung Arbeitsbedingungen**

Der AN verpflichtet sich zur Beachtung und Einhaltung sämtlicher gültiger Rechtsvorschriften, Normen und sonstiger Bestimmungen; dazu zählen unter anderem:

- § 34a Gewerbeordnung
- Verordnung über das Bewachungsgewerbe
- Arbeitszeitgesetz

- Beachtung und Einhaltung der Bestimmungen des Mantelrahmentarifvertrages für das Wach- und Sicherheitsgewerbe für die Bundesrepublik Deutschland
- Beachtung und Einhaltung der Bestimmungen des Mantelergänzungstarifvertrag und Lohntarifvertrages für das Wach- und Sicherheitsgewerbe in Baden-Württemberg
- Einhaltung der berufsgenossenschaftlichen Vorschriften, insbesondere der DGUV Vorschrift 23, DGUV Vorschrift 1.

## **6.2. Bekleidung - Kommunikationsmittel - Dienstaussweise - Diensträume - Medienverbrauch**

Der AN stellt die erforderlichen Dienst-/Wachbücher und Meldeformulare, die durch das Service- und Sicherheitspersonal nach Vorgabe des AG zu führen sind.

### **Bekleidung**

Die Mitarbeiter tragen Dienstkleidung, die durch den AG kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Dabei handelt es sich um Oberbekleidung und Diensthemden, wie sie vom Fahrpersonal der rnv GmbH als Dienstkleidung getragen wird. Schuhe und Gürtel, sowie andere Behältnisse oder Taschen, werden durch den AG nicht gestellt. Die Pflege der Dienstkleidung obliegt dem AN.

Vor Zuteilung der Dienstkleidung ist eine Anprobe bzw. Abnahme der Körpermaße durch den AG in Mannheim erforderlich. Der erforderliche Aufwand hierfür wird dem AN nicht gesondert vergütet.

Die eingesetzten Beschäftigten müssen während des Dienstes ihre Dienstkleidung tragen. Ausnahmen sind angeordnete Observationseinsätze oder andere Einsätze in ziviler Kleidung aus einem besonderem Anlass. Die Hosen sind über den Schuhen zu tragen.

Im Dienst darf auffälliger oder die Sicherheit des Personals gefährdender Schmuck, insbesondere sichtbare Piercings, nicht getragen werden. Motiv und Ausgestaltung von sichtbaren Tätowierungen sowie von Schmuck, dürfen ein korrektes Erscheinungsbildes nicht beeinträchtigen. Insbesondere Zeichen von verfassungswidrigen Organisationen, schließen den Einsatz eines Mitarbeiters aus. Eine Abweichung von den obigen Vorgaben ist dann zulässig, wenn der Auftraggeber dieser zuvor zugestimmt hat. Die Entscheidung über Ausnahmen bleibt dem AG vorbehalten.

### **Kommunikationsmittel**

Erforderliche Kommunikationsmittel zur Kommunikation mit der Betriebsleitstelle(Handfunkgeräte) stellt der AG zur Verfügung, um damit die Erreichbarkeit sicherzustellen. Mobiltelefone werden vom AN zur Verfügung gestellt. Die Gebühren können verrechnet werden. Eine durchgehende Kommunikation muss auch zwischen allen Kräften des Sicherheitsdienstes über Handfunkgeräte gewährleistet sein.

Erforderliche Schlüssel werden dem AN in ausreichender Anzahl kostenfrei zur Verfügung gestellt. Die Ausgabe der Schlüssel an seine Mitarbeiter hat der AN zu dokumentieren ebenso die Rücknahme.

Die Nutzung der Mobiltelefone, anderer Telefonanschlüsse, dem Internet oder von EDV des AG zu privaten Zwecken, ist untersagt. Der Gebrauch privater elektronischer Kommunikationsmittel, während des Dienstes, ist untersagt. Hierüber hat der Auftragnehmer die von ihm eingesetzten Beschäftigten zu informieren.

**Dienstausweise**

Die Mitarbeiter des AN erhalten einen Dienstausweis des AG mit Lichtbild und bei Bedarf einen Prüfer-Ausweis für Fahrausweisprüfer. Diese Ausweise sind bei der Dienstausführung mitzuführen, sichtbar zu tragen und auf Verlangen von berechtigten Personen vorzuweisen. Der Prüferausweis (Fahrausweisprüfung) ist während der Ansprache von Fahrgästen unaufgefordert vorzuzeigen.

Durch den AN ist der Dienstausweis gemäß § 18 BewachV und ein Namensschild oder eine Kennnummer nach § 18 Abs. 3 BewachV auszuhändigen. Die Mitarbeiter sind zu verpflichten im Dienst das Namensschild nach § 18 Abs. 3 BewachV sichtbar in Brusthöhe zu tragen.

Dienstausweis und der Ausweis in Verbindung mit dem im Bewacherregister angegebenen Ausweis- oder Identifizierungsdokument ist während des Wachdienstes mitzuführen und berechtigten Personen zur Kontrolle auszuhändigen. Andere erforderliche und vorgeschriebene Ausrüstungsgegenstände und Bekleidung stellt der AN ohne gesonderte Verrechnung zur Verfügung. Stattet der AN seine Mitarbeiter mit Stichschutzwesten aus, so sind diese unter der Kleidung (verdeckt) zu tragen.

**Diensträume, Medienverbrauch**

Der AG stellt dem AN ausgestattete Räumlichkeiten (Büro, Umkleieräume soweit beides vorhanden) mietfrei zur Verfügung. Weitere Einzelheiten hierzu werden im Rahmen einer Vereinbarung geregelt.

Der AN kann nach Abstimmung mit dem AG benötigte EDV / IT Telekommunikationsinfrastruktur Kopierer etc. auf eigene Kosten und im eigenen Namen aufbauen.

Elektrische Geräte müssen nach Maßgabe der Rechtslage über einen gültigen E-Check oder gleichwertig verfügen. Der AN trägt alle Sach- und Verbrauchskosten (Papier, Druckerpatronen etc.), die im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit bei ihm anfallen. Elektrische Energie, Wasser und Heizung werden von dem AG unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Vorausgesetzt wird ein sorgsamer, wirtschaftlicher und sparsamer Umgang mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen.

**6.3. Hausrecht:**

Der AN und sein eingesetztes Personal nehmen in Vertretung das Hausrecht der rnv GmbH wahr.

**6.4. Weisungsbefugnis:**

Das eingesetzte Personal unterliegt grundsätzlich dem Weisungsrecht des AN oder seines Beauftragten.

**6.5. Weisungsbefugte Beauftragte der rnv GmbH:**

In Sondersituationen sind die Mitarbeiter Betriebsleitstelle der rnv GmbH, der Betriebsleiter und eine vom Betriebsleiter beauftragte Mitarbeiterin zu Weisungen befugt.

**6.6. Haftung:**

Der AN hat eine Haftpflichtversicherung für das Bewachungsgewerbe mit Versicherungssummen gemäß der Auftragsbekanntmachung nachzuweisen und für

die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht zu halten. Eine aktuelle Versicherungsbestätigung ist dem AG auf jederzeitiges Verlangen vorzulegen. Der AN haftet für Sach- und Personenschäden, die durch ihn oder seine Verrichtungs- / Erfüllungsgehilfen schuldhaft verursacht werden. Der AN ist verpflichtet, den AG auf erstes Anfordern von etwaigen Ansprüchen Dritter freizustellen.

## **7. Auftragsmanagement**

### **7.1. Führungspersonal / Kontrollwesen / Arbeitszeiterfassung:**

#### **Führungspersonal**

Der AN stellt das erforderliche Führungs- und Kontrollpersonal und benennt einen für den Auftrag zuständigen Objektleiter. Dieser muss die Qualifikation nach DIN 77200-1 Anlage A Grundanforderung Level C besitzen. Der AN benennt dem AG zudem einen Sicherheitsbeauftragten nach § 22 Siebtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VII) und § 20 Unfallverhütungsvorschrift „Grundsätze der Prävention“ (DGUV Vorschrift 1).

Eine ständige Erreichbarkeit des Einsatzleiters des AN (oder seines Vertreters) muss sichergestellt sein.

Durch den AN erfolgt der Einsatz von Teamleitern bzw. Teamleiterinnen mit langjähriger Erfahrung im Sicherheitsdienst.

Eine Führungs- und Kontrollkraft des AN überprüft das eingesetzte Personal im Rahmen der Dienstaufsichtspflicht regelmäßig, mindestens aber zweimal im Monat. Die Kontrollen haben an verschiedenen Tagen zu verschiedenen Uhrzeiten und auch nachts zu erfolgen. Die durchgeführten Kontrollen sind im Wachbuch mit Datum und Uhrzeit, sowie dem Name des Vorgesetzten einzutragen. Kontrollen umfassen insbesondere die Anwesenheit der eingeteilten Beschäftigten des AN. Hierbei ist genauso auf das äußere Erscheinungsbild der eingesetzten Mitarbeiter zu achten wie auf die Einhaltung der Vorgaben zu Streifen. Der AG behält sich eigene unregelmäßige Kontrollen vor.

#### **Arbeitszeiterfassung**

Der AN führt ein elektronisches Arbeitszeiterfassungssystem, bei dem sich jeder seiner Arbeitnehmer welcher die Arbeit aufnimmt oder beendet, elektronisch identifiziert. Ein Protokoll der Arbeitszeiterfassung wird dem AG am Ende des Abrechnungsmonats zum Zwecke der Abrechnungs-Überprüfung zusammen mit der Rechnung übergeben. Andernfalls kann der AG die Rechnung als nicht prüfbar zurückweisen mit dem Ergebnis, dass der Rechnungsbetrag schon nicht fällig wird. Die Bestreifung der Bahnhöfe Edingen und Käfertal müssen mittels eines nicht manipulierbaren

Wächterkontrollsystems dokumentiert werden. Dieses System muss auf andere Bereiche erweiterbar sein.

Ergibt sich aus aktuellem Anlass eine kurzfristige und begrenzte Änderung der Planung, so teilt der AG dies dem Einsatzleiter des AN mit. Der Einsatzleiter des AN hat die Kompetenz dies in Absprache mit der AG umzusetzen.

### **7.2. Dienstplan:**

Der AN erstellt in Absprache mit dem AG einen bei Bedarf hinsichtlich der Dienstzeiten veränderbaren Dienstplan für vier Wochen im Voraus. Hierbei ist eine flexible, eigenständige und eigenverantwortliche Dienstplangestaltung, nach taktischer Auswertung, vorliegender und gewonnener Erkenntnisse erforderlich.

Besonderer Schwerpunkt ist bei der Dienstplanung auf Dienste in den Nächten mit durchgehendem Verkehr (Nächte von Freitag auf Samstag, Samstag auf Sonntag und Nächte vor Feiertagen) zu legen.

Besondere Berücksichtigung finden auch „Massenveranstaltungen“ (Sport, Volks- und Weinfeste) und andere wiederkehrende Veranstaltungen. Darunter fallen z. B. die Schlossbeleuchtungen in Heidelberg, aber auch andere Veranstaltungen, bei denen mit einem vermehrten Fahrgastaufkommen zu rechnen ist. Der AN berücksichtigt diese Zeiten mit erhöhtem Personalbedarf selbständig bei der Dienstplanung, in Absprache mit dem AG. Außerdem ist eine eigenständige und schnelle Anpassung des Dienstplanes an unvorhergesehene, handlungsbedürftige Ereignisse, in Absprache mit der AG durchzuführen.

Der Dienstplan hat keine starren, festgeschriebenen Schichtzeiten, sondern orientiert sich an den Bedürfnissen der beauftragten Dienstleistung. Es sind regelmäßig (Schichtzeiten) Dienste mit acht Arbeitsstunden zuzüglich der gesetzlich vorgeschriebenen Pausen vorzusehen.

Der AN erstellt die Dienstpläne eigenverantwortlich gemäß den einschlägigen arbeitsrechtlichen Vorschriften und informiert seine Beschäftigten mit angemessenem Vorlauf über ihre Dienstzeiten.

Der AN übermittelt dem AG seine Dienstpläne monatlich, in digitaler Form, spätestens eine Woche vor Beginn des jeweiligen Monats per E-Mail. Über Änderungen an den Dienstplänen unterrichtet der AN den AG unverzüglich per E-Mail in digitaler Form. Kopien der Dienstpläne müssen jederzeit für den AG vor Ort einsehbar sein. Die Schichtleitung informiert eine von dem AG noch zu benennende Stelle (z. B. die Betriebsleitstelle der rnv GmbH) unmittelbar vor Schichtbeginn jeder Schicht, per E-Mail, über die tatsächliche Anzahl der anwesenden Beschäftigten.

### **7.3. Quantitativer Personaleinsatz:**

Der quantitative Personaleinsatz richtet sich nach dem konkret erteilten Serviceauftrag. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Service- und Sicherheitsteam aus mindestens 3 Mitarbeitern (inklusive Teamleiter) besteht. Je nach Auftrag ist aber auch das gesamte Personal gleichzeitig - auch über mehrere Tage in Folge - einzusetzen.

Der AN hat das mit dem Angebot benannte Stammteam einzusetzen. Auf die Besonderen Vertragsbedingungen wird verwiesen. Um auf unvorhergesehene Personalwechsel (z. B. bei Erkrankung) reagieren zu können, ist eine ausreichende Personalreserve vorzuhalten.

Der AN ist dafür verantwortlich, dass Personalausfälle durch Krankheit, Urlaub und sonstige Ereignisse die übernommenen Aufgaben nicht beeinflussen.

Dieses gilt auch, wenn der AG den Einsatz eines Beschäftigten aus sachlichen Gründen ablehnt. Der AN verpflichtet sich in diesen Fällen innerhalb der nächsten Schicht zur Ersatzstellung eingewiesener Kräfte.

### **7.4. Berichtswesen und Berichterstattung, Wachbuch: Serviceaufträge**

Für jeden Einsatztag ist in Absprache mit dem AG durch den AN zusätzlich zum Dienstplan ein Serviceauftrag zu erstellen. Dieser beinhaltet die Namen der eingesetzten Service- und Sicherheitsmitarbeiter und benennt den jeweiligen Teamleiter. Im Serviceauftrag ist der konkrete Auftrag an das Service- und Sicherheitsteam zu bezeichnen. Hierbei sind die zu befahrenden Linien, Linienabschnitte, Brennpunkte usw. zu benennen.

**Serviceberichte - eilbedürftige Sachverhalte - Lagebild**

Durch die Teamleiter des AN sind für den erteilten Serviceauftrag nach Schichtende elektronische Berichte (Servicebericht) anzufertigen. In diesen sind die befahrenen Linien mit Zeit und Ort des Zustieg, der Fahrzeugnummer des Verkehrsmittels und besondere Vorkommnisse zu dokumentieren.

Nach Beendigung der Schicht werden die Berichte an den Beauftragten der AG per Mail übermittelt. Eilbedürftige Sachverhalte sind sofort telefonisch vorab an die Beauftragten der rnv GmbH zu berichten. Der Einsatzleiter oder die Geschäftsführung des AN übernimmt selbständig die Auswertung der Serviceberichte zur Erstellung eines Lagebildes und die Führung einer Statistik nach Vorgabe des AG.

Durch selbständige Nachregulierung der getroffenen Maßnahmen trägt der AN zur Erreichung des angestrebten operativen Ergebnisses bei.

Die Serviceberichte enthalten die Namen und Vornamen der jeweils tatsächlich eingesetzten Sicherheitsmitarbeiter.

**Wachbuch**

Der Auftragnehmer führt durchgehend ein Wachbuch in deutscher Sprache, in dem alle Vorkommnisse, Abweichungen von der Regeldienstzeit, unabhängig von der sofortigen Meldung an den AG schriftlich mit Datum und eintragender Person festgehalten werden. In Absprache mit dem AG kann das Wachbuch durch den AN in elektronischer Form geführt werden. Der AG ist berechtigt, jederzeit Einsichtnahme und Auskunft durch die Beschäftigten des AN zu erhalten. Darüber hinaus besteht eine uneingeschränkte und unmittelbare Auskunftspflicht über alle sicherheitsrelevanten Vorkommnisse gegenüber der AG.

**8. Sonstige Aufgaben****8.1. Marketing:**

Für die Umsetzung von und die Einbindung in Marketingmaßnahmen des AG im Rahmen der Dienstverrichtung der Mitarbeiter des AN erfolgt durch den AN keine gesonderte Berechnung.

**8.2. Öffentlichkeitsarbeit:**

Die Wahrnehmung von Presseterminen / Pressekonferenzen erfolgt bei Bedarf mit einem Service- und Sicherheitsteam, auf Anforderung mit dem Geschäftsführer oder Einsatzleiter des AN. Der AN stellt für die vorgenannten Marketingmaßnahmen und die Öffentlichkeitsarbeit geeignete Mitarbeiter im Rahmen eines zu planenden Dienstes zur Verfügung.

**8.3. Einbindung des AN in begleitende Maßnahmen:**

Auf Anforderung sind die Mitarbeiter von Service- und Sicherheit in präventivpolizeiliche Maßnahmen und repressive Aktionen eingebunden. Durch den AN oder dessen Einsatzleiter, sowie die Teamleiter erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit den jeweiligen kommunalen Ordnungsbehörden und Polizeidienststellen im Auftrag des AG. Ziel ist die Erstellung, Kontrolle und Aufrechterhaltung eines wirksam abgestimmten Einsatzkonzeptes mit allen Beteiligten.



**8.4. Einhaltung von Zusagen / Abstimmungstermine:**

Durch den AN erfolgt eine pünktliche und zuverlässige Erledigung von Absprachen und Zusagen. Durch den AN erfolgt ein periodischer Kontakt mit dem AG, mindestens jedoch einmal im Monat. Es finden in unregelmäßigen Abständen Dienstbesprechungen zwischen dem AN und dem AG statt. Darüber hinaus wird in den Räumen des AG und auf deren Veranlassung bei Bedarf ein anlassunabhängiger Abstimmungstermin durchgeführt. Dabei tauschen sich der AG sowie die Objektleitung des AN über Sachverhalte aus. Die Teilnahme an diesen Gesprächen wird nicht gesondert vergütet. Die Reaktionszeit des AN für die Beantwortung und Aufklärung von Beschwerden beträgt wenige Stunden. In der Regel werden Beschwerden per E-Mail übermittelt und durch den AN schnellstens beantwortet.

**8.5. Organisations- und Arbeitsanweisungen, Verschwiegenheit:**

Der AN verpflichtet sich, die gesetzlichen Datenschutzbestimmungen einzuhalten. Der AN verpflichtet seine Mitarbeiter zur Verschwiegenheit gegenüber jedermann, insbesondere über sicherheitsrelevante (Safety und Security betreffende) Sachverhalte. Weitergehende Verschwiegenheitsverpflichtungen nach dem BDSG und der BewachV bleiben hiervon unberührt und sind vom AN für seine Mitarbeiter zu erlassen. Sämtliche im Zusammenhang mit diesem Auftragsverhältnis dem AN und seinen Erfüllungsgehilfen zugänglich werdende Informationen, die als vertraulich bezeichnet werden, nach den Umständen als Geschäfts- oder Betriebsgeheimnisse der AG erkennbar sind, sind geheim zu halten. Sie dürfen weder aufgezeichnet noch weitergegeben oder in irgend einer Form verwertet werden.

Der AN trifft alle Vorkehrungen, dass solche Informationen anderen außer mit der Ausführung beauftragter Personen nicht bekannt werden. Davon unberührt ist die Pflicht des AN, sämtliche

Informationen auf Nachfrage offenzulegen.

Insbesondere ist es dem AN und seinen Mitarbeitern untersagt, Bild und Tonmaterial, welches im Dienst entstanden ist und Bilder oder Filme von Mitarbeitern in Dienstkleidung der rnv GmbH in irgend einer Form zu veröffentlichen. Als Veröffentlichung zählt auch die Bereitstellung auf sogenannten sozialen Medien und dies auch unabhängig davon ob es sich um eine für jedermann zugängliche Plattform oder um einen abgeschlossenen Nutzerkreis handelt.

Untersagt ist dem AN ferner, mit der Tatsache der Geschäftsbeziehung selbst zu werben, Namen und Logo der Auftraggeberin zu Werbezwecken, oder als Referenz zu benennen, oder sonst zu gebrauchen.

**9. Zahlung und Leistungsverrechnung**

Der Auftragnehmer stellt bis zum 15. jedes Kalendermonats eine Rechnung auf Grundlage des aktuellen Dienstplans mit den voraussichtlichen Stundenzeiten aus, die an den AG zu richten ist. Der Rechnungsausgleich erfolgt nach Rechnungsstellung. Eine leistungsgenaue Abrechnung der tatsächlich durchgeführten und nachgewiesenen Dienste erfolgt sodann mit der Rechnung für den nächsten Monat. Wegen der Rechnungsstellung wird ergänzend auf die Ausführungen in der Leistungsbeschreibung sowie die Regelungen in den Besonderen Vertragsbedingungen verwiesen.

**9.1. Leistungsverrechnung:**

Durch den AN erfolgt eine pünktliche Rechnungsstellung. Der Rechnung muss eine detaillierte Anlage beigefügt sein, aus der sich alle geleisteten Dienste unter Aufschlüsselung der Zuschlagspflichtigen Einsatzzeiten für jeden eingesetzten Mitarbeiter ergibt.

Die von jedem eingesetzten Service- und Sicherheitsmitarbeiter unterschriebenen täglichen Rapporte mit den geleisteten Stunden gehen nach Dienstende in Kopie an einen von dem AG benannten Mitarbeiter (auf Verlangen per E-Mail). Die Originale verbleiben beim AN. Die Originale können jederzeit auf Verlangen des AG eingesehen werden.

**9.2. Budgetverwaltung:**

Die AG kann den AN auch zur selbstständigen Berücksichtigung eines ihm zur Verfügung stehenden Monats- oder Jahresbudgets, unter Zugrundelegung (Umrechnung in Euro) des quantitativen zeitlichen Gesamtumfangs bei der Tages- / Monats- und Jahresplanung beauftragen.

- Ende Leistungsbeschreibung -

## **Allgemeine Einkaufsbedingungen Dienstleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe**

### **§ 1 Geltungsbereich**

- (1) Die vorliegenden Allgemeinen Einkaufsbedingungen für den Einkauf von Dienstleistungen (AEB Dienstleistungen) gelten für alle Geschäftsbeziehungen mit unseren Geschäftspartnern („Auftragnehmer“), die eine Dienstleistung für uns erbringen. Die AEB Dienstleistungen gelten nur, wenn der Auftragnehmer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.
- (2) Die AEB Dienstleistungen gelten für alle Verträge, mit denen die rnv-Gruppe Dienstleistungen i.S.d. §§ 611 ff. BGB (mit Ausnahme von IT-Leistungen) in Auftrag gibt, ohne Rücksicht darauf, ob der Auftragnehmer die Leistung selbst durchführt oder bei Subunternehmern einkauft. Sofern nichts anderes vereinbart, gelten die AEB Dienstleistungen in der zum Zeitpunkt der Beauftragung gültigen bzw. jedenfalls in der ihm zuletzt in Textform mitgeteilten Fassung als Rahmenvereinbarung auch für gleichartige künftige Verträge, ohne dass wir in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müssten. Sollten neben dienstvertraglichen Leistungen zugleich auch werkvertragliche Inhalte beauftragt werden, gelten für Letztere insoweit ergänzend unsere Allgemeinen Einkaufsbedingungen für Liefer- und Werkleistungen, wobei diese bei Widersprüchen Vorrang vor den AEB Dienstleistungen haben.
- (3) Diese AEB Dienstleistungen gelten ausschließlich. Abweichende, entgegenstehende oder ergänzende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden nur dann und insoweit Vertragsbestandteil, als wir ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zugestimmt haben. Dieses Zustimmungserfordernis gilt in jedem Fall, beispielsweise auch dann, wenn wir in Kenntnis der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers dessen Leistungen vorbehaltlos annehmen.
- (4) Im Einzelfall getroffene, individuelle Vereinbarungen mit dem Auftragnehmer (einschließlich Nebenabreden, Ergänzungen und Änderungen) haben in jedem Fall Vorrang vor diesen AEB Dienstleistungen. Für den Inhalt derartiger Vereinbarungen ist, vorbehaltlich des Gegenbeweises, ein schriftlicher Vertrag bzw. unsere schriftliche Bestätigung maßgebend.
- (5) Rechtserhebliche Erklärungen und Anzeigen des Auftragnehmers in Bezug auf den Vertrag (z. B. Fristsetzung, Mahnung, Kündigung) sind schriftlich, d. h. in Schrift- oder Textform (z. B. Brief, E-Mail, Telefax), abzugeben. Gesetzliche Formvorschriften und weitere Nachweise, insbesondere bei Zweifeln über die Legitimation des Erklärenden, bleiben unberührt.
- (6) Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung gelten daher die gesetzlichen Vorschriften, soweit sie in diesen AEB Dienstleistungen nicht unmittelbar abgeändert oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

### **§ 2 Vertragsschluss**

- (1) Unsere Beauftragung gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe oder Bestätigung als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z. B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat uns der Auftragnehmer zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.
- (2) Der Auftragnehmer ist gehalten, unsere Bestellung innerhalb einer Frist von 5 Arbeitstagen schriftlich zu bestätigen (Annahme).

### **§ 3 Leistungserbringung**

- (1) Leistungsinhalt- und -umfang ergeben sich aus der Bestellung sowie ergänzend aus dem Angebot.
- (2) Der Auftragnehmer wird die Leistungen mit äußerster Sorgfalt unter Beachtung des aktuellen Standes von Wissenschaft und Technik zum jeweiligen Leistungszeitpunkt mit qualifizierten Mitarbeitern erbringen, um das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. Von uns benannte Leistungsmerkmale entbinden den Auftragnehmer nicht von der Verantwortung, eine technisch und wirtschaftlich korrekte Leistungserbringung zu gewährleisten. Er wird uns unverzüglich darauf hinweisen, wenn aus seiner Sicht Änderungen der vertragsgegenständlichen Leistungen möglich sind, die zu einer Verbesserung führen. In diesem Fall finden die Ziffern 5. (3) und 5. (4) Anwendung.

- (3) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für alle für den Einsatz von Mitarbeitern erforderlichen Genehmigungen, Meldungen, Abgaben und sonstigen Erfordernisse selbst und auf eigene Kosten und Verantwortung zu sorgen und auch sonst alle arbeitsrechtlichen Bestimmungen einzuhalten. Das Weisungs- und Direktionsrecht gegenüber Mitarbeitern verbleibt stets beim Auftragnehmer.
- (4) Der Auftragnehmer wird die vertragsgegenständlichen Leistungen nur auf unserem Gelände erbringen, soweit dies zur ordnungsgemäßen Durchführung der Bestellung zwingend erforderlich ist und dies vorab schriftlich vereinbart wurde. In diesem Fall werden wir dem Auftragnehmer geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung stellen.
- (5) Auf unser Verlangen hat der Auftragnehmer jederzeit schriftlich oder in Textform Auskunft über den aktuellen Stand der Leistungserbringung zu geben.
- (6) Soweit sich aus der Bestellung nichts anderes ergibt, gilt unser Geschäftssitz als Erfüllungsort.
- (7) Der Auftragnehmer stellt den Besteller von allen etwaigen Ansprüchen aufgrund einer Verletzung der Pflichten gemäß dieser Ziffer 3 durch den Auftragnehmer oder durch Dritte frei. Weitere Rechte unsererseits bleiben unberührt. Insbesondere berechtigt ein Verstoß gegen eine Verpflichtung aus dieser Ziffer 3 zur außerordentlichen Kündigung.

#### **§ 4 Leistungszeit und Verzug**

- (1) Die von uns in der Bestellung angegebene Leistungszeit ist bindend. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, uns unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn er vereinbarte Leistungszeiten – aus welchen Gründen auch immer – voraussichtlich nicht einhalten kann.
- (2) Die stillschweigende Verlängerung des Dienstverhältnisses über den Vertragszeitraum hinaus ist ausgeschlossen. § 625 BGB findet keine Anwendung.
- (3) Erbringt der Auftragnehmer seine Leistung nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Leistungszeit oder kommt er in Verzug, so bestimmen sich unsere Rechte – insbesondere auf Kündigung und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in Abs. 4 bleiben unberührt.
- (4) Ist der Auftragnehmer in Verzug, können wir – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen – pauschalierten Ersatz unseres Verzugschadens in Höhe von 0,2 % des Nettopreises provollendetem Werktag verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5 % des Auftragswertes netto der verspätet durchgeführten Leistung. Uns bleibt der Nachweis vorbehalten, dass ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Auftragnehmer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

#### **§ 5 Change Request, Mehraufwendungen**

- (1) Wir sind berechtigt, die Anforderungen an die vertragsgegenständlichen Leistungen sowie sonstige Vertragsbedingungen gemäß dem nachfolgenden Change Request Prozess zu ändern.
- (2) Wünsche zur Änderung und/oder Ergänzung des Vertrages teilen wir dem Auftragnehmer schriftlich oder per E-Mail mit („Change Request“).
- (3) Der Auftragnehmer informiert uns spätestens sieben Werktage nach Zugang des Change Request schriftlich oder per E-Mail darüber, ob und wie sich der Change Request auf den jeweils vereinbarten Zeitplan, die Vergütung und/oder sonstige Vertragsbedingungen auswirkt, und unterbreitet uns ein Angebot zur Umsetzung des Change Request. Die Pflicht zur Abgabe eines Angebots besteht nicht, wenn der Change Request für den Auftragnehmer unzumutbar ist. Führt die Umsetzung des Change Request zu Änderungen der Vergütung oder des Zeitplans, sind diese auf Basis der ursprünglichen Kalkulationsgrundlage zu ermitteln. Erfolgt keine Einigung, können wir den Vertrag über die konkret zu ändernde Leistung außerordentlich kündigen, wenn uns ein Festhalten am Vertrag ohne die verlangte Änderung unsererseits unzumutbar ist.
- (4) Nehmen wir das Angebot schriftlich oder per E-Mail an, wird der Change Request Bestandteil des Vertrages und ändert und/oder ergänzt diesen z. B. hinsichtlich der zu erbringenden Leistungen, des Zeitplans und der Vergütung.
- (5) Ist der Auftragnehmer der Auffassung, dass unsere Vorgaben oder andere von uns zu vertretende Umstände zu einem erhöhten Arbeitsaufwand führen und/oder Auswirkungen auf die jeweils vereinbarten Termine und/oder die Vergütung haben, oder hält der Auftragnehmer Änderungen an den

vertragsgegenständlichen Leistungen und/oder sonstigen Vertragsbedingungen für erforderlich oder sinnvoll, so wird er uns dies unverzüglich schriftlich oder per E-Mail anzeigen. In diesem Fall finden die Ziffern 5.3 und 5.4 Anwendung, wobei das Angebot zeitgleich mit der Anzeige zu unterbreiten ist.

- (6) Mehraufwendungen werden nur erstattet und eine zusätzliche Vergütung nur gezahlt, wenn die Zahlung ausdrücklich schriftlich gemäß Ziffer 5.4 vereinbart wurde. Der Auftragnehmer kann sich auf eine Verschiebung der vereinbarten Termine wegen Behinderung nur berufen, wenn er uns dies gemäß Ziffer 5.5 rechtzeitig und ordnungsgemäß angezeigt hat.

## **§ 6 Höhere Gewalt**

Höhere Gewalt, Arbeitskämpfe, unverschuldete Betriebsstörungen, Unruhen, Pandemien, behördliche Maßnahmen und sonstige für uns unabwendbare, nicht von uns schuldhaft herbeigeführte vergleichbare Ergebnisse berechtigen uns – unbeschadet unserer sonstigen Rechte –, die Annahme um die Dauer der Behinderung zu verschieben, ohne dass dem Auftragnehmer hierdurch Ansprüche entstehen oder, soweit sie nicht von unerheblicher Dauer sind und eine erhebliche Verringerung unseres Bedarfes zur Folge haben, den Vertrag ganz oder teilweise zu kündigen.

## **§ 7 Vertragsbeendigung aus wichtigem Grund, Vermögensverfall**

- (1) Wenn beim Auftragnehmer besondere Umstände eintreten, die die Erfüllung der geschuldeten Leistung oder die Erfüllung einer sonstigen Verbindlichkeit gegenüber uns gefährden, hat der Auftragnehmer uns hierüber unverzüglich zu unterrichten. Besondere Umstände in diesem Sinne liegen insbesondere vor, wenn eine wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Auftragnehmers oder der Werthaltigkeit einer von ihm gestellten Sicherheit eintritt oder einzutreten droht.
- (2) Unbeschadet unserer gesetzlichen Rechte sind wir berechtigt, das Vertragsverhältnis ohne Einhaltung von Fristen durch Kündigung zu beenden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der uns die Fortsetzung auch unter Berücksichtigung der berechtigten Belange des Auftragnehmers unzumutbar werden lässt. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn besondere Umstände im Sinne von Abs. 1 vorliegen, unabhängig davon, ob der Auftragnehmer seiner Informationspflicht genügt hat oder nicht.

## **§ 8 Weitere Pflichten des Auftragnehmers**

- (1) Der Auftragnehmer hat die zur Erfüllung der von ihm übernommenen Leistungen notwendigen technischen, finanziellen und personellen Voraussetzungen zu schaffen und während der Laufzeit dieses Vertrages vorzuhalten.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Rahmen der Leistungserbringung alle einschlägigen Rechtsvorschriften und Regelwerke bezüglich Unfallverhütung, Arbeitnehmer- und Umweltschutz einzuhalten. Unbeschadet sonstiger Verpflichtungen muss er die zehn Global-Compact-Prinzipien des United Nations Global Compact in Bezug auf Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umwelt und Korruptionsprävention erfüllen, die unter folgender Website zugänglich sind und die wir auf Anforderung kostenfrei übersenden: <https://www.globalcompact.de/ueber-uns>
- (3) Der Auftragnehmer hat die erforderlichen Genehmigungen in eigener Verantwortung und auf eigene Kosten zu beantragen und vorzuhalten.
- (4) Der Auftragnehmer hat sein Personal fachlich zu schulen.
- (5) Der Auftragnehmer hat die Leistungen grundsätzlich selbst zu erbringen. Der Verstoß des Auftragnehmers gegen seine Eigenleistungsverpflichtung ist eine Verletzung einer vertraglichen Verpflichtung im Sinne des § 280 BGB. Der Auftragnehmer darf die Ausführung der Leistung insgesamt oder wesentlicher Teile davon nur mit unserer vorherigen schriftlichen Zustimmung nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung an geeignete Unterauftragnehmer übertragen. Die Zustimmung ist nicht erforderlich bei unwesentlichen Teilleistungen oder solchen Teilleistungen, auf die der Betrieb des Auftragnehmers nicht eingerichtet ist, allerdings sind wir in solchen Fällen schriftlich zu informieren. Eine von uns nicht genehmigte Vergabe von wesentlichen Leistungen an einen Nachunternehmer berechtigt uns zur Festsetzung einer Vertragsstrafe sowie zur fristlosen Kündigung des Vertrages. Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass etwaige Unterauftragnehmerleistungen nur an Unternehmen vergeben werden, die über eine vergleichbare Zertifizierung bzw. Qualifikation wie der

Auftragnehmer verfügen und dieselben bzw. vergleichbare Qualitätsstandards einhalten. Unterauftragnehmer des Auftragnehmers sind dessen Erfüllungsgehilfen.

- (6) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG). Er garantiert die Einhaltung der entsprechenden Menschenrechte und Umweltbelange innerhalb der eigenen Geschäftstätigkeit sowie seiner globalen Lieferketten. Er trägt dafür Sorge, Menschenrechts- und Umweltverletzungen vorzubeugen sowie unmittelbare Zulieferer zur Einhaltung dieser Anforderungen zu verpflichten. Der Auftraggeber behält sich vor, die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltbelange beim unmittelbaren Auftragnehmer, je nach bestehendem Risiko auch mehrfach, zu kontrollieren. Der Auftraggeber erhält hiernach auch ein Weisungsrecht gegenüber dem unmittelbaren Auftragnehmer, zusätzliche oder weitere Präventions- und/oder Abhilfemaßnahmen einzuführen bzw. umzusetzen, um die Einhaltung von Menschenrechten sowie Umweltbelangen zu kontrollieren.
- (7) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von allen Schäden, einschließlich der Kosten der notwendigen Rechtsverfolgung, frei, die dieser aufgrund von Verletzungen des LkSG durch den Auftragnehmer erleidet.

## **§ 9 Pflicht zur Einhaltung des Mindestlohngesetzes (MiLoG)**

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine eigenen Arbeitnehmer entsprechend der jeweils gültigen Regelung des Mindestlohngesetzes („MiLoG“) zu beschäftigen, ihnen insbesondere das im MiLoG vorgesehene Mindestentgelt zu bezahlen. Sollte sich der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen eines Unterauftragnehmers bedienen, so verpflichtet er sich, diesen ebenfalls zur Einhaltung des MiLoG zu verpflichten und hierüber Nachweis zu führen.
- (2) Weiterhin stellt der Auftragnehmer uns von Ansprüchen Dritter frei, die sich aus einem Verstoß gegen die Bestimmungen des MiLoG durch den Auftragnehmer oder beauftragte Subunternehmer ergeben.
- (3) Die Einhaltung des MiLoG ist wesentliche Vertragspflicht. Der Auftragnehmer wird jederzeit auf Nachfrage uns gegenüber unverzüglich den Nachweis führen (z.B. durch Arbeitszeitznachweise und Lohnabrechnungen), dass er und seine Unterauftragnehmer die jeweils gültigen Regelungen des MiLoG einhalten und eingehalten haben.
- (4) Für den Fall, dass der Auftragnehmer den vorstehenden Verpflichtungen nicht oder nicht vollständig nachkommt oder im Falle falscher Angaben zur Einhaltung des MiLoG, sind wir berechtigt, das Vertragsverhältnis zum Auftragnehmer ohne Einhaltung einer Frist gemäß Ziffer 7 Abs. 2 zu beenden. Dieses Recht besteht auch dann, wenn ein vom Auftragnehmer beauftragter Unterauftragnehmer, dessen Mitarbeiter zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen des Auftragnehmers uns gegenüber eingesetzt werden, die Regelungen des MiLoG nicht einhält.
- (5) Die Behauptung eines Verstoßes gegen die Regelungen des MiLoG oder der vorstehenden Regelungen ist ausreichend für das unter Abs. 4 genannte Kündigungsrecht, wenn der Auftragnehmer nicht binnen einer Frist von zehn Tagen nach Kenntnis von der Behauptung diese widerlegen kann. Einer vorherigen Abmahnung bedarf es nicht.

## **§ 10 Haftung und Freistellungsverpflichtung des Auftragnehmers**

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Leistungen gemäß den Vorgaben der Leistungsbeschreibung durchzuführen. Er trägt die sich aus der Leistungserbringung ergebende Gefahr.
- (2) Der Auftragnehmer haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (3) Unsere Haftung ist im Falle einfacher Fahrlässigkeit bei der Verletzung nicht wesentlicher Vertragspflichten ausgeschlossen und im Falle der Fahrlässigkeit im Übrigen auf den vorhersehbaren und vertragstypischen Schaden beschränkt. Wesentliche Vertragspflichten sind solche, ohne deren Erfüllung der Zweck des Vertrages gefährdet ist bzw. auf deren Einhaltung der Vertragspartner vertrauen darf. Dies gilt jedoch nicht im Falle der Verletzung von Leben, Leib und Gesundheit sowie im Falle der Verletzung einer Garantie und der Haftung nach dem ProdHaftG.
- (4) Schäden von Gesellschaften der rnv-Gruppe können wir wie eigene Schäden gegenüber dem Auftragnehmer geltend machen.

- (5) Der Auftragnehmer stellt uns von sämtlichen zivil- und/oder öffentlich-rechtlichen Ansprüchen bzw. den Folgen einer Inanspruchnahme durch Dritte frei, die im Zusammenhang mit der Erfüllung der vom Auftragnehmer übernommenen Leistungen erhoben werden.

## **§ 11 Versicherungspflicht**

- (1) Der Auftragnehmer hält eine (Betriebs- bzw. Berufs-)Haftpflichtversicherung auf seine Kosten aufrecht. Diese muss unter Berücksichtigung des Auftragsvolumens einen ausreichenden Versicherungsschutz für die bei der Vertragsdurchführung potenziell entstehenden Personen-, Sach- und Vermögensschäden in angemessener Höhe, jedenfalls aber in Höhe von 3 Mio. € pro Personen- oder Sachschaden pro Jahr zweifach maximiert sicherstellen und soweit potenziell Produkthaftpflichtansprüche in Betracht kommen, diese miteinschließen. Bei Arbeitsgemeinschaften muss der Versicherungsschutz für alle Mitglieder bestehen.
- (2) Der Auftragnehmer ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit eine Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht. Uns sind auf Verlangen jederzeit Deckungsbestätigungen zur Einsicht vorzulegen. Kommt der Auftragnehmer der Aufforderung nicht nach, haben wir ein Zurückbehaltungsrecht.

## **§ 12 Weisungs-, Kontroll- und Informationsrechte des Auftraggebers**

- (1) Wir sind berechtigt, die dem Auftragnehmer übertragenen Leistungen selbst oder durch beauftragte Dritte zu überwachen. Der Auftragnehmer und dessen Bedienstete sind verpflichtet, unseren mündlichen und schriftlichen Weisungen zur Ausführung der Arbeit Folge zu leisten.
- (2) Der Auftragnehmer ist gehalten, uns auf unsere Anforderung unverzüglich und jederzeit sämtliche Informationen im Zusammenhang mit der Vertragsdurchführung zu erteilen, Einsicht in sämtliche die Vertragsdurchführung betreffende Unterlagen zu gewähren und uns Zutritt zu sämtlichen mit der Vertragsdurchführung in Zusammenhang stehenden Grundstücken, Gebäuden, Fahrzeugen oder sonstigen technischen Einrichtungen zu gestatten. Diese Verpflichtung bezieht sich auch auf elektronisch gespeicherte Daten.
- (3) Der Auftragnehmer ist ferner verpflichtet, uns über alle besonderen Vorkommnisse, insbesondere solche, die mit dem Betrieb der zur Leistungserbringung erforderlichen Anlagen in Zusammenhang stehen, unverzüglich zu unterrichten. Dies gilt insbesondere für Betriebsstörungen.
- (4) Der Auftragnehmer hat uns unverzüglich und unaufgefordert schriftlich darüber zu unterrichten, wenn gegen ihn bzw. seine Mitarbeiter und/oder etwaige Unterauftragnehmer bzw. deren Mitarbeiter behördliche Verfügungen, Bußgeldbescheide, Strafbefehle oder Urteile ergehen, die im Zusammenhang mit den vom Auftragnehmer zu erbringenden vertraglichen Leistungen stehen bzw. auf diese Auswirkungen haben können. Entsprechendes gilt für behördliche und/oder staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren.
- (5) Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass er bzw. seine Mitarbeiter jederzeit im Besitz der unter Umständen erforderlichen behördlichen Genehmigungen ist/sind. Etwa hierdurch entstehende Kosten hat der Auftragnehmer zu tragen.

## **§ 13 Preise und Zahlungsbedingungen**

- (1) Der in der Bestellung angegebene Preis ist bindend. Alle Preise verstehen sich zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer, auch wenn diese nicht gesondert ausgewiesen ist.
- (2) Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, schließt der Preis alle Leistungen und Nebenleistungen des Auftragnehmers sowie alle Nebenkosten ein.
- (3) Der vereinbarte Preis ist innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger Leistung (einschließlich einer ggf. vereinbarten Abnahme) sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Wenn wir Zahlung innerhalb von 14 Kalendertagen leisten, gewährt uns der Auftragnehmer 3 % Skonto auf den Nettobetrag der Rechnung. Bei Banküberweisung ist die Zahlung rechtzeitig erfolgt, wenn unser Überweisungsauftrag vor Ablauf der Zahlungsfrist bei unserer Bank eingeht; für Verzögerungen durch die am Zahlungsvorgang beteiligten Banken sind wir nicht verantwortlich.
- (4) Wir schulden keine Fälligkeitszinsen. Bei Zahlungsverzug schulden wir Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz gemäß § 247 BGB.

## **§ 14 Aufrechnung, Zurückbehaltung, Konzernverrechnung**

- (1) Der Auftragnehmer kann nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufrechnen oder wegen rechtskräftig festgestellter oder nicht bestrittener Gegenforderungen aus demselben Vertragsverhältnis ein Zurückbehaltungsrecht geltend machen.
- (2) Wir sind berechtigt, mit allen eigenen Forderungen sowie mit Forderungen von anderen Gesellschaften der rnv-Gruppe gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen, die diesem gegen uns oder eine andere Gesellschaft der rnv-Gruppe zustehen. Eine Auflistung der Gesellschaften der rnv-Gruppe erhält der Auftragnehmer jederzeit auf Anfrage.
- (3) Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen uns in gesetzlichem Umfang zu. Wir sind insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange uns noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Leistungen gegen den Auftragnehmer zustehen.
- (4) Der Auftragnehmer ist nicht berechtigt, seine Forderungen aus dem Vertragsverhältnis an Dritte abzutreten. Dies gilt nicht, soweit es sich um Geldforderungen handelt.

### **§ 15 Geheimhaltung und Eigentumsvorbehalt**

- (1) Der Auftragnehmer darf im werblichen Auftritt auf geschäftliche Verbindungen mit uns erst mit unserer schriftlichen Zustimmung hinweisen. Die Zustimmung darf nicht aus unbilligen Gründen verweigert werden.
- (2) An Abbildungen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Produktbeschreibungen und sonstigen Unterlagen behalten wir uns Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die vertragliche Leistung zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags an uns zurückzugeben. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Die Geheimhaltungsverpflichtung erlischt erst, wenn und soweit das in den überlassenen Unterlagen enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist.
- (3) Vorstehende Bestimmung gilt entsprechend für Stoffe und Materialien (z. B. Software, Fertig- und Halbfertigprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die wir dem Auftragnehmer beistellen. Derartige Gegenstände sind – solange sie nicht verarbeitet werden – auf Kosten des Auftragnehmers gesondert zu verwahren und in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern.
- (4) Eine Verarbeitung, Vermischung oder Verbindung (Weiterverarbeitung) von beigestellten Gegenständen durch den Auftragnehmer wird für uns vorgenommen.

### **§ 16 Rechte an Arbeitsergebnissen /Urheberrechte**

- (1) Im Zusammenhang mit der Durchführung von Dienstleistungsverträgen entstehende Nutzungsrechte an Dokumentationen, Berichten, Schaubildern, Diagrammen, Bildern, Fotos, Filmen, Trägern von Daten zur visuellen Wiedergabe, Datenträgern etc. stehen ausschließlich und vollumfänglich uns zu.
- (2) Wir werden Eigentümer aller von dem Auftragnehmer gelieferten und im Rahmen dieses Vertrages erstellten Unterlagen. An diesen sowie an sonstigen aus der Zusammenarbeit entstandenen Ergebnissen und ungeschützten Kenntnissen erhalten wir ein ausschließliches, unwiderrufliches, zeitlich, räumlich und inhaltlich uneingeschränktes, übertragbares Nutzungsrecht für sämtliche Nutzungsarten.
- (3) Werden im Rahmen der Erfüllung dieses Vertrages bereits vorhandene gewerbliche Schutzrechte, Urheberrechte oder ungeschützte Kenntnisse (Know-how) des Auftragnehmers verwendet und sind diese zur Verwertung des Arbeitsergebnisses durch uns notwendig, erhalten wir daran ein nicht ausschließliches Benutzungsrecht; dieses ist mit der vertraglichen Vergütung abgegolten, es beinhaltet sämtliche, insbesondere die unter Ziffer 16.1 genannten Nutzungsarten.
- (4) Der Auftragnehmer gewährleistet, dass sämtliche erbrachten Leistungen frei von Rechten Dritter sind, andernfalls muss er vertraglich mit den Urhebern vereinbaren, dass er zur Rechtseinräumung berechtigt ist. Er stellt uns von allen Ansprüchen Dritter, einschließlich der in diesem Zusammenhang entstehenden notwendigen gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten und Aufwendungen, insbesondere Rechtsanwaltskosten, vollumfänglich frei, die diese gegen uns wegen der Verletzung von Rechten an den vom Auftragnehmer erbrachten Leistungen geltend machen.



- (5) Der Auftragnehmer wird uns alle Erfindungen oder sonstigen schutzfähigen Ergebnisse, die im Zusammenhang mit den für uns erbrachten Leistungen entstehen, unverzüglich melden und uns alle erforderlichen Auskünfte erteilen. Sämtliche Erfindungen sind auf uns zu übertragen.

## **§ 17 Compliance**

- (1) Der Auftragnehmer bzw. seine Beschäftigten und/oder Erfüllungsgehilfen dürfen keine geschäftlichen Handlungen begehen, durch welche sie sich wegen Betrug oder Untreue, Insolvenzstraftaten, Beschränkungen des Wettbewerbs, Vorteilsgewährung, Vorteilsannahme, Bestechung, Bestechlichkeit oder vergleichbaren Delikten strafbar machen oder die eine Ordnungswidrigkeit darstellen. Bei einem Verstoß sind wir berechtigt, alle geschäftlichen Kontakte zum Auftragnehmer zu beenden und bestehende Verträge außerordentlich zu kündigen bzw. von allen bestehenden Verträgen zurückzutreten. Hierdurch wird der Auftragnehmer nicht von der Pflicht entbunden, alle die Zusammenarbeit mit uns betreffenden Gesetze und Regelungen einzuhalten.
- (2) Hat der Auftragnehmer im Zusammenhang mit der Erbringung der Leistung nachweislich eine Abrede getroffen, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung oder eine unlautere Verhaltensweise darstellt, hat er pauschalierten Schadensersatz in Höhe von 15 % der Abrechnungssumme an uns zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird.

## **§ 18 Rechtswahl und Gerichtsstand**

- (1) Für diese AEB und die Vertragsbeziehung zwischen uns und dem Auftragnehmer gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss internationalen Einheitsrechts, insbesondere des UN-Kaufrechts.
- (2) Ist der Auftragnehmer Kaufmann im Sinne des Handelsgesetzbuchs, juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen, ist ausschließlicher – auch internationaler – Gerichtsstand für alle sich aus dem Vertragsverhältnis ergebenden Streitigkeiten unser Geschäftssitz in Mannheim. Entsprechendes gilt, wenn der Auftragnehmer Unternehmer im Sinne von § 14 BGB ist. Wir sind jedoch in allen Fällen auch berechtigt, Klage am Erfüllungsort der Leistungsverpflichtung gemäß diesen AEB Dienstleistungen bzw. einer vorrangigen Individualabrede oder am allgemeinen Gerichtsstand des Auftragnehmers zu erheben. Vorrangige gesetzliche Vorschriften, insbesondere zu ausschließlichen Zuständigkeiten, bleiben unberührt.

**Stand: Januar 2024**

## PDF-Versand und Qualitätsanforderungen für Eingangsrechnung

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

im Rahmen der Optimierung unserer Buchhaltungsprozesse möchten wir Ihnen, wie auch uns, zukünftig den Papierversand Ihrer Rechnungsdokumente ersparen. Sie unterstützen uns bei diesen Bemühungen, in dem Sie Ihre **Rechnungen und Rechnungskorrekturen** ab sofort **im PDF-Format** per Email übermitteln und uns hierdurch auch helfen die Bearbeitungszeit Ihrer Rechnungen zu reduzieren.

Damit auch Sie diese Vorteile nutzen können, bitten wir Sie die Hinweise und Anforderungen, sowie die Qualitätsstandards in beigefügter Übersicht zwingend zu beachten und Ihre Dokumente ausschließlich an das, für die jeweilige Gesellschaft freigegebene Postfach zu versenden. Bitte Berücksichtigen Sie, dass eine Abweichung von unseren Anforderungen und Qualitätsstandards zu einer erheblichen Verzögerung bei der Bearbeitung und Begleichung führen kann.

Dieses Schreiben stellt bis auf Widerruf, die schriftliche Zustimmung der RNV, sowie der in beiliegender Übersicht genannten Gesellschaften zum Empfang von PDF-Rechnungen dar.

Im Falle weiterer Fragen zum PDF-Versand, beantworten wir Ihnen diese unter der Email-Adresse: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

**Rhein-Neckar-Verkehr GmbH**  
**Kreditorenbuchhaltung**

# Anforderungen an den Rechnungsversand per PDF

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

mit dem Versand Ihrer Rechnung per PDF entscheiden sie sich für eine schnelle und effiziente Art der Übermittlung.

Hierdurch wird der Prozess der Rechnungsverarbeitung verkürzt und eine termingerechte Zahlung ermöglicht.

**Bei Nutzung des Rechnungsversands per PDF beachten Sie bitte die im folgenden aufgeführten Anforderungen und Qualitätsstandards.**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

## Anforderungen an den PDF-Rechnungsversand

Wenn Sie den elektronischen Rechnungsversand im PDF Format nutzen wollen, bestehen folgende Anforderungen:

### Dateiformat:

- Es werden nur Dokumente mit der Dateiendung **.pdf** akzeptiert und verarbeitet.
- Bitte verwenden Sie keinen Passwortschutz
- Keine Sonderzeichen (:\*?/"><) im Dateinamen

### Dateiinhalt:

- Nur eine Rechnung je PDF-Datei
- Mehrseitige Dokumente und Anlagen bitte immer in einem PDF-Dokument zusammenfassen
- Keine separaten Anlagen möglich

### Emailversand:

- Jede Gesellschaft besitzt Ihre eigene Email-Adresse. **Abweichende Belegeingänge werden nicht bearbeitet.**
- Bitte senden sie ausschließlich Rechnungen und Gutschriften/Rechnungskorrekturen an die jeweilige Email-Adresse.
- Abweichende Dokumente oder Anfragen können nicht berücksichtigt werden.

Mahnungen und sonstige Rückfragen richten Sie bitte an: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

## Rechnungs- und Email-Adressen

**Rhein-Neckar-Verkehr GmbH**  
**Möhlstraße 27**  
**68165 Mannheim**

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:  
**RG\_RNV@rnv-online.de**

**MV Mannheimer Verkehr GmbH**  
**Möhlstraße 27**  
**68165 Mannheim**

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:  
**RG\_MV@rnv-online.de**

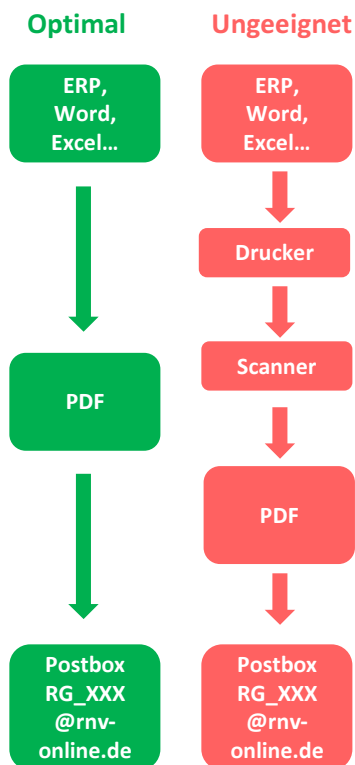
**Zentralwerkstatt für Verkehrsmittel**  
**Mannheim GmbH**  
**Möhlstraße 27**  
**68165 Mannheim**

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:  
**RG\_ZWM@rnv-online.de**

# Anforderungen an die Rechnungsqualität

## Erstellungsprozess für PDF-Rechnungen

Optimaler Weise erstellen Sie das PDF-Dokument direkt aus einem Programm (ERP, Word, Excel,...) und **nicht** aus einem gescannten Papierdokument.



## Qualitätsanforderungen an eine Rechnung

Als Voraussetzung für eine schnelle Bearbeitung und Begleichung einer Rechnung, stellt die Rechnungsqualität einen entscheidenden Faktor dar. Unterstützen Sie daher die Verbesserung der Rechnungsverarbeitungszeiten in dem Sie die folgenden **Mindestanforderungen** beachten:

- Korrekte und vollständige Rechnungsanschrift der beauftragenden Gesellschaft
- Angabe der korrekten RNV-Bestellnummer
- Rechnungsdetails (Menge, Preis, Bezeichnung, Zahlungsbedingung,...) und Abrechnungsweise entsprechen der zugehörigen Bestellung
- Es wird nur eine Bestellung je Rechnung abgerechnet
- Ausweis von Netto-, Steuer- und Bruttobetrag
- Angabe der Währung
- Ausweis des Liefer- / Leistungsdatums
- Ihre Umsatzsteuer-ID ist enthalten
- Ihre Bankverbindung (IBAN + BIC) ist angegeben
- Keine handschriftlichen Angaben
- Um eine gute Lesbarkeit zu gewährleisten, sollte möglichst ein weißer Rechnungshintergrund gewählt werden

**Für den Ausnahmefall einer Rechnung ohne Bestellung geben Sie bitte den vollständigen Namen, sowie die Email-Adresse des Anforderers an.**

## Beispielrechnung

Entsprechend dem RNV-Qualitätsstandard

Rechnung	
<div>Rechnungsdatum: 01.10.2020</div> <div>Rechnungsnummer: RG123456</div>	
<b>Rechnungsanschrift:</b>	
<div>Rhein-Neckar-Verkehr GmbH</div> <div>Möhlstraße 27</div> <div>68165 Mannheim</div>	
<b>RNV-Bestellnummer:</b> 4xxxxxxxxx	
<div>Bezeichnung, Menge, Preis, Lieferschein, Positionsbetrag, ...</div>	
<div>Liefer- / Leistungsdatum: 30.09.2020</div>	
<b>Zahlungsbedingung:</b> 30 Tage netto	<b>Netto:</b> 1.000,00 EUR <b>MwSt 16 %:</b> 160,00 EUR <b>Gesamt:</b> 1.160,00 EUR
<b>IBAN:</b> DExx xxxx xxxx xxxx xx <b>BIC:</b> xxxxxxxxxxxx	
<b>Ust.ID:</b> DE123456789	

**[Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene Sicherheitsleistungen]**  
**[101-24-EK7]**

## Angebotsschreiben

Name und Anschrift des Bieters/der Bietergemeinschaft

Klicken Sie hier, um Text einzugeben

**Betreff:** **[Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene Sicherheitsleistungen]**  
**[101-24-EK7]**

Hiermit unterbreiten wir Ihnen das nachfolgende Angebot für folgendes Los/für folgende Lose

- ☐ Los 1: Fahrgastbezogene Sicherheitsdienstleistungen
- ☐ Los 2: Objektbezogene Sicherheitsdienstleistungen
- ☐ beide Lose

an das wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist am [15.06.2025] gebunden halten.

Wir haben unser Angebot ausschließlich auf Grundlage der Angaben der Vergabeunterlagen erstellt.

### 1. Angebotsinhalt

Bestandteile unseres Angebotes (Vertragsbestandteile), an die wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden halten, sind neben diesem Angebotsschreiben folgende Unterlagen:

Vertragsbestandteil	Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Unterlage	Vom Bieter ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen
Besondere Vertragsbedingungen (BVB)	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Allgemeine Einkaufsbedingungen Dienstleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungsbeschreibung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**[Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene  
Sicherheitsleistungen]**  
 [101-24-EK7]

Preisblatt für das jeweilige Los	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> als Excel- und als PDF-Datei
Bei Bedarf: Bietergemeinschaftserklärung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (bei Bedarf)
Allgemeine Angaben zum Unternehmen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (bei Bietergemeinschaften ist dies zu duplizieren)
Bei Eignungsleihe/ Bietergemeinschaft: Formblatt Eigenerklärung Ausschlussgründe	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (bei Bedarf)
Bei Nachunternehmereinsatz: Erklärung Nachunternehmer	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> (bei Bedarf)
Eigenerklärung Referenzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Verpflichtungserklärung zum Arbeitnehmer-Entsendegesetz Baden-Württemberg	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt Baden-Württemberg	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Verpflichtungserklärung zum Arbeitnehmer-Entsendegesetz Rheinland Pfalz	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt Rheinland Pfalz	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Eigenerklärung in Bezug auf EU-Sanktionen gegen Russland	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Angaben zu Eignungskriterien (K.O.-Kriterien)	<input checked="" type="checkbox"/> auf Vergabeplattform	<input checked="" type="checkbox"/> Eingabe auf der Vergabeplattform und ggf. entsprechende Nachweise
Angaben zu den einzelnen Zuschlagskriterien	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**2. Ansprechpartner**

Als vertretungsberechtigten Ansprechpartner benennen wir:

Name	
Anschrift	
Telefon	
Telefax	
E-Mail-Adresse	

**[Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene  
Sicherheitsleistungen]**  
[101-24-EK7]

**3. Umsatzsteuernummer und Bankverbindung**

Umsatzsteuer-Nr.	
Bankverbindung	
Kontoinhaber	
IBAN	
BIC	

Wird das Angebot von einer Bietergemeinschaft erstellt, bitte die Daten des für die Rechnungsstellung und den Zahlungsempfang festgelegten Unternehmens eintragen.

**4. Preisangebot**

Wir bieten die in den Vergabeunterlagen beschriebenen Leistungen zu den von uns im

**Preisblatt/Leistungsverzeichnis**

eingesetzten Preisen an.

Mit Annahme dieses Angebots durch den Auftraggeber kommt der Vertrag zustande.

*Hier gemäß § 126b BGB eintragen:*

---

*(Name des Ausstellers dieser Erklärung) für (Firmenname und Rechtsform)*

## Allgemeine Angaben zu den Unternehmen einer Bietergemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft

<b>Name des geschäftsführenden Unternehmens</b>		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		



**Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene  
Sicherheitsleistungen**

101-24-EK7

<b>Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [1]</b>		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

**Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene  
Sicherheitsleistungen**

101-24-EK7

<b>Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [2]</b>		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

**Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene  
Sicherheitsleistungen**

101-24-EK7

<b>Name des Bietergemeinschaftsmitglieds [3]</b>		
Rechtsform		
Anschrift		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		

**Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene  
Sicherheitsleistungen**

101-24-EK7

erklären, uns im Falle der Angebotsaufforderung zu einer Bietergemeinschaft und im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen.

Wir erklären weiterhin, dass

- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen die Bietergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, dies schließt die Abgabe von Erklärungen im Vergabeverfahren ein – dazu gehören auch Angaben zu unserer technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit;
- alle Mitglieder im Auftragsfalle für die Erfüllung des Vertrages als Gesamtschuldner haften;
- das oben bezeichnete geschäftsführende Unternehmen berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung Zahlungen anzunehmen.

**Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene  
Sicherheitsleistungen**

101-24-EK7

**Erklärung zur Nichtvorlage einer wettbewerbsbeschränkenden Abrede i. S. d. § 1 GWB**

**[Aufforderung Abgabe einer Erklärung über die Gründe für die Bildung einer  
Bietergemeinschaft]**

[Zu unterschreiben von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft]

*Hier gemäß § 126b BGB eintragen:*

---

*(Firmenname und Rechtsform)*

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

---

*(Firmenname und Rechtsform)*

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

---

*(Firmenname und Rechtsform)*

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

---

*(Firmenname und Rechtsform)*

## Allgemeine Angaben zum Unternehmen eines Einzelbieters

<b>Name des Bieters</b>		
Rechtsform		
Anschrift		
Telefon		
Telefax		
E-Mail-Adresse		
Ansprechpartner		
Zur ggf. erforderlichen Abfrage beim Korruptionsregister und beim Gewerbezentralregister:  Angaben zum gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zum geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	
Angaben zu weiterem gesetzlichen Vertreter, bei Personengesellschaften zu weiterem geschäftsführenden Gesellschafter	Name	
	Vorname	
	Geburtsdatum	
	Geburtsort	

Hier gemäß § 126b BGB eintragen:

\_\_\_\_\_  
(Firmenname und Rechtsform)

## Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

### - Nur im Falle einer Bietergemeinschaft oder Eignungsleihe auszufüllen -

**Hinweis:** Dieses Formblatt muss nur in den nachfolgenden Anwendungsfällen ausgefüllt werden:  
Im Falle einer Bietergemeinschaft muss dieses Formblatt durch **jedes Mitglied der Bietergemeinschaft** ausgefüllt werden.  
Im Falle der Inanspruchnahme der Kapazitäten eines anderen Unternehmens zum Nachweis der Eignung des Bieters (**Eignungsleihe**) muss dieses Formblatt **auch durch diesen qualifizierten Nachunternehmer** ausgefüllt werden. Hierzu ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

Unternehmen:

#### 1. Erklärung gemäß § 123 Abs. 1 GWB

Entweder:

- ☐ Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers/des Mitglieds der Bietergemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
  - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
  - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
  - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
  - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
  - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),



Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene  
Sicherheitsleistungen

101-24-EK7

- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

**Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

☐ Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

**oder**

☐ Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen.

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**2. Erklärung gemäß § 123 Abs. 4 GWB**

**Enweder**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:

Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

**Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind

**oder**

☐ Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

**oder falls diese Erklärungen nicht abgeben werden können:**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen.

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

**3. Erklärung gemäß § 124 Abs. 1 GWB**

**Enweder**

- ☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befindet:
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
  - das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
  - das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
  - es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
  - es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere,

weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,

- eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,
- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

**Oder falls diese Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind

**oder**

☐ Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen.

Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.

Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene Sicherheitsleistungen

101-24-EK7

#### 4. Erklärung gemäß § 124 Abs. 2 GWB

##### Zu § 21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz)

Entweder

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG vorliegt.

**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.

**Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.**

##### Zu § 98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz)

Entweder

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.

**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.

**Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen.**

##### Zu § 19 MiLoG (Mindestlohngesetz)

Entweder

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 19 MiLoG vorliegt.

**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.

**Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen**

Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene  
Sicherheitsleistungen

101-24-EK7

**Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz)**

**Entweder**

☐ Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.

**Oder falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann:**

Erklärung, dass ein Ausschlussgrund vorliegt und Erläuterung, warum aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte.

**Diese Gründe sind in einer Anlage darzustellen**

**5. Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten**

☐ Erklärung, dass unser Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt haben.

*Hier gemäß § 126b BGB eintragen:*

---

*(Firmenname und Rechtsform)*

Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene Sicherheitsleistungen

101-24-EK7

## Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

**Hinweis:** Sofern der Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will. Entsprechende Nachweise sind für den qualifizierten Nachunternehmer in dem Umfang vorzulegen, wie sie für den Bieter vorzulegen wären. Außerdem muss der Bieter durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bieter für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Ergänzend zu diesem Formblatt sind vom qualifizierten Nachunternehmer auch die Formblätter B.IV.1. und B.VIII.1. auszufüllen.

Sofern der Bieter mehrere andere Unternehmen benennen will, ist dieses Formblatt entsprechend zu vervielfältigen.

<b>Name des qualifizierten Nachunternehmers</b>	
Rechtsform	
Anschrift	
Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister des Landes, in welchem der Nachunternehmer ansässig ist	<input type="checkbox"/> Ja, ein entsprechender Nachweis ist dem Angebot beigefügt. <input type="checkbox"/> Keine Eintragung.
<u>Zur ggf. erforderlichen Abfrage im Korruptionsregister und im Gewerbezentralregister:</u>  Name, Vorname, Geburtsdatum und -ort des gesetzlichen Vertreters, bei Personengesellschaften der geschäftsführenden Gesellschafter	
Telefon	
Telefax	
E-Mail	
Ansprechpartner	

## Formular Eigenerklärung für qualifizierte Nachunternehmer



Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene  
Sicherheitsleistungen

101-24-EK7

<p>Angabe, wofür die Kapazitäten dieses anderen Unternehmens in Anspruch genommen werden</p> <p>(entsprechende Nachweise sind in dem Umfang vorzulegen, wie sie für den Bewerber vorzulegen wären)</p>	<p>[ggf. erforderliche Zulässigkeitsnachweise]</p>
--	--

### Verpflichtungserklärung des anderen Unternehmens

Wir verpflichten uns, dem Bewerber / der Bewerbergemeinschaft

---

im Auftragsfalle die erforderlichen Mittel, für deren Nachweis wir vom Bewerber zum Nachweis seiner Eignung benannt wurden, zur Verfügung zu stellen.

*Hier gemäß § 126b BGB eintragen:*

---

*(Firmenname und Rechtsform)*

Bieter	Vergabenummer	Datum
	101-24-EK7	
Baumaßnahme		
Leistung		
Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene Sicherheitsleistungen		

## Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen

Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich Art und Umfang der durch Nachunternehmer auszuführenden Teilleistungen der Leistungsbeschreibung und auf Verlangen der Vergabestelle die Namen der Nachunternehmer:

☐ Die Namen der Nachunternehmer sind bereits bei Angebotsabgabe anzugeben.

[illegible]





## Merkblatt

**für die Abgabe einer Tariftreueerklärung und/oder Mindestentgelterklärung nach dem rheinland-pfälzischen Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) vom 1. Dezember 2010 (GVBl. S. 426), zuletzt geändert durch das Landesgesetz zur Änderung haushalts- und vergaberechtlicher Vorschriften vom 26. November 2019 (GVBl. S. 334)**

Das Landestariftreuegesetz verpflichtet öffentliche Auftraggeber öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Netto-Auftragswert von 20.000 Euro nur an solche Unternehmen zu vergeben, die bei Angebotsabgabe eine Tariftreueerklärung bzw. eine Mindestentgelterklärung vorlegen.

Das Merkblatt soll die betroffenen Unternehmen bei der Abgabe der notwendigen Erklärungen unterstützen. Bitte beachten Sie jedoch, dass dieses Merkblatt sowie die bereitgestellten Mustererklärungen lediglich Arbeitshilfen darstellen, für die keine Haftung übernommen wird.

### ***1. Gelten die Regelungen zur Tariftreue und zum Mindestentgelt für jeden öffentlichen Auftrag?***

Nein. § 2 LTTG beschränkt den Anwendungsbereich auf öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Netto-Auftragswert von 20.000 Euro. Bei der Schätzung des Auftragswertes gilt § 3 Abs. 1 Vergabeverordnung (VgV). Danach ist von der geschätzten Gesamtvergütung für die vorgesehene Leistung einschließlich etwaiger Prämien oder Zahlungen an Bewerber oder Bieter auszugehen. Dabei sind alle Optionen oder etwaige Vertragsverlängerungen zu berücksichtigen.

Wenn danach das LTTG grundsätzlich anwendbar ist, kann der öffentliche Auftraggeber beim Einsatz von Nachunternehmern oder Beschäftigten eines Verleihers durch den Auftragnehmer oder Nachunternehmer auf die Vorlage von Tariftreue- bzw. Mindestentgelterklärungen verzichten, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmers oder Verleihers weniger als 10.000 Euro beträgt. Dieser Verzicht tritt jedoch nicht kraft Gesetzes ein, sondern bedarf einer gesonderten Erklärung des öffentlichen Auftraggebers.

## **2. Welche Erklärung muss ich/müssen wir als Bieter/Bewerber abgeben?**

### **2.1 Tariftreueerklärung**

Es ist vorrangig zu prüfen, ob nach **§ 4 Abs. 1 oder 3 LTTG** eine **Tariftreueerklärung** abzugeben ist.

#### **a) Tariftreueerklärung nach § 4 Abs. 1 LTTG**

Eine Pflicht zur Abgabe einer Tariftreueerklärung besteht nach § 4 Abs. 1 LTTG für solche Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) erfasst werden. Diese Unternehmen müssen sich bei Angebotsabgabe verpflichten, ihren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den das Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist.

Eine Bindung durch das Arbeitnehmer-Entsendegesetz besteht, wenn der Tarifvertrag als Tarifvertrag nach § 4 Abs. 1 Nummer 1 AEntG für allgemeinverbindlich erklärt ist oder eine Rechtsverordnung nach § 7 oder § 7a AEntG vorliegt.

Gemäß § 4 Abs. 1 AEntG können Tarifverträge in folgenden Branchen zwingend Anwendung finden:

- des Bauhauptgewerbes oder des Baunebengewerbes im Sinne der Baubetriebe-Verordnung vom 28. Oktober 1980 (BGBl. I S. 2033), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 26. April 2006 (BGBl. I S. 1085), in der jeweils geltenden Fassung einschließlich der Erbringung von Montageleistungen auf Baustellen außerhalb des Betriebssitzes,
- der Gebäudereinigung,

- für Briefdienstleistungen,
- für Sicherheitsdienstleistungen,
- für Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken,
- für Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft,
- der Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst,
- für Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch,
- für Schlachten und Fleischverarbeitung.

Voraussetzung dafür, dass ein solcher Tarifvertrag Anwendung findet, ist jedoch, dass der Betrieb überwiegend in einer dieser Branchen tätig ist. Dies muss im Einzelfall anhand der tatsächlichen Verhältnisse vom Auftragnehmer geprüft werden.

Für alle anderen als die in § 4 Abs. 1 AEntG genannten Branchen können Tarifverträge nach § 4 Abs. 2 AEntG zwingend Anwendung finden. Auch hier muss eine Einzelfallprüfung durch den Bieter/Bewerber erfolgen.

Ein Muster zur Abgabe der Tariftreuerklärung ist auf den Internetseiten der Servicestelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung als „**Mustererklärung 1**“ abzurufen.

Eine Aufstellung der tariflichen Mindestlöhne im Sinne des AEntG wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) herausgegeben und stichtagsbezogen aktualisiert. Die Übersicht ist über die Internetseite der Servicestelle LTTG unter <https://lsjv.rlp.de/de/buergerportaleservice/downloads/arbeit/#c22858> über den Link „Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz“ abrufbar.

Bei der Verwendung der vorgenannten Übersicht ist indes Folgendes zu beachten:

- Da die Allgemeinverbindlichkeit zum Teil mit Rückwirkung ausgesprochen wird, wird der Beginn der Allgemeinverbindlichkeit manchmal erst nachträglich bekannt. Es kann deshalb vorkommen, dass ein Tarifvertrag im Verzeichnis noch nicht aufgeführt ist, obwohl später die Allgemeinverbindlichkeit zu einem früheren Zeitpunkt ausgesprochen wird. Ebenso kann der Fall eintreten, dass ein

Tarifvertrag noch als gültig und allgemeinverbindlich aufgeführt ist, obwohl die Allgemeinverbindlichkeit bereits zu einem früheren Zeitpunkt beendet war.

- Allgemeinverbindlicherklärungen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes ergehen zum Teil mit Einschränkungen oder Ausnahmen vom Geltungsbereich bzw. vom Tarifvertragsinhalt. Führt eine solche Ausnahme dazu, dass im konkreten Fall der öffentliche Auftrag nicht vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst wird, ist keine Tariftreue-, sondern eine Mindestentgelterklärung abzugeben.
- Die vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales stichtagsweise erstellte Übersicht stellt lediglich eine Arbeitshilfe dar, so dass eine Haftung für die inhaltliche Richtigkeit nicht übernommen werden kann. **Dem Bieter obliegt daher weiterhin die jeweils eigenverantwortliche Prüfung, ob ein tariflicher Mindestlohn im Sinne des AEntG für das Unternehmen gilt.**

Es empfiehlt sich deshalb im Einzelfall Auskunft unter Bezeichnung des in Betracht kommenden Tarifvertrages und Zeitraumes beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Referat IIIa8 in 53107 Bonn einzuholen.

**Wichtig:** Wird im Rahmen eines öffentlichen Auftrages **nur ein Teil** der eingesetzten Arbeitnehmer bei der Ausführung der Leistung vom AEntG in der jeweils geltenden Fassung erfasst, gilt Folgendes:

Der Bieter/Bewerber hat zu prüfen, ob hinsichtlich der restlichen, von der Tariftreuerklärung nicht erfassten Arbeitnehmer, zusätzlich auch eine Mindestentgelterklärung abzugeben ist.

Keine Verpflichtung besteht vor allem in folgenden Fällen:

- bei der Leistungserbringung durch Auszubildende,
- wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmern auszuführen;
- falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind.

Die „**Mustererklärung 1**“ sieht auch ein Feld für die zusätzliche Mindestentgelterklärung vor.

#### **b) Tariftreuerklärung nach § 4 Abs. 3 LTTG**

Nach § 4 Abs. 3 LTTG müssen sich Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge über Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bewerben, zur Tariftreue verpflichten.

Die Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen über Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bezieht sich auf einschlägige und repräsentative, mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarte Tarifverträge. Diese werden vom öffentlichen Auftraggeber in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen des öffentlichen Auftrages benannt. Die Liste wird vom Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie als Verwaltungsvorschrift im Ministerialblatt der Landesregierung von Rheinland-Pfalz veröffentlicht und von der Servicestelle im Internet zur Verfügung gestellt.

Beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist eine Servicestelle eingerichtet, die über das Landestariftreuegesetz informiert und die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen unentgeltlich zur Verfügung stellt.

Auf der Internetseite der Servicestelle können weitere Informationen entnommen werden: <https://lsjv.rlp.de/de/unsere-aufgaben/arbeit/landestariftreuegesetz-lttg/>

Ein Muster zur Abgabe der Tariftreuerklärung ist auf den Internetseiten der Servicestelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung als „**Mustererklärung 2**“ abzurufen.

## **2.2 Pflicht zur Abgabe einer Mindestentgelterklärung:**

Wenn und soweit nach dem unter 2.1 Gesagten keine Tariftreue gefordert werden kann, müssen sich Unternehmen nach Maßgabe des § 4 Abs. 2 LTTG verpflichten, eine Mindestentgelterklärung abzugeben.

#### **Mindestentgelterklärung nach § 4 Abs. 2 LTTG (ab 01.01.2019)**

Da die Höhe des nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG) vom 11. August 2014 (BGBl. I S. 1348) in der jeweils geltenden Fassung und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung zu zahlenden Mindestlohns seit 01.01.2019 den Betrag von 8,90 € gemäß § 3 Abs. 2 LTTG übersteigt (Mindestlohn ab 01.01.2019: 9,19 €; ab

01.01.2020: 9,35 €; ab 01.01.2021: 9,50 €; ab 01.07.2021: 9,60 €; ab 01.01.2022: 9,82 €; ab 01.07.2022: 10,45 €; ab 01.10.2022: 12,00 € brutto; ab 01.01.2024: 12,41 € je Zeitstunde), muss sich der Bieter/Bewerber, bei Leistungen, die vom Mindestlohngesetz in der jeweils geltenden Fassung erfasst werden, bei Angebotsabgabe verpflichten, seinen Beschäftigten, die nicht dem AEntG unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das mindestens den jeweils geltenden Vorgaben des Mindestlohngesetzes und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht und Änderungen während der Ausführungslaufzeit gegenüber den Beschäftigten nachzuvollziehen.

Keine Verpflichtung besteht in folgenden Fällen:

- bei der Leistungserbringung durch Auszubildende,
- wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmern auszuführen;
- falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmer mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind.

Ein Muster zur Abgabe der Mindestentgelterklärung nach § 4 Abs. 2 LTTG ist auf den Internetseiten der Servicestelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung als „**Mustererklärung 3**“ abzurufen.

### ***3. Gelten die Regelungen zur Tariftreue und zum Mindestentgelt auch für Nachunternehmer bzw. für eingesetzte Leiharbeitnehmer?***

§ 5 Abs. 2 LTTG verpflichtet die Bieter/Bewerber, Mindestentgelt- und Tariftreueerklärungen auch für Nachunternehmer, deren Nachunternehmen und Beschäftigte eines Verleihers vorzulegen und die Erfüllung der sich hieraus ergebenden Verpflichtungen sicherzustellen. Insbesondere ist/sind Bieter/Bewerber verpflichtet, die Kalkulationen der Nachunternehmer daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis der anzuwendenden Tarife bzw. des Mindestentgeltes kalkuliert sein können.

Die Abgabe einer Mindestentgelterklärung kann allerdings nicht gefordert werden, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die

Inanspruchnahme von Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind.

#### ***4. Was geschieht, wenn keine Tariftreueerklärung bzw. Mindestentgelterklärung abgegeben wird?***

§ 4 Abs. 6 LTTG ordnet an, dass dann, wenn die Tariftreueerklärung bei Angebotsabgabe fehlt und sie auch nach Aufforderung nicht vorgelegt wird, das Angebot von der Wertung auszuschließen ist.

§ 4 Abs. 2 i. V. m. § 3 Satz 3 LTTG ordnet an, dass dann, wenn die Mindestentgelterklärung bei Angebotsabgabe fehlt und sie auch nach Aufforderung nicht vorgelegt wird, das Angebot von der Wertung auszuschließen ist.

#### **Herausgeber:**

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung

– Servicestelle LTTG –

Postfach

54229 Trier

Telefon 0651 1447-210

Telefax 0651 1447-14210

[servicestelle-LTTG@lsjv.rlp.de](mailto:servicestelle-LTTG@lsjv.rlp.de)

[www.lsjv.rlp.de](http://www.lsjv.rlp.de)



## Mustererklärung 1

für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) vom 20. April 2009 (BGBl. I S. 799) in der jeweils geltenden Fassung erfasst werden,

nach § 4 Abs. 1 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. November 2019 (GVBl. 334)

Auftragsnummer: 101-24-EK7

Vergabestelle: Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Leistung: Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene Si

Der Bieter/Bewerber hat alle Bestimmungen des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) in seiner jeweils geltenden Fassung zur Kenntnis genommen.

Der Bieter/Bewerber **erklärt** hierzu folgendes:

Die Beschäftigten meines/unseres Unternehmens werden vollständig/teilweise vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) erfasst.

Ich/Wir **verpflichten** mich/uns,

- meinen/unseren Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das in Höhe und Modalitäten mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entspricht, an den ich/wir/mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist – Tariftreueerklärung gemäß § 4 Abs. 1 LTTG –;



- meinen/unseren Beschäftigten, die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz keine Anwendung findet (vgl. z. B. § 2 Abs. 4 Zehnte Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen im Baugewerbe), bei der Ausführung der Leistung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG mindestens den jeweils geltenden Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung (ab 01.01.2019: 9,19 €; ab 01.01.2020: 9,35 €; ab 01.01.2021: 9,50 €; ab 01.07.2021: 9,60 €; ab 01.01.2022: 9,82 €; ab 01.07.2022: 10,45 €; ab 01.10.2022: 12,00 €; ab 01.01.2024: 12,41 € brutto je Zeitstunde) zu zahlen – Mindestentgeltklärung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG –.

Dies gilt nicht für eine Leistungserbringung durch Auszubildende und nicht, wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen;

- Nachunternehmen sorgfältig auszuwählen und insbesondere deren Angebote daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis des zu zahlenden Mindestentgelts kalkuliert sein können;
- im Falle der Auftragsausführung durch Nachunternehmer, deren Nachunternehmen, Beschäftigte eines Verleihers sowie Beschäftigte des Verleihers des beauftragten Nachunternehmens die Verpflichtungen nach § 4 LTTG sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber Mindestentgelt- und Tariftreuerklärungen sämtlicher Nachunternehmer und Verleiher vorzulegen.

Dies gilt nicht, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind;

- vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten, diese dem Auftraggeber auf dessen Verlangen hin vorzulegen und die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen durch den Auftraggeber hinzuweisen.

---

Datum, Firma, Name Erklärender im Sinne des § 126 b BGB



## Mustererklärung 3

**nach § 4 Abs. 2 des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. November 2019 (GVBl. S. 334)**

Auftragsnummer: 101-24-EK7

Vergabestelle: Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Leistung: Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene S

Der Bieter/Bewerber hat alle Bestimmungen des rheinland-pfälzischen Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) in seiner jeweils geltenden Fassung zur Kenntnis genommen.

Der Bieter/Bewerber **erklärt** hierzu folgendes:

Ich/Wir **verpflichten** mich/uns,

- meinen/unseren Beschäftigten, die nicht dem AEntG unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung gemäß § 4 Abs. 2 LTTG mindestens den jeweils geltenden Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz und der gemäß § 1 Abs. 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung (ab 1.1.2019: 9,19 €; ab 1.1.2020: 9,35 €; ab 1.1.2021: 9,50 €; ab 1.7.2021: 9,60 €; ab 1.1.2022: 9,82 €; ab 1.7.2022: 10,45 €; ab 1.10.2022: 12,00; ab 1.1.2024: 12,41 € brutto je Zeitstunde) zu zahlen.

Dies gilt nicht für eine Leistungserbringung durch Auszubildende und nicht, wenn ein Bieter/Bewerber mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedsstaat beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme dort beschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen;

- Nachunternehmen sorgfältig auszuwählen und insbesondere deren Angebote daraufhin zu überprüfen, ob sie auf der Basis des zu zahlenden Mindestentgelts kalkuliert sein können;
- im Falle der Auftragsausführung durch Nachunternehmer, deren Nachunternehmen, Beschäftigte eines Verleihers sowie Beschäftigte des Verleihers des beauftragten Nachunternehmens die Verpflichtungen nach § 4 LTTG sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber Mindestentgelt- und Tariftreuerklärungen sämtlicher Nachunternehmer und Verleiher vorzulegen.

Dies gilt nicht, falls ein Bieter/Bewerber beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag ausschließlich durch die Inanspruchnahme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auszuführen, die bei einem Nachunternehmen mit Sitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat beschäftigt sind;

- vollständige und prüffähige Unterlagen über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten, diese dem Auftraggeber auf dessen Verlangen hin vorzulegen und die Beschäftigten auf die Möglichkeit von Kontrollen durch den Auftraggeber hinzuweisen.

---

Datum, Firma, Name Erklärender im Sinne des § 126 b BGB

**Merkblatt für die Abgabe der Verpflichtungserklärung  
zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen  
nach den Vorgaben  
des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-  
Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

Dieses Merkblatt soll die betroffenen Unternehmen bei der Abgabe der notwendigen Erklärung unterstützen.

**Allgemeines**

Das LTMG verpflichtet öffentliche Auftraggeber, öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen ab einem geschätzten **Auftragswert von 20.000 Euro** (ohne Umsatzsteuer) nur an solche Unternehmen zu vergeben, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, soweit nicht eine Tariftreueverpflichtung besteht und die danach maßgebliche tarifliche Regelung für die Beschäftigten günstiger ist.

Die **Schätzung des Auftragswertes** richtet sich nach der Vergabeverordnung (VgV). Danach ist vom voraussichtlichen Gesamtwert der vorgesehenen Leistung ohne Umsatzsteuer einschließlich etwaiger Prämien oder sonstiger Zahlungen an Bewerber oder Bieter auszugehen. Dabei sind etwaige Optionen oder Vertragsverlängerungen zu berücksichtigen. Der Wert eines beabsichtigten Auftrags darf nicht in der Absicht geschätzt oder aufgeteilt werden, ihn der Anwendung dieser Bestimmung zu entziehen.

**Informationen zum LTMG**

Beim **Regierungspräsidium Stuttgart** ist eine **Servicestelle** eingerichtet, die über das LTMG umfassend informiert und die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen zur Verfügung stellt (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx>). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>). Die Servicestelle gibt auch Muster für die Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen bekannt. Außerdem fungiert die Service-

stelle als Geschäftsstelle des Beirats für die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge im Verkehrsbereich.

### **Zur Verpflichtungserklärung im Einzelnen:**

#### ***Ich erkläre/Wir erklären,***

- *dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des AEntG gebunden ist;*
- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, und die ein Tarifentgelt auf der Grundlage des AEntG erhalten oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.*

In § 3 Abs. 1 LTMG wird festgelegt, dass öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen, die vom AEntG erfasst werden, nur an solche Unternehmen vergeben werden dürfen, die sich vorher verpflichten, ihren Beschäftigten mindestens das auf der Grundlage des AEntG für allgemeinverbindlich erklärte Entgelt zu zahlen. Das AEntG gilt derzeit für folgende Wirtschaftsbereiche:

- Baugewerbe, Dachdeckerhandwerk, Maler- und Lackiererhandwerk, Elektrohandwerk, einschließlich der Erbringung von Montageleistungen auf Baustellen außerhalb des Betriebssitzes,
- Gebäudereinigung,
- Briefdienstleistungen,
- Sicherheitsdienstleistungen,
- Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken,
- Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft,
- Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst,
- Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch,

- Pflegedienstleistungen
- Schlachten und Fleischverarbeitung.

Voraussetzung ist jedoch, dass das Unternehmen überwiegend in einer dieser Branchen tätig ist. Dies ist dann der Fall, wenn die Beschäftigten im jeweiligen Kalenderjahr - bezogen auf die Gesamtarbeitszeit - zeitlich überwiegend die jeweiligen branchentypischen Tätigkeiten erbracht haben. Hierbei sind Hilfs- und Nebenarbeiten hinzuzurechnen, wenn sie zu einer sachgerechten Ausführung der Tätigkeit notwendig sind und deshalb mit ihnen in Zusammenhang stehen.

Möglich ist auch, dass im Rahmen eines öffentlichen Auftrags nur ein Teil der Beschäftigten des Unternehmens dem AEntG unterfällt. In diesem Fall muss sich das Unternehmen hinsichtlich der restlichen Beschäftigten verpflichten, bei der Ausführung der Leistung mindestens das nach § 4 des LTMG zu zahlende Mindestentgelt (brutto) pro Stunde zu zahlen.

Die Tarifverträge, die nach dem AEntG auf ein Unternehmen Anwendung finden, lassen sich z. B. folgender Internetseite der Zollverwaltung entnehmen:

<http://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Arbeit/Mindestarbeitsbedingungen/Mindestlohn-AEntG-Lohnuntergrenze-AUeG/Branchen-Mindestlohn-Lohnuntergrenze/branchen-mindestlohn-lohnuntergrenze.html>.

#### ***Ich erkläre/Wir erklären,***

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des freigestellten Verkehrs gemäß § 1 der Freistellungs-Verordnung bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, wenn die Leistung nicht vom Anwen-

dungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst wird;

- dass mein/unser Unternehmen während der Ausführung der Leistung eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachvollzieht.

Öffentlichen Personenverkehrsdienste sind gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 Dienstleistungsaufträge im straßengebundenen öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Straßenbahnen, sonstige Dienstleistungsaufträge im schienegebundenen Personenverkehr sowie Dienstleistungskonzessionen in diesen Bereichen. Dies umfasst sämtliche, insbesondere auch die nach § 13 des Personenbeförderungsgesetzes genehmigten Verkehrsdienstleistungen. Vom LTMG erfasst sind auch Auftragsvergaben über die nicht als öffentliche Personenverkehre geltenden Verkehrsaufträge im Sinne der Freistellungsverordnung; hierzu gehören insbesondere der freigestellte Schülerverkehr sowie der Transport von körperlich, geistig oder seelisch behinderten Personen zu oder von Einrichtungen, die deren Betreuung dienen.

Sind im öffentlichen Personenverkehr mehrere Tarifverträge einschlägig, müssen Auftragnehmer ihren Beschäftigten zur Erfüllung ihrer Tariftreuepflichten insgesamt mindestens das in einem der einschlägigen und als repräsentativ festgestellten Tarifverträge vorgesehene Entgelt zahlen.

Die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge erfolgt durch das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Verkehrsministerium unter Berücksichtigung der Empfehlungen eines mit den im betroffenen Verkehrsbereich tätigen Sozialpartnern paritätisch besetzten Beirats.

Die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge werden vom Auftraggeber in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen des öffentlichen Auftrags benannt. Das Verzeichnis der repräsentativen Tarifverträge für öffentliche Aufträge über Verkehrsdienstleistungen nach § 1 Absatz 3 der Verordnung des Sozialministeriums zur Durchführung des § 3 Absatz 4 des LTMG wurde als Verwaltungsvorschrift im Gemeinsamen Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg veröffentlicht. Zugleich stellt die beim Regierungspräsidium Stuttgart eingerichtete Servicestelle das Verzeichnis und die darin enthaltenen Tarifverträge im Internet zur Verfügung ([https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/Repraesentative\\_Tarifvertraege.aspx](https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/Repraesentative_Tarifvertraege.aspx)). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der

schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).

Grundsätzlich gilt das LTMG auch für den freigestellten Verkehr. Ob im Einzelfall bei öffentlichen Aufträgen über Verkehrsdienstleistungen für den freigestellten Verkehr Tariftreue nach den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen einzuhalten ist oder das Mindestentgelt des § 4 LTMG gilt, hängt von der jeweils ausgeschriebenen Leistung ab. Es gelten die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr, sobald der freigestellte Verkehr vom Anwendungsbereich des jeweiligen Tarifvertrages umfasst wird.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von bis zu neun Personen einschließlich des Fahrzeugführers, wird der Verkehr mit Personenkraftwagen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 1 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) betrieben. Im Hinblick auf Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf der Straße, die die Beförderungen der mit Personenkraftwagen i.S.d. § 4 Abs. 4 Nr. 1 PBefG durchgeführten freigestellten Verkehre erfassen, gelten die Regelungen der WBO-Tarifwerke, soweit der jeweilige Sachverhalt von deren Geltungsbereich erfasst wird und sofern die Vergabe nach dem 1. Januar 2022 eingeleitet wurde. Ansonsten gilt für die betreffenden Verkehre zum jetzigen Zeitpunkt nur das derzeit geltende vergabespezifische Mindestentgelt.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von mehr als neun Personen einschließlich Fahrer wird der Verkehr mit Kraftomnibussen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 2 PBefG betrieben. Diese Verkehre fallen unter den Anwendungsbereich der WBO-Tarifwerke.

#### ***Ich erkläre/Wir erklären,***

- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht*  
*oder*
- *dass mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.*

Diese Erklärung ist abzugeben, wenn



- Unternehmen zwar an das AEntG gebunden sind, aber ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- tarifgebundene Unternehmen im Bereich der Personenverkehrsdienste ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- es sich um sonstige Unternehmen handelt, tarifgebunden oder nicht tarifgebunden.

Sofern keine Tariftreue gefordert werden kann, müssen sich Unternehmen nach § 4 LTMG verpflichten, ihren unter das Mindestlohngesetz (MiLoG) fallenden Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht. Dies gilt jedoch nicht für die Leistungserbringung durch Auszubildende.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

***Ich erkläre/Wir erklären,***

- dass ich mir/wir uns
  - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
  - oder
  - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

§ 6 Abs. 2 LTMG verpflichtet die Unternehmen dem öffentlichen Auftraggeber Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen der Nachunternehmen vorzulegen. Gleiches gilt, wenn das Unternehmen oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetzt. Dies gilt grundsätzlich auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der vom be-

auftragten Unternehmen eingeschalteten Nachunternehmen. Auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen kann verzichtet werden, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens **weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer)** beträgt. Hierfür gilt die erste Variante.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

***Ich erkläre/Wir erklären,***

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Auch wenn auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen verzichtet werden kann, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) beträgt, muss das beauftragte Unternehmen gleichwohl dafür sorgen, dass Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Pflicht zur Tariftreue- und Mindestentgeltzahlung einhalten.

***Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,***

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

In § 7 Abs. 1 LTMG sind die Nachweispflichten der Auftragnehmer sowie ihrer Nachunternehmen und Verleihunternehmen über die Einhaltung ihrer Verpflichtungen zur Tariftreue- bzw. Mindestentgeltzahlung festgelegt.

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,

Die öffentlichen Auftraggeber haben das Recht, Kontrollen durchzuführen. Sie haben die Möglichkeit, die Einhaltung der Vorgaben durch ihre Vertragspartner durch anlass- oder stichprobenbezogene Prüfungen aufgrund der von den Unternehmen vorzulegenden Unterlagen sicherzustellen. Vorbereitend darauf haben die Unternehmen entsprechende vollständige und prüffähige Unterlagen bereitzuhalten.

- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,

§ 8 LTMG regelt die Sanktionsmöglichkeiten gegenüber dem Auftragnehmer bei Verstößen.

Im Vertrag werden die Bezahlung einer Vertragsstrafe bei vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstößen gegen die §§ 3 bis 7 LTMG und die Voraussetzungen für ihre Verwirkung vereinbart. Die Vertragsstrafe beträgt ein Prozent, bei Verkehrsdienstleistungen beträgt die Vertragsstrafe bis zu einem Prozent des Auftragswerts je Verstoß. Die Obergrenze bei mehreren Verstößen beträgt innerhalb eines Auftrags fünf Prozent.

- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung,
  - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
  - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,

Der öffentliche Auftraggeber kann Auftragnehmer, Nachunternehmen oder Verleihunternehmen bei ihm bekannt gewordenen schuldhaften Verstößen gegen ihre Verpflichtungen nach dem LTMG bis zu drei Jahre lang von weiteren Auftragsvergaben ausschließen. Die Entscheidung sowie die konkrete Dauer des Ausschlusses stehen

im pflichtgemäßen Ermessen des öffentlichen Auftraggebers und haben sich an den Umständen des Einzelfalls zu orientieren. Selbstreinigende Maßnahmen der Unternehmen (z. B. arbeitsrechtliche Maßnahmen) werden angemessen berücksichtigt.

- *dass der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.*

Der öffentliche Auftraggeber kann als weitere Sanktion fristlos kündigen, wenn dies vereinbart wurde. Der Auftragnehmer ist dann verpflichtet, dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen (§ 8 Abs. 2 LTMG).

- *dass der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.*

Der öffentliche Auftraggeber ist verpflichtet, die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung bei entsprechenden Verstößen zu informieren.

**Sie erhalten weitere Informationen auf der Internetseite der Servicestelle unter <https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx> oder über den Quick-Link (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).**

**Verpflichtungserklärung**  
**für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden**

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

**Ich erkläre/Wir erklären,**

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.
- dass ich mir/wir uns von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege;
- sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen.

**Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,**

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
  - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
  - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
  - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben,
  - der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.

---

 Ort, Datum

---

 Unterschrift, Firmenstempel

**Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:**

---

 Ort, Datum

---

 Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

---

 Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

## **Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt**

(sofern der öffentliche Auftrag nicht vom AEntG erfasst wird und es sich nicht um Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene handelt)

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

**Ich erkläre/Wir erklären,**

- ☐ dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht  
oder
- ☐ mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

*Zutreffendes bitte ankreuzen.*

- dass ich mir/wir uns
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);  
oder
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

*Zutreffendes bitte ankreuzen.*

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind

und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

**Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,**

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
  - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
  - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
  - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift, Firmenstempel

**Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:**

---

Ort, Datum

---

Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

---

Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.



**Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg  
(Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

**1. Mindestentgelte**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfällt, seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die durch einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder eine nach den §§ 7 oder 11 des AEntG erlassene Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden;

(2) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt zu bezahlen, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht, und während der Ausführung des öffentlichen Auftrags eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachzuvollziehen;

(3) für Leistungen,

- deren Erbringung nicht dem Geltungsbereich des AEntG in der jeweils geltenden Fassung unterfallen,
- die den freigestellten Verkehr betreffen und die nicht vom Anwendungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst werden,
- die nicht den öffentlichen Personenverkehr betreffen,

seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben

des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, es sei denn, bei dem Unternehmen handelt es sich um eine anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen, einen Inklusionsbetrieb oder eine anerkannte Blindenwerkstatt (bevorzugtes Unternehmen gemäß §§ 224 und 226 Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) oder der Auftrag wird ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern eines Nachtunternehmens ausgeführt;

(4) sofern die Voraussetzungen von mehr als einer der in (1) bis (3) getroffenen Regelungen erfüllt sind, die für seine Beschäftigten jeweils günstigste Regelung anzuwenden.

## **2. Nachunternehmen**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) seine Nachunternehmen und Verleihunternehmen sorgfältig auszuwählen,

(2) sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen,

(3) die von den Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgegebene Verpflichtungserklärung oder Versicherung nach den §§ 3 und 4 LTMG dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen,

(4) Nachunternehmen und Verleihunternehmen davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

## **3. Kontrolle**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) dem Auftraggeber bei einer Kontrolle Entgeltabrechnungen, die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Abgaben sowie die zwischen Unternehmen und Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgeschlossenen Verträge zum Zwecke der Prüfung der Einhaltung des LTMG vorzulegen,

(2) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen,

(3) dem Auftraggeber ein Auskunfts- und Prüfrecht im Sinne des § 7 Absatz 1 LTMG bei der Beauftragung von Nachunternehmen und Verleihunternehmen einräumen zu lassen,

(4) vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der Einhaltung der Vorgaben der §§ 3 und 4 LTMG in erforderlichem Umfang bereitzuhalten und auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen und zu erläutern sowie die Einhaltung dieser Pflicht durch die beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vertraglich sicherzustellen.

#### **4. Sanktionen**

(1) Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 7 LTMG wird zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe vereinbart, deren Höhe eins von Hundert, bei Verkehrsdienstleistungen bis zu einem von Hundert beträgt. Bei mehreren Verstößen gegen das LTMG sowie gegen weitere Verpflichtungen dieses Vertrages ist die Vertragsstrafe der Höhe nach insgesamt auf fünf von Hundert des Auftragswertes begrenzt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Verstoß durch ein von dem Auftragnehmer eingesetztes Nachunternehmen oder Verleihunternehmen begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß bei Beauftragung des Nachunternehmens und des Verleihunternehmens nicht kannte und unter Beachtung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns auch nicht kennen musste. Bei einer unverhältnismäßig hohen Vertragsstrafe kann der Auftragnehmer beim Auftraggeber die Herabsetzung der Vertragsstrafe beantragen.

(2) Die schuldhafte Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 7 LTMG durch den Auftragnehmer berechtigen den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen.

(3) Die Bestimmungen des § 11 VOB/B bzw. VOL/B bleiben hiervon unberührt.

(4) Bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers sowie der von ihm beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen des LTMG

- kann der Auftraggeber diese für die Dauer von bis zu drei Jahren von ihren Auftragsvergaben ausschließen,
- informiert der Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung.

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Baumaßnahme

Leistung

Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene Sicherheitsleistungen

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) /beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)



Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 11014 Berlin

- Nur per E-Mail -

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung  
Fachaufsicht führende Ebenen in den Ländern

Krausenstraße 17-18  
10117 Berlin  
Postanschrift  
11014 Berlin  
Tel +49 30 18 681-16882  
Fax +49 30 18 681-516882  
BW17@bmi.bund.de  
www.bmwsb.bund.de

## Sanktionen der EU gegen Russland

Verordnung (EU) 2022/576  
BW17-70409/2#1  
Berlin, 14. April 2022  
Seite 1 von 3

### I. EU-Sanktionen gegen Russland

Durch *Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren* hat die EU verschärfte Sanktionen gegen Russland erlassen.

Vorbehaltlich kommender Auslegung durch die Europäische Kommission werden nachfolgend erste Hinweise dazu gegeben.

### II. Verbot der Auftragsvergabe

Nach Artikel 5k der Verordnung ist es verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen an Personen oder Unternehmen zu vergeben, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen und im Vergabeverfahren unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Das Verbot erstreckt sich auch auf mittelbar am Auftrag beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten und Eignungsverleiher eines Bewerbers oder Bieters, soweit ihr Anteil, gemessen am Auftragswert, zehn Prozent übersteigt.

Ebenfalls vom Verbot umfasst sind Verträge, die vom Anwendungsbereich des GWB ausgenommen sind (insbesondere § 107 Absatz 1 Nummer 1 und 4, Absatz 2 Nummer 1, § 116 und § 145 Nummer 1 bis 6).

Von den Bewerbern oder Bietern in neuen und laufenden Vergabeverfahren ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern. Angebote von Unternehmen, die eine solche Erklärung trotz entsprechender Anforderung nicht abgeben, sind von der Wertung auszuschließen (§ 16 EU Nummer 4, § 16 VS Nummer 4 VOB/A).

### III. Fortführung bestehender Verträge

Bestehende Verträge mit den unter II. a)-c) Genannten, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden, dürfen nach dem 10. Oktober 2022 nicht fortgeführt werden.

Das gilt auch für Verträge mit Auftragnehmern, an denen die unter II. a)-c) Genannten mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher beteiligt sind. Die Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher sind vorzugsweise auszutauschen. Ist der Hauptauftragnehmer nicht zum Austausch bereit, ist der Vertrag unter Berufung auf das EU-rechtlich unmittelbar geltende Erfüllungsverbot zum 10. Oktober 2022 zu kündigen.

Auch für bestehende Verträge ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern.

### IV. Ausnahmen

Von dem Verbot der Auftragsvergabe und der Fortführung der Verträge enthält Art 5k Absatz 2 Ausnahmen. Für den Bundeshochbau können insbesondere Buchstabe a (Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Atomanlagen/Endlagern) und Buchstabe d (Auslandsbau) einschlägig sein.

Eine Ausnahme bedarf der über mich einzuholenden Genehmigung der durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz noch zu benennenden zuständigen Behörde.



## V. Zuwendungsbau

Die EU-Verordnung gilt für öffentliche Aufträge (§ 103 GWB) und Konzessionen (§ 106 GWB). Sie findet damit im Zuwendungsbau Anwendung, falls der Zuwendungsempfänger öffentlicher Auftraggeber nach § 99 GWB, Sektorenauftraggeber nach § 100 GWB oder Konzessionsgeber nach § 101 GWB ist. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, kommt es auf den Inhalt des Zuwendungsbescheids an.

## VI. Inkrafttreten

Der Erlass gilt mit sofortiger Wirkung und setzt die Verordnung (EU) 2022/576 um. Eine Erstreckung auf den Unterschwellenbereich wird noch geprüft.

Im Auftrag

gez.

Janssen

Anlagen  
Verordnung (EU) 2022/576 vom 8. April 2022  
Formblatt für Eigenerklärungen

# LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung (Korrektur)

16.04.2025

Verfahren: 101-24-EK7 - Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene Sicherheitsleistungen

## SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

## AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

<b>1</b>	<b>LOS Fahrgastbezogene Sicherheitsdienstleistung en im Bedienungsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH</b>	<b>EUR .....</b>
----------	--	------------------

Leistungsart: Dienstleistung  
Zuschlagskriterium: Freie Verhältnismahl Preis/Leistung (Preis: 30%, Leistung: 70%)  
Klassifizierung: Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten (79710000-4)  
Bewachungsdienste (79713000-5)  
Überwachungsdienste (79714000-2)

Gegenstand dieser Leistungsbeschreibung für das Los 1 sind die Sicherungs- und Kontrolldienste (Fahrausweisprüfung) im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Service- und Sicherheitsdienstleistung en zur Erhöhung der Sicherheit von Fahrgästen, Fahr-, Aufsichts- und Prüfpersonal und Verhinderung von Vandalismus. Begleitung von Fahrpersonal (u.a. beim Einrücken in die Wagenhalle Edingen und Käfertal. Begleitung vom Fahrpersonal zu Nachtzeiten am Berliner Platz in Ludwigshafen.)

<b>1.1</b>	<b>Gesamtpreis über 4 Jahre hinweg</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		<b>19%</b>	<b>4,00</b>	<b>Jahre</b>	..... pro 1,00 Jahr	.....

<b>2</b>	<b>LOS Objektbezogene Sicherheitsdienstleistung en im Bedienungsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH</b>	<b>EUR .....</b>
----------	--	------------------

Leistungsart: Dienstleistung  
Zuschlagskriterium: Freie Verhältnismahl Preis/Leistung (Preis: 30%, Leistung: 70%)  
Klassifizierung:

Dienstleistungen von Sicherheitsdiensten (79710000-4)  
 Bewachungsdienste (79713000-5)  
 Überwachungsdienste (79714000-2)

Gegenstand dieser Leistungsbeschreibung für das Los 2 sind Sicherungs-, Pforten-, Alarm- und Kontrolldienst der Betriebshöfe, Liegenschaften und Tunnelanlagen zur Erhöhung der Sicherheit vom Mitarbeitern und Verhinderung von Vandalismus, sowie Schließ- und Interventionsdienste im Bedienungsgebiet der mrv.

2.1	<b>Gesamtpreis über 4 Jahre hinweg</b>	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Leistungseinheit	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....

#### ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
<b>Summe (brutto)</b>	_____

Ausschreibung (Korrektur)

Verfahren: 101-24-EK7 - Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene Sicherheitsleistungen

---

## AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

Verfahren: 101-24-EK7 - Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene Sicherheitsleistungen

### EIGNUNGSKRITERIEN

<b>1</b>	<b>Los 1 - "Fahrgastbezogene Sicherheitsdienstleistung en im Bedienungsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH"</b>
<b>1.1</b>	<b>Erklärungen zur wirtschaftlichen Lage</b> Gewichtung: 0,00%
<b>1.1.1</b>	<b>Eigenerklärung zu Umsatz</b> Gewichtung: 0,00%
<b>1.1.1.1</b>	<b>Mindestanforderung Umsatz</b>  K.O.-Kriterium: Nein  Als Mindestanforderung Umsatz gilt ein durchschnittlicher Jahresumsatz (netto) in Höhe von 1.000.000,00 EUR für Los 1 aus der Erbringung von Sicherheitsdienstleistung en des Bieters in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, davon mindestens 500.000,00 EUR aus Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personenn ahverkehr oder für Projekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß DIN 77200-2:2020-07.  Bei einer Bietergemeinschaft werden die Umsätze aller Bietergemeinschaftsmitgli eder addiert.
<b>1.1.1.2</b>	<b>Bieter / Mitglied 1 der Bietergemeinschaft</b> Gewichtung: 0,00%
<b>1.1.1.2.1</b>	<b>Gesamtumsatz 2022 [Mussangabe]</b>  K.O.-Kriterium: Nein  Bieter / Mitglied 1 der Bietergemeinschaft Gesamtumsatz 2022 in EUR netto
<b>1.1.1.2.2</b>	<b>Gesamtumsatz 2023 [Mussangabe]</b>  K.O.-Kriterium: Nein  Bieter / Mitglied 1 der Bietergemeinschaft Gesamtumsatz 2023 in EUR netto
<b>1.1.1.2.3</b>	<b>Gesamtumsatz 2024 [Mussangabe]</b>  K.O.-Kriterium: Nein  Bieter / Mitglied 1 der Bietergemeinschaft Gesamtumsatz 2024 in EUR netto
<b>1.1.1.2.4</b>	<b>Umsatz in Sicherheitsdienstleistung en 2022 [Mussangabe]</b>  K.O.-Kriterium: Nein  Bieter / Mitglied 1 der Bietergemeinschaft  Umsatz in Projekten aus Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personenn ahverkehr oder für Projekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz im Sinn von Ziffer 6 und 7 gemäß DIN 77200-2:2020-07 für das Jahr 2022 in EUR netto.
<b>1.1.1.2.5</b>	<b>Umsatz in Sicherheitsdienstleistung en 2023 [Mussangabe]</b>  K.O.-Kriterium: Nein  Bieter / Mitglied 1 der Bietergemeinschaft  Umsatz in Projekten aus Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personenn ahverkehr oder für Projekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz im Sinn von Ziffer 6 und 7 gemäß DIN 77200-2:2020-07 für das Jahr 2023 in EUR netto.
<b>1.1.1.2.6</b>	<b>Umsatz in Sicherheitsdienstleistung en 2024 [Mussangabe]</b>  K.O.-Kriterium: Nein  Bieter / Mitglied 1 der Bietergemeinschaft  Umsatz in Projekten aus Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personenn ahverkehr oder für Projekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz im Sinn von Ziffer 6 und 7 gemäß DIN 77200-2:2020-07 für das Jahr 2024 in EUR netto.

#### **1.1.1.3 (Ggf.) Mitglied 2 der Bietergemeinschaft/Qualifizierter Nachunternehmer**

Gewichtung: 0,00%

##### **1.1.1.3.1 Gesamtumsatz 2022**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer  
Gesamtumsatz 2022 in EUR netto

##### **1.1.1.3.2 Gesamtumsatz 2023**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer  
Gesamtumsatz 2023 in EUR netto

##### **1.1.1.3.3 Gesamtumsatz 2024**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer  
Gesamtumsatz 2024 in EUR netto

##### **1.1.1.3.4 Umsatz in Sicherheitsdienstleistungen 2022**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer

Umsatz in Projekten aus Sicherheitsdienstleistungen im öffentlichen Personenverkehr/Personenahverkehr oder für Projekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz im Sinn von Ziffer 6 und 7 gemäß DIN 77200-2:2020-07 für das Jahr 2022 in EUR netto.

##### **1.1.1.3.5 Umsatz in Sicherheitsdienstleistungen 2023**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer

Umsatz in Projekten aus Sicherheitsdienstleistungen im öffentlichen Personenverkehr/Personenahverkehr oder für Projekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz im Sinn von Ziffer 6 und 7 gemäß DIN 77200-2:2020-07 für das Jahr 2023 in EUR netto.

##### **1.1.1.3.6 Umsatz in Sicherheitsdienstleistungen 2024**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer

Umsatz in Projekten aus Sicherheitsdienstleistungen im öffentlichen Personenverkehr/Personenahverkehr oder für Projekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz im Sinn von Ziffer 6 und 7 gemäß DIN 77200-2:2020-07 für das Jahr 2024 in EUR netto.

#### **1.1.1.4 (Ggf.) Mitglied 3 der Bietergemeinschaft/Qualifizierter Nachunternehmer**

Gewichtung: 0,00%

##### **1.1.1.4.1 Gesamtumsatz 2022**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer  
Gesamtumsatz 2022 in EUR netto

##### **1.1.1.4.2 Gesamtumsatz 2023**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer  
Gesamtumsatz 2023 in EUR netto

##### **1.1.1.4.3 Gesamtumsatz 2024**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer  
Gesamtumsatz 2024 in EUR netto

##### **1.1.1.4.4 Umsatz in Sicherheitsdienstleistungen 2022**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer

Umsatz in Projekten aus Sicherheitsdienstleistungen im öffentlichen Personenverkehr/Personenahverkehr oder für Projekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz im Sinn von Ziffer 6 und 7 gemäß DIN 77200-2:2020-07 für das Jahr 2022 in EUR netto.

#### 1.1.1.4.5 Umsatz in Sicherheitsdienstleistungen 2023

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer

Umsatz in Projekten aus Sicherheitsdienstleistungen im öffentlichen Personenverkehr/Personenverkehr oder für Projekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz im Sinn von Ziffer 6 und 7 gemäß DIN 77200-2:2020-07 für das Jahr 2023 in EUR netto.

#### 1.1.1.4.6 Umsatz in Sicherheitsdienstleistungen 2024

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer

Umsatz in Projekten aus Sicherheitsdienstleistungen im öffentlichen Personenverkehr/Personenverkehr oder für Projekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz im Sinn von Ziffer 6 und 7 gemäß DIN 77200-2:2020-07 für das Jahr 2024 in EUR netto.

### 1.1.2 Eigenerklärung zur Mitarbeiteranzahl

Gewichtung: 0,00%

#### 1.1.2.1 Mindestanforderung Mitarbeiteranzahl

K.O.-Kriterium: Nein

Als Mindestanforderung Mitarbeiterzahl gilt eine durchschnittliche Mitarbeiterzahl von 75 Mitarbeitern in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. Davon müssen durchschnittlich mindestens

- 50 Mitarbeiter als Einsatzkräfte über eine erfolgreich abgelegte Sachkundeprüfung gemäß § 34a Abs. 1a S. 2 GewO verfügen,

- 10 Mitarbeiter als Führungskräfte für Sicherheitsdienstleistungen im öffentlichen Personenverkehr / Personenverkehr oder für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6.3. oder 7.4. der DIN 77200-2:2020-07 qualifiziert sein.

Die Mitarbeiter aller Mitglieder der Bietergemeinschaft werden von der Vergabestelle addiert.

### 1.1.2.2 Bieter/Mitglied 1 der Bietergemeinschaft

Gewichtung: 0,00%

#### 1.1.2.2.1 Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2022 [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2022

#### 1.1.2.2.2 Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2023 [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2023

#### 1.1.2.2.3 Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2024 [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2024

#### 1.1.2.2.4 Anzahl Einsatzkräfte mit Sachkundeprüfung 2022 [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Anzahl der Mitarbeiter als Einsatzkräfte mit einer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß § 34a Abs. 1a S. 2 GewO im Jahr 2022.

#### 1.1.2.2.5 Anzahl Einsatzkräfte mit Sachkundeprüfung 2023 [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Anzahl der Mitarbeiter als Einsatzkräfte mit einer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß § 34a Abs. 1a S. 2 GewO im Jahr 2023

#### 1.1.2.2.6 Anzahl Einsatzkräfte mit Sachkundeprüfung 2024 [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Anzahl der Mitarbeiter als Einsatzkräfte mit einer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß § 34a Abs. 1a S. 2 GewO im Jahr 2024.

#### 1.1.2.2.7 Führungskräfte Sicherheitsdienstleistung en 2022 [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft

Anzahl der Mitarbeiter als Führungskräfte für Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personennahverkehr oder für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6.3 oder 7.4 der DIN 7720-2:2020-07 im Jahr 2022.

#### 1.1.2.2.8 Führungskräfte Sicherheitsdienstleistung en 2023 [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft

Anzahl der Mitarbeiter als Führungskräfte für Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personennahverkehr oder für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6.3 oder 7.4 der DIN 7720-2:2020-07 im Jahr 2023.

#### 1.1.2.2.9 Führungskräfte Sicherheitsdienstleistung en 2024 [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft

Anzahl der Mitarbeiter als Führungskräfte für Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personennahverkehr oder für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6.3 oder 7.4 der DIN 7720-2:2020-07 im Jahr 2024.

### 1.1.2.3 (ggf.) Mitglied 2 der Bietergemeinschaft

Gewichtung: 0,00%

#### 1.1.2.3.1 Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2022

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft

Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2022

#### 1.1.2.3.2 Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2023

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft

Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2023

#### 1.1.2.3.3 Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2024

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft

Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2024

#### 1.1.2.3.4 Anzahl Einsatzkräfte mit Sachkundeprüfung 2022

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft

Anzahl der Mitarbeiter als Einsatzkräfte mit einer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß § 34a Abs. 1a S. 2 GewO im Jahr 2022.

#### 1.1.2.3.5 Anzahl Einsatzkräfte mit Sachkundeprüfung 2023

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft

Anzahl der Mitarbeiter als Einsatzkräfte mit einer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß § 34a Abs. 1a S. 2 GewO im Jahr 2023

#### 1.1.2.3.6 Anzahl Einsatzkräfte mit Sachkundeprüfung 2024

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft

Anzahl der Mitarbeiter als Einsatzkräfte mit einer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß § 34a Abs. 1a S. 2 GewO im Jahr 2024.

#### 1.1.2.3.7 Führungskräfte Sicherheitsdienstleistung en 2022

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft

Anzahl der Mitarbeiter als Führungskräfte für Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personennahverkehr oder für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6.3 oder 7.4 der DIN 7720-2:2020-07 im Jahr 2022.



#### 1.1.2.3.8 Führungskräfte Sicherheitsdienstleistung en 2023

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft

Anzahl der Mitarbeiter als Führungskräfte für Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personennahverkehr oder für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6.3 oder 7.4 der DIN 7720-2:2020-07 im Jahr 2023

#### 1.1.2.3.9 Führungskräfte Sicherheitsdienstleistung en 2024

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft

Anzahl der Mitarbeiter als Führungskräfte für Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personennahverkehr oder für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6.3 oder 7.4 der DIN 7720-2:2020-07 im Jahr 2024

#### 1.1.2.4 (ggf.) Mitglied 3 der Bietergemeinschaft

Gewichtung: 0,00%

##### 1.1.2.4.1 Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2022

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bietergemeinschaft

Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2022

##### 1.1.2.4.2 Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2023

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bietergemeinschaft

Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2023

##### 1.1.2.4.3 Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2024

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bietergemeinschaft

Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2024

##### 1.1.2.4.4 Anzahl Einsatzkräfte mit Sachkundeprüfung 2022

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bietergemeinschaft

Anzahl der Mitarbeiter als Einsatzkräfte mit einer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß § 34a Abs. 1a S. 2 GewO im Jahr 2022.

##### 1.1.2.4.5 Anzahl Einsatzkräfte mit Sachkundeprüfung 2023

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bietergemeinschaft

Anzahl der Mitarbeiter als Einsatzkräfte mit einer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß § 34a Abs. 1a S. 2 GewO im Jahr 2023

##### 1.1.2.4.6 Anzahl Einsatzkräfte mit Sachkundeprüfung 2024

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bietergemeinschaft

Anzahl der Mitarbeiter als Einsatzkräfte mit einer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß § 34a Abs. 1a S. 2 GewO im Jahr 2024.

##### 1.1.2.4.7 Führungskräfte Sicherheitsdienstleistung en 2022

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bietergemeinschaft

Anzahl der Mitarbeiter als Führungskräfte für Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personennahverkehr oder für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6.3 oder 7.4 der DIN 7720-2:2020-07 im Jahr 2022.

##### 1.1.2.4.8 Führungskräfte Sicherheitsdienstleistung en 2023

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bietergemeinschaft

Anzahl der Mitarbeiter als Führungskräfte für Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personennahverkehr oder für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6.3 oder 7.4 der DIN 7720-2:2020-07 im Jahr 2023

#### 1.1.2.4.9 Führungskräfte Sicherheitsdienstleistung en 2024

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bietergemeinschaft

Anzahl der Mitarbeiter als Führungskräfte für Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personenn ahverkehr oder für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6.3 oder 7.4 derDIN 7720-2:2020-07 im Jahr 2024.

### 1.2 Erklärungen zur Technischen Leistungsfähigkeit - Prüfquote

Gewichtung: 0,00%

#### 1.2.1 Informationen zur Technischen Leistungsfähigkeit

K.O.-Kriterium: Nein

Nachweis - zunächst nur als Eigenerklärung - zu bereits abgeschlossenen oder noch laufenden Referenzen, die mit den zu vergebenen Leistungen vergleichbar sind.

Die erreichte Prüfquote bei den Referenzprojekten bei einem Verkehrsunternehmen muss mind. 0,5% betragen.

Die Vergabestelle behält sich vor, zur Bestätigung eine Referenzbescheinigung des Auftraggebers nachzufordern.

#### 1.2.2 Hinweis

K.O.-Kriterium: Nein

Soweit Referenzen eines Nachunternehmers auf diesem Formblatt angegeben werden, sind diese nur wertbar, wenn dieser qualifizierter Nachunternehmer ist.

Hierfür ist das Formblatt B.IX.1 (Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer) sowie das Formblatt B.IV.1 (Eigenerklärung zur Nichtvorliegen von Ausschlussgründen) für den jeweiligen qualifizierten Nachunternehmer beizubringen.

### 1.2.3 Referenz Nr. 1

Gewichtung: 0,00%

#### 1.2.3.1 Prüfquote [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die erreichte Prüfquote bei diesem Referenzprojekt an.

### 1.2.4 Referenz Nr. 2

Gewichtung: 0,00%

#### 1.2.4.1 Prüfquote [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die erreichte Prüfquote bei diesem Referenzprojekt an.

### 1.2.5 Referenz Nr. 3

Gewichtung: 0,00%

#### 1.2.5.1 Prüfquote [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die erreichte Prüfquote bei diesem Referenzprojekt an.

### 1.2.6 Referenz Nr. 4

Gewichtung: 0,00%

#### 1.2.6.1 Prüfquote

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die erreichte Prüfquote bei diesem Referenzprojekt an.

## 2 Los 2 -"Objektbezogene Sicherheitsdienstleistung en im Bedienungsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH" "

### 2.1 Erklärungen zur wirtschaftlichen Lage

Gewichtung: 0,00%

#### 2.1.1 Eigenerklärung zu Umsatz

Gewichtung: 0,00%

##### 2.1.1.1 Mindestanforderung Umsatz

K.O.-Kriterium: Nein

Als Mindestanforderung Umsatz gilt ein durchschnittlicher Jahresumsatz (netto) in Höhe von 700.000,00 Euro für Los 2 aus der Erbringung von Sicherheitsdienstleistung en des Bieters in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, davon mindestens 500.000,00 EUR aus Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personenn ahverkehr oder für Projekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß DIN 77200-2:2020-07.

Bei einer Bietergemeinschaft werden die Umsätze aller Bietergemeinschaftsmitgli eder addiert.

#### **2.1.1.2 Bieter / Mitglied 1 der Bietergemeinschaft**

Gewichtung: 0,00%

##### **2.1.1.2.1 Gesamtumsatz 2022 [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 der Bietergemeinschaft  
Gesamtumsatz 2022 in EUR netto

##### **2.1.1.2.2 Gesamtumsatz 2023 [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 der Bietergemeinschaft  
Gesamtumsatz 2023 in EUR netto

##### **2.1.1.2.3 Gesamtumsatz 2024 [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 der Bietergemeinschaft  
Gesamtumsatz 2024 in EUR netto

##### **2.1.1.2.4 Umsatz in Sicherheitsdienstleistungen 2022 [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 der Bietergemeinschaft

Umsatz in Projekten aus Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personenn ahverkehr oder für Projekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz im Sinn von Ziffer 6 und 7 gemäß DIN 77200-2:2020-07 für das Jahr 2022 in EUR netto.

##### **2.1.1.2.5 Umsatz in Sicherheitsdienstleistungen 2023 [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 der Bietergemeinschaft

Umsatz in Projekten aus Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personenn ahverkehr oder für Projekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz im Sinn von Ziffer 6 und 7 gemäß DIN 77200-2:2020-07 für das Jahr 2023 in EUR netto.

##### **2.1.1.2.6 Umsatz in Sicherheitsdienstleistungen 2024 [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 der Bietergemeinschaft

Umsatz in Projekten aus Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personenn ahverkehr oder für Projekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz im Sinn von Ziffer 6 und 7 gemäß DIN 77200-2:2020-07 für das Jahr 2024 in EUR netto.

#### **2.1.1.3 (Ggf.) Mitglied 2 der Bietergemeinschaft/Qualifizierter Nachunternehmer**

Gewichtung: 0,00%

##### **2.1.1.3.1 Gesamtumsatz 2022**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer  
Gesamtumsatz 2022 in EUR netto

##### **2.1.1.3.2 Gesamtumsatz 2023**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer  
Gesamtumsatz 2023 in EUR netto

##### **2.1.1.3.3 Gesamtumsatz 2024**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer  
Gesamtumsatz 2024 in EUR netto

##### **2.1.1.3.4 Umsatz in Sicherheitsdienstleistungen 2022**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer

Umsatz in Projekten aus Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personenn ahverkehr oder für Projekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz im Sinn von Ziffer 6 und 7 gemäß DIN 77200-2:2020-07 für das Jahr 2022 in EUR netto.

#### 2.1.1.3.5 Umsatz in Sicherheitsdienstleistei stungen 2023

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer

Umsatz in Projekten aus Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personenn ahverkehr oder für Projekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz im Sinn von Ziffer 6 und 7 gemäß DIN 77200-2:2020-07 für das Jahr 2023 in EUR netto.

#### 2.1.1.3.6 Umsatz in Sicherheitsdienstleistei stungen 2024

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer

Umsatz in Projekten aus Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personenn ahverkehr oder für Projekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz im Sinn von Ziffer 6 und 7 gemäß DIN 77200-2:2020-07 für das Jahr 2024 in EUR netto.

### 2.1.1.4 (Ggf.) Mitglied 3 der Bietergemeinschaft/Qualif izierter Nachunternehmer

Gewichtung: 0,00%

#### 2.1.1.4.1 Gesamtumsatz 2022

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer  
Gesamtumsatz 2022 in EUR netto

#### 2.1.1.4.2 Gesamtumsatz 2023

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer  
Gesamtumsatz 2023 in EUR netto

#### 2.1.1.4.3 Gesamtumsatz 2024

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer  
Gesamtumsatz 2024 in EUR netto

#### 2.1.1.4.4 Umsatz in Sicherheitsdienstleistei stungen 2022

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer

Umsatz in Projekten aus Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personenn ahverkehr oder für Projekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz im Sinn von Ziffer 6 und 7 gemäß DIN 77200-2:2020-07 für das Jahr 2022 in EUR netto.

#### 2.1.1.4.5 Umsatz in Sicherheitsdienstleistei stungen 2023

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer

Umsatz in Projekten aus Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personenn ahverkehr oder für Projekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz im Sinn von Ziffer 6 und 7 gemäß DIN 77200-2:2020-07 für das Jahr 2023 in EUR netto.

#### 2.1.1.4.6 Umsatz in Sicherheitsdienstleistei stungen 2024

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 der Bietergemeinschaft / Qualifizierter Nachunternehmer

Umsatz in Projekten aus Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personenn ahverkehr oder für Projekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz im Sinn von Ziffer 6 und 7 gemäß DIN 77200-2:2020-07 für das Jahr 2024 in EUR netto.

### 2.1.2 Eigenerklärung zur Mitarbeiteranzahl

Gewichtung: 0,00%

#### 2.1.2.1 Mindestanforderung Mitarbeiteranzahl

K.O.-Kriterium: Nein

Als Mindestanforderung Mitarbeiterzahl gilt eine durchschnittliche Mitarbeiterzahl von 75 Mitarbeitern in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren. Davon müssen durchschnittlich mindestens

- 50 Mitarbeiter als Einsatzkräfte über eine erfolgreich abgelegte Sachkundeprüfung gemäß § 34a Abs. 1a S. 2 GewO verfügen,

- 10 Mitarbeiter als Führungskräfte für Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr / Personennahverkehr oder für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6.3. doer 7.4. der DIN 77200-2:2020-07 qualifiziert sein.

Die Mitarbeiter aller Mitglieder der Bietergemeinschaft werden von der Vergabestelle addiert.

## **2.1.2.2 Bieter/Mitglied 1 der Bietergemeinschaft**

Gewichtung: 0,00%

### **2.1.2.2.1 Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2022 [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2022

### **2.1.2.2.2 Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2023 [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2023

### **2.1.2.2.3 Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2024 [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2024

### **2.1.2.2.4 Anzahl Einsatzkräfte mit Sachkundeprüfung 2022 [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Anzahl der Mitarbeiter als Einsatzkräfte mit einer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß § 34a Abs. 1a S. 2 GewO im Jahr 2022.

### **2.1.2.2.5 Anzahl Einsatzkräfte mit Sachkundeprüfung 2023 [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Anzahl der Mitarbeiter als Einsatzkräfte mit einer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß § 34a Abs. 1a S. 2 GewO im Jahr 2023

### **2.1.2.2.6 Anzahl Einsatzkräfte mit Sachkundeprüfung 2024 [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Anzahl der Mitarbeiter als Einsatzkräfte mit einer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß § 34a Abs. 1a S. 2 GewO im Jahr 2024.

### **2.1.2.2.7 Führungskräfte Sicherheitsdienstleistung en 2022 [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Anzahl der Mitarbeiter als Führungskräfte für Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personenn ahverkehr oder für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6.3 oder 7.4 derDIN 7720-2:2020-07 im Jahr 2022.

### **2.1.2.2.8 Führungskräfte Sicherheitsdienstleistung en 2023 [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Anzahl der Mitarbeiter als Führungskräfte für Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personenn ahverkehr oder für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6.3 oder 7.4 derDIN 7720-2:2020-07 im Jahr 2023

### **2.1.2.2.9 Führungskräfte Sicherheitsdienstleistung en 2024 [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bieter / Mitglied 1 Bietergemeinschaft  
Anzahl der Mitarbeiter als Führungskräfte für Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personenn ahverkehr oder für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6.3 oder 7.4 derDIN 7720-2:2020-07 im Jahr 2024.

### **2.1.2.3 (ggf.) Mitglied 2 der Bietergemeinschaft**

Gewichtung: 0,00%

#### **2.1.2.3.1 Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2022**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2022

#### **2.1.2.3.2 Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2023**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2023

#### **2.1.2.3.3 Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2024**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2024

#### **2.1.2.3.4 Anzahl Einsatzkräfte mit Sachkundeprüfung 2022**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Anzahl der Mitarbeiter als Einsatzkräfte mit einer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß § 34a Abs. 1a S. 2 GewO im Jahr 2022.

#### **2.1.2.3.5 Anzahl Einsatzkräfte mit Sachkundeprüfung 2023**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Anzahl der Mitarbeiter als Einsatzkräfte mit einer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß § 34a Abs. 1a S. 2 GewO im Jahr 2023

#### **2.1.2.3.6 Anzahl Einsatzkräfte mit Sachkundeprüfung 2024**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Anzahl der Mitarbeiter als Einsatzkräfte mit einer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß § 34a Abs. 1a S. 2 GewO im Jahr 2024.

#### **2.1.2.3.7 Führungskräfte Sicherheitsdienstleistung en 2022**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Anzahl der Mitarbeiter als Führungskräfte für Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personennahverkehr oder für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6.3 oder 7.4 der DIN 7720-2:2020-07 im Jahr 2022.

#### **2.1.2.3.8 Führungskräfte Sicherheitsdienstleistung en 2023**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Anzahl der Mitarbeiter als Führungskräfte für Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personennahverkehr oder für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6.3 oder 7.4 der DIN 7720-2:2020-07 im Jahr 2023

#### **2.1.2.3.9 Führungskräfte Sicherheitsdienstleistung en 2024**

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 2 Bietergemeinschaft  
Anzahl der Mitarbeiter als Führungskräfte für Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personennahverkehr oder für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6.3 oder 7.4 der DIN 7720-2:2020-07 im Jahr 2024.

### **2.1.2.4 (ggf.) Mitglied 3 der Bietergemeinschaft**

Gewichtung: 0,00%

#### **2.1.2.4.1 Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2022**

K.O.-Kriterium: Nein

#### 2.1.2.4.2 Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2023

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bietergemeinschaft  
Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2023

#### 2.1.2.4.3 Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2024

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bietergemeinschaft  
Jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl 2024

#### 2.1.2.4.4 Anzahl Einsatzkräfte mit Sachkundeprüfung 2022

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bietergemeinschaft  
Anzahl der Mitarbeiter als Einsatzkräfte mit einer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß § 34a Abs. 1a S. 2 GewO im Jahr 2022.

#### 2.1.2.4.5 Anzahl Einsatzkräfte mit Sachkundeprüfung 2023

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bietergemeinschaft  
Anzahl der Mitarbeiter als Einsatzkräfte mit einer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß § 34a Abs. 1a S. 2 GewO im Jahr 2023

#### 2.1.2.4.6 Anzahl Einsatzkräfte mit Sachkundeprüfung 2024

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bietergemeinschaft  
Anzahl der Mitarbeiter als Einsatzkräfte mit einer erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung gemäß § 34a Abs. 1a S. 2 GewO im Jahr 2024.

#### 2.1.2.4.7 Führungskräfte Sicherheitsdienstleistung en 2022

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bietergemeinschaft  
Anzahl der Mitarbeiter als Führungskräfte für Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personennahverkehr oder für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6.3 oder 7.4 der DIN 7720-2:2020-07 im Jahr 2022.

#### 2.1.2.4.8 Führungskräfte Sicherheitsdienstleistung en 2023

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bietergemeinschaft  
Anzahl der Mitarbeiter als Führungskräfte für Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personennahverkehr oder für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6.3 oder 7.4 der DIN 7720-2:2020-07 im Jahr 2023

#### 2.1.2.4.9 Führungskräfte Sicherheitsdienstleistung en 2024

K.O.-Kriterium: Nein

Mitglied 3 Bietergemeinschaft  
Anzahl der Mitarbeiter als Führungskräfte für Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personennahverkehr oder für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6.3 oder 7.4 der DIN 7720-2:2020-07 im Jahr 2024.

## 2.2 Weitere Nachweise für Los 2

Gewichtung: 0,00%

### 2.2.1 Übersicht über beizufügende Nachweise

K.O.-Kriterium: Nein

Folgende Nachweise / Angaben / Informationen sind beizufügen:  
- Nachweis über eine zertifizierte Weiterbildung "Sicherheit und Service an Pforte und Empfang" z.B. von VSW Vereinigung für die Sicherheit der Wirtschaft e.V. oder vergleichbar.

### 2.2.2 Zertifizierte Weiterbildung

Gewichtung: 0,00%

### 2.2.2.1 Zertifizierte Weiterbildung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ein Nachweis über eine zertifizierte Weiterbildung "Sicherheit und Service an Pforte und Empfang" wurde dem Angebot beigelegt.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 3 Eigenerklärung zur Akzeptanz von Ausführungsbedingungen zur Versicherungspflicht

Gewichtung: 0,00%

### 3.1 Versicherungsnachweis

K.O.-Kriterium: Nein

Der Bieter/ Die Bietergemeinschaft verfügt für den Zeitraum der Leistungsverpflichtung über folgende Versicherungen:

Die Haftpflichtversicherung hat den Mindestanforderungen gemäß § 14 BewachV zu entsprechen mit folgenden, gegenüber § 14 Abs. 2 BewachV erhöhten Mindestversicherungssumme je Schadensereignis:

- Für Personenschäden: 2.500.000,00 EUR
- Für Sachschäden: 1.500.000,00 EUR
- für das Abhandenkommen bewachter Sachen: 250.000,00 EUR
- für das Abhandenkommen von überlassenen Schlüsseln/Codekarten: 250.000,00 EUR
- für Vermögensschäden: 250.000,00 EUR

Die Höchstersatzleistung des Versicherers für alle Versicherungsfälle eines Versicherungsjahres muss mindestens jeweils das zweifache der vorstehend je Versicherungsfall genannten Mindestversicherungssumme entsprechen.

### 3.2 Eigenerklärung zur Versicherungspflicht [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Sofern der Bieter über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit mindestens den genannten Deckungssummen je Schadensart bereits verfügt, ist dies hier anzugeben.

Der Bieter hat sich zu vergewissern, dass seine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung tatsächlich die hier geforderten Mindestdeckungssummen vollständig abdeckt. Nur, wenn er dies positiv festgestellt hat, hat er dies hier anzugeben.

Zum Nachweis ist die Versicherungsbestätigung mit dem Angebot einzureichen.

Liegt eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung wie beschrieben bereits zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe vor und ist zum Nachweis die Versicherungsbestätigung dem Angebot beigelegt?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 3.3 Wenn Eigenerklärung Versicherungspflicht mit nein

K.O.-Kriterium: Ja

Alternativ: Sofern der Bieter zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung noch nicht verfügt oder aber sofern die bestehende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung nicht die genannten Deckungssummen aufweist, hat der Bieter zu prüfen, ob ihm im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung gewährt werden wird.

Sofern das bejaht werden kann, hat er hier anzugeben, dass er in der Lage ist, spätestens im Auftragsfall eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung für den Zeitraum von Auftragsbeginn bis zum Vertragsende mit der geforderten Mindestdeckungssumme abzuschließen und entsprechenden Nachweis dem Angebot beizufügen.

Der Bieter / Die Bietergemeinschaft ist in der Lage, im Falle der Auftragserteilung, für den Zeitraum seiner Leistungsverpflichtung eine wie beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung abzuschließen und eine entsprechende Erklärung seiner Versicherung ist dem Angebot beigelegt?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 4 Erklärungen zu Nachweisen

Gewichtung: 0,00%

### 4.1 Übersicht über beizufügende Nachweise

K.O.-Kriterium: Nein

Folgende Nachweise / Angaben / Informationen sind beizufügen:

- Nachweis, dass der Bieter im Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes der Gemeinschaft oder des Vertragsstaates des EWR-Abkommens eingetragen ist, indem er ansässig ist, durch Vorlage einer aktuellen Kopie (nicht älter als 3 Monate) des Registerauszuges. Andernfalls ist zu erklären, dass keine Eintragungspflicht besteht.

- Nachweis, dass der Bieter gewerbsmäßig Leben oder Eigentum fremder Personen bewachen darf, durch Vorlage einer Kopie der Erlaubnis gemäß § 34a GewO. Ist der Bieter in Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum ansässig, hat er neben einer Kopie der Berufsausübungserlaubnis des



Staates, in dem er niedergelassen hat, auch eine Eingangsbestätigung des zuständigen deutschen Gewerbeaufsichtsamtes über seine Anzeige gemäß § 13a GewO vorzulegen.

- Nachweis eines Qualitätsmanagement-Zertifikates nach DIN ISO 9001 oder gleichwertig

## 4.2 Handelsregistrauszug

Gewichtung: 0,00%

### 4.2.1 Handelsregistrauszug [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) ist als Anlage beigelegt

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 4.2.2 Wenn Handelsregistrauszug nicht beigelegt

K.O.-Kriterium: Ja

Wenn ein Handelsregistrauszug (nicht älter als 3 Monate) nicht beigelegt ist:

Wurde ein solcher beantragt, ist der Nachweis über die Beantragung beigelegt und wird dieser unmittelbar nach Vorliegen unaufgefordert über die Nachrichtenfunktion nachgereicht?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 4.3 Erlaubnis nach § 34a GewO

Gewichtung: 0,00%

### 4.3.1 Erlaubnis nach § 34a GewO [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ein Kopie der Erlaubnis nach § 34a GewO, dass der Bieter gewerbsmäßig Leben oder Eigentum bewachen darf, wurde dem Angebot beigelegt.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 4.4 Qualitätsmanagement-Zertifikat

Gewichtung: 0,00%

### 4.4.1 Qualitätsmanagement-Zertifikat [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Hat ihr Unternehmen ein Qualitätsmanagement-Zertifikat gemäß DIN ISO 9001 oder vergleichbar?  
Wenn ja, ist eine Kopie des Zertifikats mit dem Angebot einzureichen.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 5 Verpflichtungserklärung zu qualifizierten Nachunternehmern

Gewichtung: 0,00%

### 5.1 Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer

K.O.-Kriterium: Nein

Sofern der Bieter zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss er den Namen dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen und angeben, wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch nehmen will. Entsprechende Nachweise sind für den qualifizierten Nachunternehmer in dem Umfang vorzulegen, wie sie für den Bewerber vorzulegen wären. Außerdem muss der Bieter durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten Nachunternehmers nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bieter für die Auftragsausführung einsetzen will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in Anspruch nehmen will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.

Hierzu werden entsprechende Formblätter zur Verfügung gestellt.

### 5.2 Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Nimmt das Unternehmen zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines anderen Unternehmens (Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch (Eignungsleihe) und wurden entsprechende ausgefüllte Formblätter als Anlage bereitgestellt?

- [ ] Keine Angabe  
[ ] Ja  
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

## 6 Erklärungen zur Technischen Leistungsfähigkeit

Gewichtung: 0,00%

### 6.1 Informationen zur Technischen Leistungsfähigkeit

K.O.-Kriterium: Nein

Nachweis - zunächst nur als Eigenerklärung - zu bereits abgeschlossenen oder noch laufenden Referenzen, die mit den zu vergebenden Leistungen vergleichbar sind.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

1. Es müssen mindestens drei Referenzen eingereicht werden, die Erfahrungen und Fachkenntnisse in der Erbringung von Sicherungsdienstleistungen belegen.

Mindestens eine Referenz davon muss

- Sicherheitsdienstleistungen im öffentlichen Personenverkehr/Personenverkehr im Sinn von Ziffer 6 der DIN 77200-2:2020-07

und

- Sicherheitsdienstleistungen für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz im Sinn von Ziffer 7 der DIN 77200-2:2020-07 beinhalten.

2. Die Referenzleistungen müssen jeweils über den Zeitraum von mindestens einem Jahr erbracht und dürfen nicht vor dem Jahr 2024 abgeschlossen worden sein.

3. Die erreichte Prüfquote bei einem Verkehrsunternehmen muss mind. 1,0% betragen.

Die Vergabestelle behält sich vor, zur Bestätigung eine Referenzbescheinigung des Auftraggebers nachzufordern.

### 6.2 Hinweis

K.O.-Kriterium: Nein

Soweit Referenzen eines Nachunternehmers auf diesem Formblatt angegeben werden, sind diese nur wertbar, wenn dieser qualifizierter Nachunternehmer ist.

Hierfür ist das Formblatt B.IX.1 (Erklärung für qualifizierte Nachunternehmer) sowie das Formblatt B.IV.1 (Eigenerklärung zur Nichtvorliegen von Ausschlussgründen) für den jeweiligen qualifizierten Nachunternehmer beizubringen.

## 6.3 Referenz Nr. 1

Gewichtung: 0,00%

### 6.3.1 Projektname [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Wie wurde das Projekt/der Auftrag genannt?

### 6.3.2 Unternehmer (Referenzinhaber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen hat die Leistung erbracht?  
(Referenzinhaber)

### 6.3.3 Auftraggeber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Wer war der Auftraggeber bei diesem Referenzprojekt?

### 6.3.4 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte um Angabe des Leistungszeitraums in Monat und Jahr  
(Beispiel: 01/2022 bis 31/2023).

### 6.3.5 Leistungsgegenstand [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte detaillierte Beschreibung des genauen Leistungsgegenstandes der Referenzleistung.

bitte auch angeben, ob und inwieweit der Leistungsgegenstand Sicherheitsdienstleistungen im öffentlichen Personenverkehr/Personenverkehr bzw. für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6 und 7 der DIN 77200-2:2020-07 betraf.

**6.3.6 Leistungsumfang [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte detaillierte Beschreibung des genauen Auftragsvolumens (Anzahl, Auftragssumme) der Referenzleistung

**6.3.7 Aktualität [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte teilen Sie mit, wann der Auftrag abgeschlossen worden ist. Falls der Auftrag noch läuft, wird um Mitteilung gebeten, wie weit die Auftragsausführung fortgeschritten ist.

**6.3.8 Sonstiges**

K.O.-Kriterium: Nein

Falls die Referenzleistung Besonderheiten aufweist, erläutern Sie diese bitte.

**6.3.9 Prüfquote [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die erreichte Prüfquote bei diesem Referenzprojekt an.

**6.4 Referenz Nr. 2**

Gewichtung: 0,00%

**6.4.1 Projektname [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Wie wurde das Projekt/der Auftrag genannt?

**6.4.2 Unternehmer (Referenzinhaber) [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen hat die Leistung erbracht?  
(Referenzinhaber)

**6.4.3 Auftraggeber [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Wer war der Auftraggeber bei diesem Referenzprojekt?

**6.4.4 Leistungszeitraum [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte um Angabe des Leistungszeitraums in Monat und Jahr  
(Beispiel: 01/2022 bis 31/2023).

**6.4.5 Leistungsgegenstand [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte detaillierte Beschreibung des genauen Leistungsgegenstandes der Referenzleistung.

bitte auch angeben, ob und inwieweit der Leistungsgegenstand Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen Personenverkehr/Personenn ahverkehr bzw. für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6 und 7 der DIN 77200-2:2020-07 betraf.

**6.4.6 Leistungsumfang [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte detaillierte Beschreibung des genauen Auftragsvolumens (Anzahl, Auftragssumme) der Referenzleistung

**6.4.7 Aktualität [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte teilen Sie mit, wann der Auftrag abgeschlossen worden ist. Falls der Auftrag noch läuft, wird um Mitteilung gebeten, wie weit die Auftragsausführung fortgeschritten ist.

#### 6.4.8 Sonstiges

K.O.-Kriterium: Nein

Falls die Referenzleistung Besonderheiten aufweist, erläutern Sie diese bitte.

#### 6.4.9 Prüfquote [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die erreichte Prüfquote bei diesem Referenzprojekt an.

### 6.5 Referenz Nr. 3

Gewichtung: 0,00%

#### 6.5.1 Projektname [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Wie wurde das Projekt/der Auftrag genannt?

#### 6.5.2 Unternehmer (Referenzinhaber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen hat die Leistung erbracht?  
(Referenzinhaber)

#### 6.5.3 Auftraggeber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Wer war der Auftraggeber bei diesem Referenzprojekt?

#### 6.5.4 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte um Angabe des Leistungszeitraums in Monat und Jahr  
(Beispiel: 01/2022 bis 31/2023).

#### 6.5.5 Leistungsgegenstand [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte detaillierte Beschreibung des genauen Leistungsgegenstandes der Referenzleistung.

bitte auch angeben, ob und inwieweit der Leistungsgegenstand Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen  
Personenverkehr/Personenn ahverkehr bzw. für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6 und 7 der DIN  
77200-2:2020-07 betraf.

#### 6.5.6 Leistungsumfang [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte detaillierte Beschreibung des genauen Auftragsvolumens (Anzahl, Auftragssumme) der Referenzleistung

#### 6.5.7 Aktualität [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte teilen Sie mit, wann der Auftrag abgeschlossen worden ist. Falls der Auftrag noch läuft, wird um Mitteilung gebeten, wie weit  
die Auftragsausführung fortgeschritten ist.

#### 6.5.8 Sonstiges

K.O.-Kriterium: Nein

Falls die Referenzleistung Besonderheiten aufweist, erläutern Sie diese bitte.

#### 6.5.9 Prüfquote [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die erreichte Prüfquote bei diesem Referenzprojekt an.

### 6.6 Referenz Nr. 4

Gewichtung: 0,00%

**6.6.1 Projektname**

K.O.-Kriterium: Nein

Wie wurde das Projekt/der Auftrag genannt?

**6.6.2 Unternehmer (Referenzinhaber)**

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen hat die Leistung erbracht?  
(Referenzinhaber)

**6.6.3 Auftraggeber**

K.O.-Kriterium: Nein

Wer war der Auftraggeber bei diesem Referenzprojekt?

**6.6.4 Leistungszeitraum**

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte um Angabe des Leistungszeitraums in Monat und Jahr  
(Beispiel: 01/2022 bis 31/2023).

**6.6.5 Leistungsgegenstand**

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte detaillierte Beschreibung des genauen Leistungsgegenstandes der Referenzleistung.

bitte auch angeben, ob und inwieweit der Leistungsgegenstand Sicherheitsdienstleistung en im öffentlichen  
Personenverkehr/Personenn ahverkehr bzw. für Objekte mit besonderer Sicherheitsrelevanz gemäß Ziffer 6 und 7 der DIN  
77200-2:2020-07 betraf.

**6.6.6 Leistungsumfang**

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte detaillierte Beschreibung des genauen Auftragsvolumens (Anzahl, Auftragssumme) der Referenzleistung

**6.6.7 Aktualität**

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte teilen Sie mit, wann der Auftrag abgeschlossen worden ist. Falls der Auftrag noch läuft, wird um Mitteilung gebeten, wie weit  
die Auftragsausführung fortgeschritten ist.

**6.6.8 Sonstiges**

K.O.-Kriterium: Nein

Falls die Referenzleistung Besonderheiten aufweist, erläutern Sie diese bitte.

**6.6.9 Prüfquote**

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie die erreichte Prüfquote bei diesem Referenzprojekt an.

**7 Erklärung erforderliche finanzielle und wirtschaftliche Kapazitäten**

Gewichtung: 0,00%

**7.1 Erklärung erforderliche Kapazitäten [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Ja

Der Bieter/die Bietergemeinschaft erklärt, dass er über die erforderlichen finanziellen und wirtschaftlichen Kapazitäten verfügt, um  
seinen laufenden finanziellen Verpflichtungen (auch) aus diesem Auftrag ordnungsgemäß nachzukommen.

[ ] Keine Angabe  
[ ] Ja  
[ ] Nein

Nur eine Antwort wählbar

**8 KMU**

Gewichtung: 0,00%

## 8.1 Kleines oder mittleres Unternehmen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie Ihre Unternehmensgröße an.

Die Einordnung bezieht sich auf die Definition des Statistischen Bundesamt.

Es gelten folgende Grenzen:

Kleinstunternehmen bis 9 tätige Personen und bis 2 Mio. EUR Jahresumsatz

Kleines Unternehmen bis 49 tätige Personen und bis 10 Mio. EUR Jahresumsatz

Mittleres Unternehmen bis 249 tätige Personen und bis 50 Mio. EUR Jahresumsatz

Großunternehmen über 249 tätige Personen oder über 50 Mio. EUR Jahresumsatz

(Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.)

Ich bin/Wir sind ein \_\_\_\_\_.

- ☐ Keine Angabe (0)  
☐ Kleinstunternehmen (0)  
☐ Kleines Unternehmen (0)  
☐ Mittleres Unternehmen (0)  
☐ Großunternehmen (0)

Nur eine Antwort wählbar

## 9 Eigenerklärung zum nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Gewichtung: 0,00%

### 9.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB

Gewichtung: 0,00%

#### 9.1.1 Erklärung gem. §123 Abs. 1 GWB [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des Bewerbers/des Mitglieds der Bewerbergemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt wurde oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

- § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),

- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,

- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),

- § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

- § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),

- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),

- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),

- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder

- den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 9.1.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass zwar eine solche Situation besteht, jedoch mehr als 5 Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen ist.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

**9.1.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein**

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind:

Erklärung, dass aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**9.2 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB**

Gewichtung: 0,00%

**9.2.1 Erklärung gem. §123 Abs. 4 GWB [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in der folgenden Situation befindet:

Das Unternehmen ist seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und dies wurde durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt oder kann durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise nachgewiesen werden.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**9.2.2 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein**

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als fünf Jahre ab dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung vergangen sind.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**9.2.3 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein**

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**9.2.4 Falls Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein**

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §123 Abs.4 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag der rechtskräftigen Verurteilung weniger als fünf Jahre vergangen sind und das Unternehmen seinen Verpflichtungen noch nicht nachgekommen ist:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

**9.3 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB**

Gewichtung: 0,00%

**9.3.1 Erklärung gem. §124 Abs. 1 GWB [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass sich das Unternehmen nicht in einer der folgenden Situationen befinden.

- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen,
- das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des Unternehmens ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse abgelehnt worden, das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt,
- das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung,
- es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- es besteht ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann,
- eine Wettbewerbsverzerrung resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden,
- das Unternehmen hat eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt,
- das Unternehmen hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskunft zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu übermitteln.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**9.3.2 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein**

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch mehr als drei Jahre ab dem betreffenden Ereignis vergangen sind.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**9.3.3 Falls Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein**

K.O.-Kriterium: Ja

Falls die Erklärung gem. §124 Abs.1 GWB mit nein beantwortet wurde und seit dem Tag des betreffenden Ereignis weniger als drei Jahre vergangen sind:

Erklärung, dass sich das Unternehmen zwar in dieser Situation befindet, jedoch aus Sicht des Unternehmens von einem Ausschluss aus diesem Grund abgesehen werden sollte. Von einem Ausschluss aus diesem Grund kann abgesehen werden, wenn dies bei pflichtgemäßer Ermessensausübung, insbesondere unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit, geboten ist oder das Unternehmen geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB eingeleitet hat.

Die Gründe aus Sicht des Unternehmens sind in einer separaten Anlage zu erläutern und die etwaigen Selbstreinigungsmaßnahmen nachzuweisen

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein



**9.4 Erklärung gem. §124 Abs. 2 GWB**

Gewichtung: 0,00%

**9.4.1 Zu §19 MiLoG (Mindestlohngesetz) [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund gemäß § 19 MiLoG vorliegt

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**9.4.2 Zu §98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz) [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 98c AufenthG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**9.4.3 Zu §21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz) [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach §21 AEntG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**9.4.4 Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfung) [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Ja

Erklärung, dass kein Ausschlussgrund nach § 21 SchwarzArbG vorliegt.

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**9.5 Angaben zum wettbewerbskonformen Verhalten**

Gewichtung: 0,00%

**9.5.1 Erklärung zum wettbewerbskonformen Verhalten [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Ja

Wir bestätigen, dass das Unternehmen sowie die jeweiligen geschäftsführenden Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige, wettbewerbsbeschränkende Abrede getroffen oder in sonstiger Weise wettbewerbswidrig oder unlauter gehandelt?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**10 Allgemeine Angaben**

Gewichtung: 0,00%

**10.1 Erklärung Insolvenz [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Ja

Ich/wir erkläre(n), dass für mein/unser Vermögen kein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt worden ist. (keine Weiterführung der Geschäfte durch Insolvenzverwalter - § 22 InsO).

- ☐ Keine Auswahl getroffen  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**10.2 Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Ja

Ich erkläre, dass ich meiner/wir unserer Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) einschließlich der Unfallversicherung ordnungsgemäß nachgekommen bin/sind.

- ☐ Keine Auswahl getroffen  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 10.3 Erklärung des Bieters [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.

- ☐ Keine Auswahl getroffen  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

### 10.4 No-Spy-Erklärung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir rechtlich und tatsächlich in der Lage bin/sind, im Falle eines Zuschlages die dann im Vertrag enthaltene Verpflichtung einzuhalten, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Insbesondere bestehen zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebotes keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen.

Dies gilt nicht, soweit hierfür gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden. In Zweifelsfällen werde(n) ich/wir die Vergabestelle auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) im Rahmen der Abgabe der vorstehenden Erklärung hinweisen.

Ich/wir werden die Vergabestelle - nach Zuschlag den Auftraggeber - sofort schriftlich benachrichtigen, wenn sich hierzu eine Änderung ergibt. Dies gilt insbesondere, wenn für mich/uns eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder ich/wir eine solche hätte(n) erkennen können, die mich/uns an der Einhaltung der beschriebenen Vertraulichkeit hindern könnte.

Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als schützenswert ansehen würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche Informationen sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt werden.

Vertrauliche Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt nicht für Informationen, die bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des Vertrages ohne Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.

- ☐ Keine Auswahl getroffen  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

Verfahren: 101-24-EK7 - Rahmenvertrag Service und Sicherheit und objektschutzbezogene Sicherheitsleistungen

## LEISTUNGSKRITERIEN

### 1 Los 1 -"Fahrgastbezogene Sicherheitsdienstleistung en im Bedienungsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH"

#### 1.1 Sprachniveau B2 (GERS) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Beherrschen alle eingesetzten Sicherheitspersonale die deutsche Sprache in Wort und Schrift? Mindestens aber das Sprachniveau B2 (GERS))

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 1.2 Qualitäts- und Sicherheitsmanagement [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Anforderungen an das Qualitäts- und Sicherheitsmanagement.

##### UNTERKRITERIUM 1:

Vom Bieter ist mit dem Angebot eine aussagekräftige Darstellung des Stammteams einzureichen, das im Auftragsfall nach Maßgabe der Anforderungsvorgaben gemäß der Leistungsbeschreibung zum Einsatz kommen soll. Aus der Darstellung muss mindestens die Größe des Stammteams sowie die Funktionen, Qualifikationen und Erfahrungen der einzelnen Mitglieder des Stammteams ersichtlich werden. Zudem fließen auch ergänzende Angaben, wie etwa Dauer der Betriebszugehörigkeit etc., mit in die Bewertung ein. Es obliegt dem Bieter, eine umfassende und aussagekräftige Darstellung einzureichen und durch geeignete Nachweise zu belegen.

##### UNTERKRITERIUM 2:

Vom Bieter ist mit dem Angebot eine Darstellung zur Erreichbarkeit, den Reaktionszeiten und der Personalreserve einzureichen. Die Darstellung wird qualitativ im Hinblick auf die generelle und ad hoc-bedingte Erreichbarkeit, die Reaktionszeiten bei ad hoc-bedingter Personalverstärkung oder einem ad hoc-bedingten zusätzlichen Einzelauftrag sowie die Größe und Qualifikation der Personalreserve beurteilt.

##### UNTERKRITERIUM 3:

Mit dem Angebot ist vom Bieter ein aussagekräftiges, ganzheitliches Qualitätssicherungskonzept unter Berücksichtigung der Anforderungen der konkret zu erbringenden Sicherheitsdienstleistung en gemäß Leistungsbeschreibung mit dem Angebot vorzulegen. Dabei ist unter anderem zu beschreiben, wie die Qualitätssicherung im Einzelnen konzipiert ist (organisatorische Einbindung, Verantwortlichkeiten, Prüfhäufigkeit, Verwendung von Kontrollsystemen, Weiterbildung, Sicherstellung der uneingeschränkten Umsetzung von Dienstanweisungen sowie die Einhaltung aller betrieblichen und rechtlichen Bestimmungen etc.). Die Darstellung wird qualitativ im Hinblick auf Schlüssigkeit, Geeignetheit und Auftragsbezogenheit des Qualitätssicherungskonzeptes beurteilt.

Wurde ein entsprechendes Konzept/Konzepte mit dem Angebot eingereicht?

- ☐ Keine Angabe (0)  
☐ Ja (0)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 2 Los 2 -"Objektbezogene Sicherheitsdienstleistung en im Bedienungsgebiet der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH" "

#### 2.1 Sprachniveau B2 (GERS) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Beherrschen alle eingesetzten Sicherheitspersonale die deutsche Sprache in Wort und Schrift? Mindestens aber das Sprachniveau B2 (GERS))

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 2.2 Qualitäts- und Sicherheitsmanagement [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Anforderungen an das Qualitäts- und Sicherheitsmanagement.

##### UNTERKRITERIUM 1:

Vom Bieter ist mit dem Angebot eine aussagekräftige Darstellung des Stammteams einzureichen, das im Auftragsfall nach Maßgabe der Anforderungsvorgaben gemäß der Leistungsbeschreibung zum Einsatz kommen soll. Aus der Darstellung muss mindestens die Größe des Stammteams sowie die Funktionen, Qualifikationen und Erfahrungen der einzelnen Mitglieder des Stammteams ersichtlich werden. Zudem fließen auch ergänzende Angaben, wie etwa Dauer der Betriebszugehörigkeit etc., mit in die Bewertung ein. Es obliegt dem Bieter, eine umfassende und aussagekräftige Darstellung einzureichen und durch geeignete Nachweise zu belegen.

##### UNTERKRITERIUM 2:

Vom Bieter ist mit dem Angebot eine Darstellung zur Erreichbarkeit, den Reaktionszeiten und der Personalreserve einzureichen. Die Darstellung wird qualitativ im Hinblick auf die generelle und ad hoc-bedingte Erreichbarkeit, die Reaktionszeiten bei ad hoc-bedingter Personalverstärkung oder einem ad hoc-bedingten zusätzlichen Einzelauftrag sowie die Größe und Qualifikation der Personalreserve beurteilt.

**UNTERKRITERIUM 3:**

Mit dem Angebot ist vom Bieter ein aussagekräftiges, ganzheitliches Qualitätssicherungskonzept unter Berücksichtigung der Anforderungen der konkret zu erbringenden Sicherheitsdienstleistungen gemäß Leistungsbeschreibung mit dem Angebot vorzulegen. Dabei ist unter anderem zu beschreiben, wie die Qualitätssicherung im Einzelnen konzipiert ist (organisatorische Einbindung, Verantwortlichkeiten, Prüfhäufigkeit, Verwendung von Kontrollsystemen, Weiterbildung, Sicherstellung der uneingeschränkten Umsetzung von Dienstanweisungen sowie die Einhaltung aller betrieblichen und rechtlichen Bestimmungen etc.). Die Darstellung wird qualitativ im Hinblick auf Schlüssigkeit, Geeignetheit und Auftragsbezogenheit des Qualitätssicherungskonzeptes beurteilt.

Wurde ein entsprechendes Konzept/Konzepte mit dem Angebot eingereicht?

- ☐ *Keine Angabe* (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Angebotsschreiben_V1.docx	59,49 KB	docx
Dateianlage	Preisblatt_Stundensätze_L os 1_FINAL.xlsx	68,29 KB	xlsx
Dateianlage	Preisblatt_Stundensätze_L os 2_FINAL.xlsx	68,33 KB	xlsx